OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

November 2016

Stabilität und Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2016

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 25. Oktober 2016

Inhalt

Inhalt 2

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Globale Unsicherheiten schwächen nach wie vor das Wachstum im Euroraum 6

OeNB und BOFIT prognostizieren stabiles Wachstum für CESEE und ein Ende der Rezession in Russland 12

Österreich: Wirtschaftswachstum 2016 bei 1½% 17

Finanzmarktstabilitätsgremium diskutiert Nachhaltigkeit der Kreditvergabestandards in der Immobilienfinanzierung 22

Positives Halbjahresergebnis 2016 für österreichische Kreditinstitute – gutes Kreditwachstum setzt sich fort 23

Annex 28

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik der EUund international vom 1. September bis 19. Oktober 2016 29

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen 35

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

In Folge der Brexit-Entscheidung und der damit einhergehenden politischen, ökonomischen und institutionellen Unsicherheiten haben sich die Aussichten für die Weltwirtschaft etwas eingetrübt. OECD und IWF erwarten in ihren jüngsten Prognosen für 2016 und 2017 ein globales Wachstum von rund 3% bzw. 3¼%.

In den Industriestaaten bleibt die Konjunktur verhalten. 2016 wird das Wachstum lt. IWF 1,6% betragen. Für 2017 wird - getrieben von einer Belebung der Investitionstätigkeit - eine leichte Wachstumsbeschleunigung auf 1,8% erwartet. Verglichen mit der Frühjahrsprognose wurden die Wachstumsaussichten für die Industriestaaten um -0,3 bzw. -0,2 Prozentpunkte nach unten revidiert. Das liegt zum einen am schwachen ersten Halbjahr 2016 der USA, zum anderen an der Unsicherheit, die durch das EU-Referendum im Vereinigten Königreich ausgelöst wurde.

Leicht verbessert haben sich hingegen die Aussichten für die Schwellen- und Entwicklungsländer. Der IWF geht von einem Wachstum von 4,2% im Jahr 2016 und 4,6% im Jahr 2017 aus. Dämpfend wirken weiterhin die schwache Nachfrage aus den Industriestaaten, die niedrigen Rohstoffpreise, geopolitische Unruhen und eine Verlangsamung des Wachstums in China. Der Ausblick für Brasilien und Russland hat sich hingegen verbessert. Beide Länder werden 2017 wieder moderat positive Wachstumsraten verzeichnen. Indien bleibt eine der am stärksten wachsenden Volkswirtschaften.

Das reale BIP im Euroraum ist im zweiten Quartal 2016 um lediglich 0,3% gegenüber dem Vorquartal gewachsen. Im ersten Quartal betrug das Wachstum noch 0,5%. Die privaten und öffentlichen Konsumausgaben sind im zweiten Quartal nur mehr geringfügig gestiegen, die Investitionen stagnierten. Die moderaten Wachstumsraten basieren auf einer höheren Exporttätigkeit. 2016 wird das Wachstum knapp über 1½% liegen. Für 2017 wird nicht zuletzt aufgrund der negativen Folgen der Brexit-Entscheidung eine geringfügige Abschwächung erwartet. Im Vereinigten Königreich wird sich die Konjunktur im Jahr 2017 hingegen merklich eintrüben. Die aktuellen Prognosen gehen nur mehr von einem Wirtschaftswachstum von rund 1% aus.

Für die CESEE-6-Länder wird im Rahmen der aktuelle OeNB-Prognose ein Wachstum von rund 3,0% für die Jahre 2016 und 2017 erwartet. Somit schwächt sich die Wirtschaftsdynamik im Vergleich zum Vorjahr leicht ab und auch im Vergleich zur Frühjahrsprognose wurde die aktuelle Vorhersage nach unten revidiert. Der durch das Auslaufen der EU-Förderperiode 2007-2013 bedingte Investitionsrückgang fiel in den CESEE-6-Ländern stärker aus als erwartet.

In Österreich hat sich die Konjunktur im zweiten Quartal leicht abgeschwächt, das BIP-Wachstum betrug im Vergleich zum Vorquartal 0,3 %. Das Wachstum wurde dabei vor allem von der Inlandsnachfrage getragen, während die Nettoexporte keinen Wachstumsbeitrag leisteten. Die österreichischen Forschungsinstitute haben Ende September 2016 ihre neuen Konjunkturprognosen vorgelegt. Gegenüber der letzten Veröffentlichung im Juni wurden die Prognosen für das Jahr 2016 unverändert bei knapp über 1½% belassen. Die Wachstumsaussichten für das Jahr 2017 wurden aufgrund des schwächeren außenwirtschaftlichen Umfelds und der Brexitfolgen jeweils um 0,2 Prozentpunkte auf knapp unter 1½% revidiert.

[1] Autor: Gerhard Fenz (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

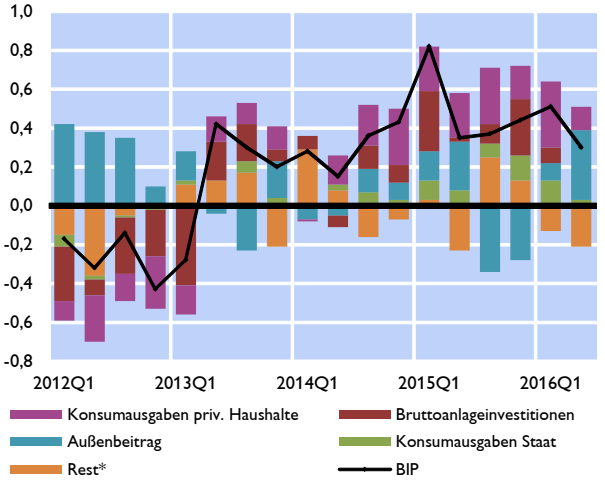
Globale Unsicherheiten schwächen nach wie vor das Wachstum im Euroraum[2]

Euroraum: Verhaltener Konsum und niedrige Investitionen führen zu schwachem Wachstum im zweiten Quartal

Das reale BIP im Euroraum ist im zweiten Quartal 2016 um lediglich 0,3% gegenüber dem Vorquartal gewachsen. Im ersten Quartal betrug das Wachstum noch 0,5%. Damit liegt das Wachstum am unteren Rand der Prognosen, welche ein Wachstum von 0,3-0,4% vorhergesagt hatten. Die Wachstumsrate des privaten Konsums verlangsamte sich von 0,6% (q-o-q) im ersten Quartal auf 0,2%, und erreicht damit einen Tiefstand, wie er zuletzt 2013 und 2014 (Q1) zu beobachten war. Noch stärker war der Rückgang des Wachstums des öffentlichen Konsums. Während dieser im ersten Quartal noch um 0,6% zunahm, betrug das Wachstum im zweiten Quartal lediglich 0,1%. Da außerdem die Investitionen stagnierten, leistete die Inlandsnachfrage nur einen sehr geringen Wachstumsbeitrag. Die Exporte sind hingegen um 1,1% angestiegen. Damit stützte der Außenbeitrag mit 0,4 Ppt. das Wachstum.

Wachstumsbeitrag zum realen BIP im Euroraum

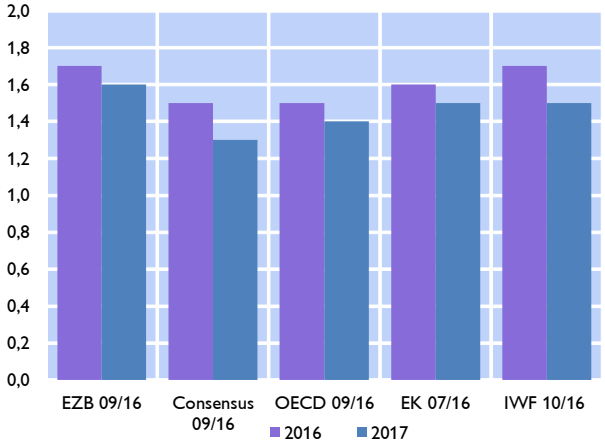
in % zum Vorquartal (saison- und arbeitstägig bereinigt)



*Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.*

BIP-Wachstumsprognosen für den Euroraum

in % ggü. VJ



Quelle: EZB, Consensus Economics, OECD, Europäische Kommission, IWF

Auf Länderebene zeigt sich folgendes Bild: Nach einem starken ersten Quartal verlangsamt sich das Wachstum in Deutschland und Frankreich von 0,7% auf 0,4% bzw. -0,1%, und auch in Italien, Finnland und Österreich kam das Wachstum im zweiten Quartal zum Erliegen (von 0,3%, 0,3% und 0,6% auf 0,0%, 0,0% und 0,1%). Ein stärkeres Wachstum im zweiten Quartal ggü. dem Vorquartal konnten nur Belgien, Estland, Lettland und Griechenland und zu einem geringeren Grad auch Malta und Portugal verzeichnen. Unverändert blieb der Anstieg des realen BIP in den Niederlanden mit 0,6% und in Spanien mit 0,8%.

Die jüngsten unterjährigen Prognosen deuten auch für das dritte Quartal 2016 auf ein nur moderates Wachstum von 0,3% hin, das sich auch Anfang 2017 nicht nennenswert verbessern sollte. Aktuelle Prognosen gehen dennoch von einem Wachstum von 1,5-1,7% im Jahr 2016 aus. Im Jahr 2017 wird eine Verlangsamung des Wachstums auf 1,4-1,6% erwartet. Insbesondere für 2017 gab es deutliche Abwärtsrevisionen der Prognosen, die mit dem Ergebnis

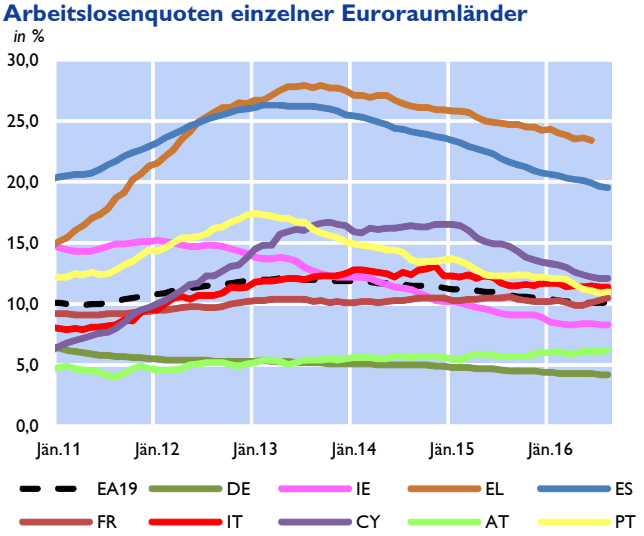
[2] Anna Raggl (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

des Referendums vom 23. Juni 2016 im Vereinigten Königreich und den damit verbundenen Unsicherheiten in Zusammenhang stehen. Im Gegensatz dazu dürften sich die befürchteten negativen Auswirkungen im laufenden Jahr nicht im erwarteten Ausmaß materialisieren. Gestützt von niedrigen Ölpreisen, leichter fiskalischer Expansion und einer lockeren Geldpolitik soll die Wirtschaftsleistung laut der Herbstprognose des IWF im Euroraum dieses Jahr um 1,7% wachsen. Jüngst veröffentlichte Stimmungsindikatoren zeigen nach einem Abfall im August eine Verbesserung im September an, was auf eine Besserung im zweiten Halbjahr 2016 hindeutet.

Arbeitslosenquote stagniert seit April bei 10,1%

Passend zur schwachen Konjunktur stagniert auch die Arbeitslosenquote im Euroraum und liegt im August bereits den fünften Monat in Folge bei 10,1%. Die nach den Höchstständen 2013 einsetzende Erholung am Arbeitsmarkt – während dieser sank die Arbeitslosenquote im Euroraum um 2 Ppt. – ist seit April dieses Jahres zum Erliegen gekommen. Im Vergleich zu den Juli-Werten stieg die Arbeitslosenquote in Frankreich, Österreich und Portugal im August an. Demgegenüber gab es positive Entwicklungen in Belgien, Spanien, Lettland, Malta, den Niederlanden, in der Slowakei und in Finnland. Über die einzelnen Länder des Euroraums scheinen die Arbeitslosenraten im Zeitverlauf zu konvergieren, was sich in deutlichen Rückgängen jener Ländern widerspiegelt, die in den Jahren 2012 und 2013 eine besonders hohe Arbeitslosigkeit aufwiesen.

Arbeitslosenquoten einzelner Euroraumländer

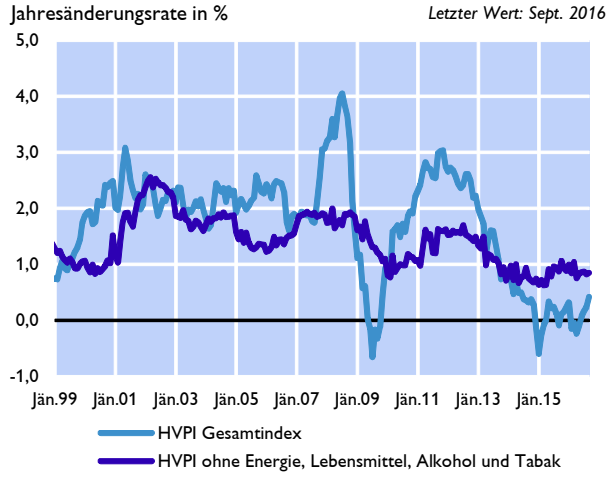


Quelle: Eurostat.

HVPI-Inflationsrate steigt im September auf 0,4%

Die noch in der ersten Jahreshälfte immer wieder negative HVPI-Inflationsrate hat sich erhöht und erreicht im September mit 0,4% ein Zweijahreshoch. Sowohl im Juli als auch im August stieg das Preisniveau noch um nur 0,2% ggü. dem Vorjahresmonat. Neben schwächer werdenden Rückgängen bei den Energiepreisen war vor allem eine Verteuerung von Dienstleistungen, aber auch von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak für den Anstieg der Inflationsrate verantwortlich. Die Kerninflation (ohne Energie und unbearbeitete Lebensmittel) betrug im September bereits zum fünften Mal in Folge 0,8%. Ähnlich verhielt sich auch die Inflation ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak. Innerhalb des Euroraums weisen die Slowakei, Zypern, Irland, Griechenland und die Niederlande im September negative Inflationsraten auf. Italien und Spanien konnten nach mehreren Monaten mit negativen Inflationsraten mit 0,1%

HVPI: Gesamtindex und Kerninflation



Quelle: Eurostat.

bzw. 0,0% diesen Trend brechen. Die Bandbreite der Inflationsraten in den Mitgliedsländern des Euroraums reichte im September von -0,5% in der Slowakei bis 1,8% in Belgien (Österreich: 1,1%).

Der IWF erwartet in seinen Prognosen im jüngsten *World Economic Outlook* eine Inflationsrate von 0,3% für den Euroraum im Jahr 2016 und liegt damit geringfügig höher als die Vorhersagen der Europäischen Kommission (Mai 2016), der OECD (Juni 2016) oder auch der EZB (September 2016), die jeweils 0,2% prognostizieren. Im Jahr 2017 sollen gemäß den Prognosen die Verbraucherpreise wieder stärker steigen, vor allem aufgrund anziehender Energiepreise und zunehmender wirtschaftlicher Aktivität. Die Inflationsprognosen für 2017 bewegen sich in der Bandbreite von 1,1% bis 1,4%.

In der Sitzung des EZB-Rates am 20.10.2016 wurden die Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% belassen. Die Ankäufe von Vermögenswerten im Umfang von 80 Mrd. Euro sollen jedenfalls bis März 2017 fortgesetzt werden, aber auch so lange darüber hinaus, bis sich eine dem Preisstabilitätsziel entsprechende nachhaltige Inflationsentwicklung einstellt.

Globale Wachstumsprognosen verhalten, insbesondere Industriestaaten wachsen schwächer als im Frühling erwartet

Das britische Referendum am 23. Juni 2016 und die damit einhergehenden politischen, ökonomischen und institutionellen Unsicherheiten veranlassten den IWF im Juli dieses Jahres zu Abwärtsrevisionen der globalen Wachstumsprognosen für 2016 und 2017. Diese wurden in der Herbstprognose beibehalten, und auch die OECD revidierte im September die Aussichten für das Weltwirtschaftswachstum nach unten. Demnach soll das globale Wachstum im Jahr 2016 zwischen 2,9% und 3,1% betragen, im Jahr 2017 wird mit einer leichten Erholung auf 3,2% bzw. 3,4% gerechnet.

	IWF 05.10.2016		OECD Interimsprognose vom 21.9.2016	
	2016	*2017*	2016	2017
Euroraum	1,7 (0,1)	1,5 (0,1)	1,5	1,4
Ver. Königreich	1,8 (0,1)	1,1 (-0,2)	1,8	1,0
Japan	0,5 (0,2)	0,6 (0,5)	0,6	0,7
China	6,6 (0,0)	6,2 (0,0)	6,5	6,2
USA	1,6 (-0,6)	2,2 (-0,3)	1,4	2,1
Welt gesamt	3,1 (0,0)	3,4 (0,0)	2,9	3,2

Werte in Klammern geben die Veränderungen zum WEO Juli Update an.

Die Industriestaaten im Aggregat wachsen im aktuellen Jahr mit 1,6% nur schwach. Für 2017 wird eine leichte Erholung erwartet und bewirkt durch höhere Investitionen ein Wachstum von 1,8% prognostiziert. Verglichen mit jenen vom Frühjahr wurden die Prognosen für Industriestaaten im Herbst um -0,3 Ppt. bzw. -0,2 Ppt. nach unten revidiert. Das liegt zum einen am schwachen ersten Halbjahr 2016 der USA, zum anderen an der Unsicherheit, die durch das EU-Referendum im Vereinigten Königreich ausgelöst wurde. Eine etwas günstigere Einschätzung gibt es für die Schwellen- und Entwicklungsländer. Der IWF geht von einem Wachstum von 4,2% (+0,2 Ppt. ggü. Frühjahrsprognose) im Jahr 2016 und 4,6% (keine Veränderung) im Jahr 2017 aus. Das für 2016 prognostizierte Wachstum in Indien ist hoch (7,6%). Auch in Russland (-0,8%, +1,0 Ppt.) und Brasilien (-3,3%, +0,5 Ppt.) wird das Wirtschaftswachstum heuer höher ausfallen als noch im Frühjahr erwartet. Der kurzfristige

Ausblick ist allerdings getrübt. Gründe dafür sind neben der schwachen Nachfrage aus den Industriestaaten die nach wie vor niedrigen Rohstoffpreise, geopolitische Unruhen und eine Verlangsamung des Wachstums in China.

Globales Wachstum vermehrt durch *spillovers* aus Schwellenländern getrieben: IWF analysiert Effekte von steigender Migration auf Herkunfts- und Zielländer

Der IWF widmet ein Kapital des im Oktober 2016 erschienenen *World Economic Outlook* grenzüberschreitenden Übertragungseffekten von ökonomischen und politischen Entwicklungen in Schwellenländern, sog. *spillovers*, welche aufgrund der zunehmenden Bedeutung dieser Länder mehr und mehr die globalen Wachstumsdynamiken bestimmen.[3] Neben dem Einfluss von China – über dessen Handelsverflechtungen, aber auch aufgrund der Auswirkungen seiner Konjunktur auf Rohstoffpreise – werden auch die Konsequenzen der zunehmenden Migrationsbewegungen untersucht, die insbesondere Europa vermehrt beschäftigen. Obwohl sich die Beweggründe für Migration stark unterscheiden – Konflikte und Kriege, ökonomische Anreize, aber auch klimatische Veränderungen, rechtliche Rahmenbedingungen und kulturelle Hintergründe sind als wichtigste Faktoren zu nennen – sind die Rückwirkungen auf die meisten Herkunftsländer ähnlich. Der Verlust an Arbeitskräften, insbesondere der jungen und gebildeten *(brain drain)*, reduziert die Wachstumssausichten und kann soziale Sicherungssysteme vor große Herausforderungen stellen. Demgegenüber stehen allerdings in vielen Fällen hohe Rücküberweisungen in die Heimatländer *(remittances)*, die potenziell Investitionen stärken. Außerdem führen eine bessere bilaterale Vernetzung von Ländern und Wissenstransfers zwischen den Herkunfts- und Zielländern zu vermehrtem Handel und ausländischen Direktinvestitionen und damit zu besseren Wachstumsaussichten.

Die Konsequenzen in den Zielländern sind nicht weniger vielschichtig und auch diese können sich vor allem bei einer längerfristigen Betrachtung als insgesamt positiv herausstellen. Voraussetzung dafür ist allerdings eine schnelle Integration der Migrantinnen und Migranten auf den Arbeitsmärkten. Insbesondere in Ländern, welche sich den Herausforderungen des demographischen Wandels und der damit einhergehenden Alterung ihrer Bevölkerung stellen müssen, könne Migration dazu beitragen, die Erwerbsbevölkerung zu stärken und dadurch langfristig die Budgets von Sozialstaaten zu entlasten. Die Erfahrung zeige zudem, dass Migration das Potenzial hat, die Produktivität zu erhöhen, weil die Diversität in Fertigungsprozessen gesteigert werden kann und das häufig komplementäre Wissen von Migrantinnen und Migranten jenes der ursprünglichen Erwerbsbevölkerung ergänzt. Dem entgegenstehen können allerdings Ängste der Bevölkerung, welche ihre Arbeitsplätze gefährdet sehen oder kulturelle Veränderungen durch die Immigration von Menschen aus unterschiedlichen Ländern befürchten. Soziale Spannungen können entstehen, und die Rechtfertigung von kurzfristigen fiskalischen Aufwendungen, welche vor allem dann erforderlich sind, wenn die Immigranten aus Krisengebieten flüchten und um Asyl ansuchen, kann innenpolitisch problematisch sein. Genau diese kurzfristigen Ausgaben sind es allerdings, die für eine rasche Integration aufgebracht werden müssen, und eine solche ist laut IWF der Schlüssel zum Schöpfen langfristiger Vorteile aus Migration in den Zielländern.

[3] Dieses Kapitel des *World Economic Outlook* (Oktober 2016) ist unter folgendem Link abrufbar: http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2016/02/pdf/c4.pdf

USA: Schwaches erstes Halbjahr 2016 führt zu Abwärtsrevision der Wachstumsprognosen

Die Prognosen für die USA wurden in der Herbstprognose des IWF erneut nach unten revidiert. Nachdem der IWF im Frühjahr noch von einem Wachstum von 2,4% ausgegangen war, rechnet er nun mit einem Anstieg des realen BIP von 1,6%. Ursächlich sind schwache Investitionen, vor allem im Energiesektor, die aufgrund niedriger Rohstoffpreise, des starken Dollars und globaler Unsicherheiten nicht anziehen. Die Wachstumsrate für das zweite Quartal wurde allerdings in der dritten Schätzung des *Bureau of Economic Analysis* von ursprünglich 1,1% auf 1,4% nach oben revidiert. Stimmungsindikatoren signalisieren, dass sich der starke Konsum, der aufgrund der schwachen Investitionen einen Großteil des Wachstums der letzten Quartale bedingte, auch im dritten Quartal fortsetzen wird. Das Konsumentenvertrauen hat sich nach einem Anstieg im August auch im September auf ein seit neun Jahren nicht mehr erreichtes Niveau weiter verbessert. Dem positiven Konsumentenvertrauen steht allerdings ein leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber. Nachdem die Arbeitslosenquote im August schon zum dritten Monat in Folge bei 4,9% lag, ist sie im September leicht auf 5,0% gestiegen. Die durchschnittlichen Wochenarbeitsstunden sind im September jedoch um 0,4% auf 34,4 Stunden gestiegen, in moderatem Ausmaß auch die Löhne. Vom Arbeitsmarkt gibt es durch diese gegenläufigen Entwicklungen kein klares Signal für die Geldpolitik.

In ihrer Sitzung vom 20./21. 2016 September hat die FED trotz drei abweichender Stimmen das Zielband für die Fed Funds Rate erneut bei 0,25-0,50% belassen. Vor dem Hintergrund stabiler Arbeitsmarktentwicklungen – die September-Werte waren vom *Bureau of Labor Statistics* noch nicht veröffentlicht, einer belebteren Konjunktur im zweiten Halbjahr und ausgeglichenen Risiken sieht die FED allerdings verstärkt Argumente für einen baldigen Zinsschritt.

U.K.: Vertrauen in die wirtschaftliche Lage wieder erhöht, Rekordwerte am Arbeitsmarkt

Die Abwärtsrevision der Prognose für das Vereinigte Königreich, die vom IWF für das Jahr 2016 im Juli aufgrund des Referendums durchgeführt wurde, wurde vor kurzem wieder etwas abgeschwächt. Für das Jahr 2017 gab es allerdings eine weitere Revision nach unten, das Wachstum wird mit 1,1% um 1,1 Ppt. geringer eingeschätzt als noch im Frühjahr. Aktuelle Einschätzungen gehen von einem Wachstum von 0,7% (q-o-q) im zweiten Quartal 2016 aus. Dieser Wert beinhaltet allerdings nur zu einem sehr geringen Teil die Zeit nach dem EU-Referendum am 23. Juni. Indikatoren über das Vertrauen in die wirtschaftliche Lage zeigen allerdings nach einem Einbruch im Juli eine deutliche Verbesserung in den zwei Folgemonaten.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich positiv. Im Zeitraum Mai bis Juli betrug die Arbeitslosenquote 4,9% – der niedrigste Wert seit Herbst 2005. Auch die Erwerbstätigenquote liegt mit 74,5% nach wie vor auf einem Rekordhoch.

Das britische Pfund wertete im September und Oktober 2016 weiter ab, insbesondere nach der Ankündigung Theresa Mays, bereits Anfang 2017 das formale Austrittsverfahren nach Artikel 50 des EU-Vertrags einzuleiten. In der Nacht auf den 7. Oktober (7:00 Uhr, Hongkong/Singapur Zeitzone) ist das Pfund innerhalb weniger Minuten um über 6% ggü. dem Dollar gefallen. Der Kurs erholte sich kurz darauf, das Pfund blieb aber geschwächt. Am 19.10. und 20.10.2016 kam es wieder zu einer Aufwertung des Pfunds.

Japan: Wachstum niedrig, Inflation nach wie vor negativ; Bank of Japan beschließt neues geldpolitisches Maßnahmenpaket

Die Ankündigung fiskalischer Stimuli, die Verschiebung der für 2017 geplanten Mehrwertsteuererhöhung und die geldpolitischen Lockerungen in Japan veranlassten den IWF zu Aufwärtsrevisionen in der Herbstprognose. Japans Wirtschaft soll 2016 um 0,5% (+0,2 Ppt. ggü. Juli-Prognose) und 2017 um 0,6% (+0,5 Ppt. ggü. Juli-Prognose) wachsen. Die mittelfristigen konjunkturellen Aussichten in Japan bleiben vor allem aufgrund der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung schwach.

Das zweite Quartal 2016 hat sich etwas günstiger entwickelt (anstatt 0,05% beträgt es 0,17%). Die Ursachen für diese dennoch sehr niedrige Wachstumsrate liegen im verhaltenen Konsum und den schwachen Investitionen, aber auch an den deutlich rückläufigen Exporten. Auch hat die starke Aufwertung des Yen seit Jahresbeginn zu dieser Entwicklung beigetragen. Japans Inflationsrate war im August mit -0,5% negativ und bleibt damit unverändert ggü. Juli. Die Kerninflationsrate ist von 0,3% im Juli auf 0,2% im August leicht gesunken.

Noch nicht in den Herbstprognosen enthalten ist die jüngste geldpolitische Entscheidung der japanischen Notenbank. Nachdem die Bank of Japan bereits im Juli weitere Lockerungen beschlossen hat, kündigte sie am 21. September 2016 an, neben den kurzfristigen auch die langfristigen Zinsen kontrollieren zu wollen *(yield curve control)*, gleichzeitig führte sie ein Zinsziel für 10-jährige Staatsanleihen bei etwa 0% ein. Zudem versucht sie mit dem sogenannten *inflation-overshooting commitment*, Inflationsraten über dem Preisstabilitätsziel von 2% zu erreichen. Der Zinssatz bleibt vorerst bei -0,1%.

OeNB und BOFIT prognostizieren stabiles Wachstum für CESEE und ein Ende der Rezession in Russland[4]

*Das Wirtschaftswachstum in den **CESEE-6-Ländern** wird 2016 bei 3,0% und 2017 bei 3,1% liegen. Somit schwächt sich die Wirtschaftsdynamik im Vergleich zum Vorjahr leicht ab. Für 2018 erwarten wir ein Anziehen des BIP-Wachstums auf 3,3%. Im Vergleich zur Frühjahrsprognose wurde die aktuelle Vorhersage nach unten revidiert. Der Investitionsrückgang fiel bedingt durch das Auslaufen der EU-Förderperiode 2007-2013 stärker aus als erwartet. Neben einer soliden externen Nachfrage wird die inländische Nachfrage, besonders der private Konsum, der wichtigste Wachstumstreiber in der Region sein. Über den Prognosezeitraum schwächt sich die Konsumdynamik jedoch leicht ab. Außer in Polen und Rumänien verliert das Exportwachstum in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr etwas an Dynamik. Im Einklang mit den externen Annahmen wird das Exportwachstum 2107 und 2018 jedoch zulegen. Die Prognoserisiken sind abwärtsgerichtet und haben sich im letzten halben Jahr verstärkt. Für erhebliche Unsicherheiten sorgen vor allem internationale politische Entwicklungen (BREXIT-Votum, geopolitische Spannungen, US-Präsidentschaftswahlen).*

*Die **russische** Wirtschaft wird im laufenden Jahr um 1% schrumpfen. Ein höherer Ölpreis und ein schwächerer realer Wechselkurs des Rubels als in der Frühjahrsprognose angenommen, führten zu einer Aufwärtsrevision um 2 Prozentpunkte für 2016. 2017 wird Russland um 1% wachsen und sich somit aus der Rezession herausbewegen. 2018 erwarten wir ein Wachstum von 1,5%. Der private Konsum wird anziehen, wohingegen die Investitionsdynamik aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Lage weiterhin äußerst schwach ausfällt. Die Exporte sollten mit leicht steigenden Ölpreisen – so die Erwartungen – stärker wachsen. Gleichzeitig geht die Prognose von einem stärkeren Importwachstum aus. Die Risiken schätzt die OeNB als beträchtlich aber ausgewogen ein. Sie beziehen sich auf eine Abweichung der Ölpreisentwicklung sowie die geopolitischen Spannungen.*

CESEE-6: recovery of investments and exports over the projection horizon[5]

In annual terms, GDP in CESEE-6 which are Bulgaria, Croatia, Czech Republic, Hungary, Poland and Romania accelerated by just 3.0% in the first half of 2016 compared with 3.5% over the same period of 2015. In the first half of 2016 economic growth ranged between 1.4% in Hungary and 5.0% in Romania. In particular in Hungary and Poland growth was significantly below expectations and dragged down economic performance in the region. The negative outcome rested to a large extent on slumping investments, the result of the phasing out of EU transfers of the 2007-2013 financial framework. At the same time, transfers under the new financial framework have not yet kicked in. For the region in general, investments turned out negative in the first half of 2016 (-1.9% year on year) compared to 5.5% in the first half of 2015. Private consumption proved to be the growth engine over this period, thereby largely compensating for poor investment activity. Generally, private consumption was supported by

[4] Autorin: Antje Hildebrandt (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

[5] The OeNB-BOFIT forecast contributes to the discussion of external assumptions for the December 2016 Broad Macroeconomic Projection Exercise (BMPE) of the ECB.

very favorable labor market developments reflected in higher employment rates, decreasing unemployment rates and rising wages, accommodative monetary policy and in some countries – e. g. in Hungary, Poland and Romania – by generous fiscal benefits. The contribution of net exports to growth was positive in all countries with the exception of Croatia and Romania. In Romania, notably, the large negative contribution was the result of strong imports due to booming private consumption.

	2015	2016			2017			2018		
	Eurostat/ Rosstat	OeNB	wiiw	WEO	OeNB	wiiw	WEO	OeNB	wiiw	WEO
		Oct-16	Jun-16	Oct-16	Oct-16	Jun-16	Oct-16	Oct-16	Jun-16	Oct-16
		y-o-y GDP growth in percent								
CESEE-6	**3.5**	**3.0**	**3.1**	**3.2**	**3.1**	**3.0**	**3.2**	**3.3**	**3.2**	**3.0**
Bulgaria	2.8	2.3	2.9	3.0	2.5	3.0	2.8	2.8	3.1	2.5
Croatia	1.6	2.2	2.0	1.9	2.3	2.2	2.1	2.5	2.3	2.2
Czech Rep.	4.3	2.5	2.4	2.5	2.6	2.6	2.7	2.8	2.6	2.4
Hungary	2.9	1.8	2.0	2.0	3.0	2.5	2.5	3.1	2.9	2.4
Poland	3.6	2.9	3.3	3.1	3.2	3.3	3.4	3.4	3.4	3.3
Romania	3.8	4.8	4.0	5.0	3.7	3.2	3.8	3.7	3.5	3.3
Russia	-3.7	-1.0	-0.8	-0.8	1.0	0.8	1.1	1.5	1.8	1.2

Sources: BOFIT, Eurostat, IMF, OeNB, Rosstat, wiiw.

For the second half of 2016, we expect broadly unchanged growth dynamics in Croatia, Poland and Romania. In Bulgaria and the Czech Republic private consumption growth will gain some speed. However, this will not compensate for a lower contribution of net exports, the result of weaker export growth and accelerating import growth largely related to stronger private consumption. In Croatia, notably, strong export growth will induce a slightly positive growth contribution for the full year of 2016. After very weak growth in the first half of 2016, growth in Hungary will considerably gain speed driven largely by the pickup of private consumption benefiting from further fiscal stimulus measures in the course of 2016.

Hence, annual economic growth in the CESEE-6 region will reach 3.0% per annum in 2016, thus weakening somewhat compared to 2015. In 2018 growth will pick up to 3.3%. The outlook reflects a downward revision compared to our April 2016 projection. As already mentioned, following the phasing out of the previous EU funding period investments declined beyond expectations in the first half of 2016 – especially so in Hungary and Poland –. For 2017, we also lowered our prospects for investments in Poland. Alongside solid external demand, domestic demand and in particular private consumption will be the main drivers of growth across the region.

Monetary conditions in the region are still favorable for economic growth. Interest rates are historically low; Hungary even lowered its key interest rates further in two steps in the second quarter of 2016. Prices have continued to decline in most countries in the region since our last forecast. Only the Czech Republic observed some moderate price increases in this period. The growth of credit to households remained stable in the Czech Republic and Poland over recent months but with some moderation. In Romania lending continues to be robust. The deleveraging process has been going on in Croatia as well as in Bulgaria and Hungary but in the latter two countries at reduced speed. Generally, lending has been supported by positive developments on the labor markets, favorable financing conditions and, in some countries, a resolution of the high stock of nonperforming loans. In the Czech Republic, there has been an ongoing discussion on the decision to lift the exchange rate corridor, which might affect the growth performance.

Strikingly, the CESEE-6 labor markets continue to be strained by a labor shortage, in particular in the medium- to high-skills sector, as shown for instance in increasing vacancy rates in all CESEE-6 countries in the second quarter of 2016 compared to one year before. The strongest rise was observed in the Czech Republic, the country already posting the second highest vacancy rate among the EU-28 countries (after Malta). Loose fiscal policy measures and increasing minimum wages in some countries are expected to push up private consumption in 2016 and 2017. This is particularly the case in Hungary, Poland and, most notably, in Romania. As elections will be held in Romania in 2016 and in Hungary in 2018, we expect a phasing out of fiscal stimulus measures in these countries afterwards. Croatia needs to implement fiscal consolidation measures under the EU fiscal framework. Other CESEE-6 countries are strained by more limited fiscal space: Bulgaria will follow a budget consolidation path over the projection horizon; in Poland and Romania the budget deficits are forecasted (spring forecast of 2016 of the European Commission) to breach the 3% of GDP threshold in 2017, which also calls for fiscal consolidation measures.

Undoubtedly, domestic demand will remain the main growth driver in all CESEE-6 countries over the entire projection period. Yet, private consumption growth – the main pillar of domestic demand – will come down from 4.5% year-on-year growth in 2016 to 3.7% in 2018. Household consumption will lose speed in Bulgaria, Hungary and particularly in Romania. Here consumption growth will halve to 4.9% by 2018 compared to 2016 because we expect a phasing out of generous government support after the parliamentary election in December 2016. In the Czech Republic and Poland, private consumption growth is projected to increase supported by the consumption-enhancing environment. Public consumption adds only marginally to economic growth in the CESEE-6 countries (below 0.5 percentage points over 2016 to 2018).

2015 marked a boom year in the drawing of EU funds reflected in outstanding investment activity. After expanding by more than 5% on average in 2015, gross fixed capital formation declined by 1.9% in annual terms in the first half of 2016. Hungary and Poland were most affected by the phasing out of the previous EU financial framework whereas Croatia and Romania were unaffected. After the slump in 2016, investments will recover quickly in 2017 and 2018 as the new EU funding framework for the period 2014 to 2020 will become effective in 2017. Following the expected, yet surprisingly strong deceleration by -0.6% in 2016, we see investment growth to move up to 4.5% in 2017 and to 5.2% in 2018. Furthermore, capacity utilization rates have increased in most countries, pointing to greater investment activity. Moreover, favorable financing conditions and some progress in cleaning up the balance sheets of banks will support investments. Lending to the corporate sector was, however, positive only in the Czech Republic and Poland in the beginning of the second half of the year. In Bulgaria and Hungary there was at least some slowdown of the deleveraging process. Additionally, some country-specific factors, such as a generous housing subsidy scheme in Hungary, will have an impact on the recovery of investment activity in the region.

After a dip of export growth in all countries except for Poland and Romania in 2016, we expect exports to gain momentum over the projection horizon. These developments are in line with the external assumptions on import demand in the euro area, the main trading partner of the CESEE-6 region. We expect export growth to rebound from an annual increase of 6.9% in 2016 and 2017 to 7.3% in 2018. Turning to imports, we expect import growth to remain strong over the projection period, running in parallel with private consumption growth. Only in Romania import growth will decelerate in 2017 and 2018, bringing down the net contribution of exports to GDP growth to -1.7 percentage points in 2018 after -3.4 percentage points in

2016. Also in Poland we see a negative contribution in 2017 and 2018, as strong export growth will not keep pace with import growth. In the rest of the CESEE-6 region, the contribution of net exports will range between 0 and 1 percentage point in 2017.

The downside risks to growth in CESEE-6 are mostly of a political nature. In the European context, the most apparent risk is related to the political impact the Brexit vote might have over the next two years until a new relationship between the EU and the UK is established. This could weigh on business and consumer confidence over the projection horizon, which might strain investment decisions in the EU including in the CESEE-6 countries. In this regard, we also see some risks that nationalist sentiment and political populism, which have gained ground with the large movements of refugees seen recently, could receive further impetus by the Brexit debate in the EU in general and in particular in some CESEE-6 countries. Apart from political factors, the more tangible risks of Brexit are related to trade, capital flows, migration as well as to the EU budget. Furthermore, the UK's leaving the EU will have strong repercussions for the euro area, as the UK is its second largest export market. Apart from the uncertainties related to Brexit, a growth performance of the euro area that is more modest than expected presents a key downside risk to the CESEE-6 countries. Similarly, a slowdown of global growth in emerging markets and, consequently, global trade would have negative consequence for the region. Additionally, the outcome of the US presidential election is seen as a tail risk to global growth in this context as a more protectionist stance of the USA would presumably have negative repercussion for global trade. One further risk to the region emanates from the unresolved geopolitical tensions resulting from the conflict between Ukraine and Russia, the situation in the Middle East and, more recently, also in Turkey. The latter implies a major downside risk particular for Bulgaria, while Croatia is benefiting from tourists that may prefer a holiday destination that seems safer than Turkey.

Another downside risk arises from increasing wage pressures and higher oil prices that could feed through inflation in the CESEE-6 region, leading to a less accommodative monetary policy stance. In some countries, in particular in Croatia and Poland, ongoing discussions regarding the conversion of foreign currency loans constitute some downside risk to investor confidence. In the case of Hungary, however, the conversion of CHF-denominated loans into local currency in 2015 somewhat reduced the country's economic vulnerabilities.

There are also some upside risks to our assessment. Stronger-than-expected growth in the euro area would certainly be beneficial to economic growth in CESEE-6. Also, getting off lightly from Brexit presents an upside risk to our forecast. Furthermore, a peaceful resolution of current political conflicts would certainly support economic performance in CESEE-6.

Russia: moving out of recession toward slow growth

The Russian economy contracted by less than 1% in the first half of 2016 compared to a year earlier, showing some signs of bottoming out lately. This more favorable development than we had expected in our previous forecast of April 2016 can be explained by two factors: Firstly, the oil price – although considerably lower on average in the first half of 2016 year-on-year – has been following an upward path since the beginning of this year and is substantially (about USD 3) higher than previously assumed.6 Secondly, after falling in 2014 and 2015, the ruble's real

[6] After scoring below USD 45 per barrel (in average annual terms) in 2016 the oil price is assumed to rise moderately to below USD 55 in 2018. In our previous forecast we assumed an oil price of slightly above USD 40 USD per barrel in 2016 rising to USD 49 per barrel in 2018.

exchange rate has been notably weaker year-on-year in the first half of 2016, even weaker than in the 2009 recession. The real exchange rate is currently at the level of 2005. Therefore, Russia's imports have plummeted unusually strongly relative to the decline of GDP. In line with the better-than-expected outcome we raised our forecast for 2017 to 1.0%, which will bring Russia out of recession. For 2018, we expect the Russian economy to expand by 1.5%.

Private consumption will revive from the large fall of 2015 and 2016 as disinflation will support purchasing power. Investments are anticipated to recover only slowly, which is partly due to continuing uncertainties in and around the economy. Government expenditure will continue to decline in real terms in 2017 and 2018, though considerably less steeply than in 2016, even if Russia's government sticks to its target of narrowing the budget deficit. While monetary policy will probably not contribute to the economy's revival directly, the Central Bank of Russia's firm disinflationary stance will likely continue to stabilize expectations, check uncertainty, and thus support growth over the medium and long term.

The weak ruble will keep Russia's imports this year about 7% below last year's level. As the slowly rising oil price is lifting Russia's export income and sparking a revival of the economy and as the ruble's real exchange rate will gradually appreciate, imports will recover moderately in 2017 and 2018. Demand for Russia's exports is expected to recover from this year's dip but to increase only slowly (in real terms).

Risks to the forecast for Russia remain large and more or less balanced. The oil price may depart to either direction from the gradually rising path that has been assumed. Geopolitical risks may intensify or ease. Such deviations as well as other events that could increase uncertainty would of course have an impact on the ruble, inflation, domestic demand, imports, and economic growth. Like before, the effects stemming from such changes especially on the ruble, inflation and imports may materialize quickly. Imports may recover more than anticipated, if the revival is similar to Russia's performance after previous recessions. On the other hand, Russia may further increase its import restrictions, which have already been tightened gradually. For example, import restrictions in procurements made by companies majority-owned by the state will come into force at the start of next year.

A notable upside risk stems from a possible strengthening of developments seen this year: The growth of loans to households has picked up slightly and households have saved a little less than during last year's shift to precautionary savings. Such a change would considerably improve the prospects for private consumption and imports. Another upside risk is that the Russian government feels some political pressure over declining living standards. This may lead to a more gentle development of government expenditures than currently foreseen, which would support the economy for a while.

Österreich: Wirtschaftswachstum 2016 bei 1½%[7]

Aktuelle Konjunkturprognosen signalisieren ein Wachstum von rund 1½% im Jahr 2016

Die österreichischen Forschungsinstitute haben Ende September 2016 ihre neuen Konjunkturprognosen vorgelegt. Gegenüber der letzten Veröffentlichung im Juni wurden die Prognosen für das Jahr 2016 unverändert gelassen. Die Wachstumsaussichten für das Jahr 2017 wurden aufgrund des schwächeren außenwirtschaftlichen Umfelds und der Brexitfolgen jeweils um 0,2 Prozentpunkte nach unten revidiert. Das WIFO erwartet für die Jahre 2016 und 2017 für Österreich ein Wirtschaftswachstum von 1,7% bzw. 1,5%, das IHS von 1,5% bzw. 1,3%. Etwas pessimistischer ist der IWF, der im Rahmen des jüngsten WEO vom Oktober ein Wachstum von 1,4% bzw. 1,2% erwartet.

Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für Österreich

Indikator	OeNB			WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Juni 2016			September 2016		September 2016		Juni 2016		Oktober 2016		Mai 2016	
Nächster Prognosetermin	*Dezember 2016*			*Dezember 2016*		*Dezember 2016*		*November 2016*		*April 2017*		*November 2016*	
	2016	2017	2018	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017
Hauptergebnisse	*Veränderung zum Vorjahr in %*												
BIP, real	1.6	1.5	1.5	1.7	1.5	1.5	1.3	1.3	1.6	1.4	1.2	1.5	1.6
VPI	x	x	x	1.0	1.7	0.9	1.6	x	x	x	x	x	x
HVPI	1.0	1.7	1.9	1.0	1.7	0.9	1.6	1.0	2.0	0.9	1.5	0.9	1.7
Beschäftigte	1.1	0.8	0.9	1.4	1.1	1.5	1.1	1.5	1.2	1.1	0.7	0.9	0.9
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition												
Arbeitslosenquote	6.0	6.1	6.0	6.0	6.1	6.1	6.2	5.8	5.6	6.2	6.4	5.9	6.1
	in % des nominellen BIP												
Leistungsbilanz	2.8	3.1	3.4	2.8	2.6	x	x	2.0	2.0	2.6	2.7	3.1	3.3
Finanzierungssaldo des Staates	-1.8	-1.5	-1.1	-1.6	-1.5	-1.8	-1.4	-1.6	-1.3	-1.6	-1.5	-1.5	-1.4

Quelle: OeNB, WIFO, IHS, OECD, IWF, EK.

Die Unterschiede zur aktuellen OeNB-Prognose vom Juni (2016: 1,6%; 2017: 1,5%) und dem OeNB-Konjunkturindikator vom August (2016: 1,4%) sind gering. Wie die OeNB betonen beide heimsche Institute die Bedeutung diverser Sonderfaktoren (Steuerreform, Ausgaben für Flüchtlinge) für das Wachstum im Jahr 2016. Die Konjunktur wird 2016 verstärkt von der Binnennachfrage getragen, der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte ist hingegen negativ. 2017 wird mit dem Nachlassen der Sondereffekte die Binnennachfrage schwächer, dafür ist der Außenbeitrag wieder neutral. Die Wachstumseffekte der Steuerreform werden aufgrund einer höheren Gegenfinanzierung schwächer als in der OeNB-Prognose eingeschätzt, die Ausgaben für Flüchtlinge orientieren sich hingegen wie in der OeNB-Prognose an den von der Regierung bekanntgegebenen Obergrenzen. Das WIFO betont zusätzlich auch die Bedeutung des Kalendereffekts (2016 ist ein Schaltjahr). In einem nachfragebedingt schwachen Konjunkturumfeld und angesichts der Tatsache, dass trotz des Schaltjahres 2016 die Zahl der Arbeitstage geringer ist als im Vorjahr (250 statt 251) erscheint ein zusätzlicher „Wachstumsbeitrag" von 0,2 Prozentpunkten jedoch sehr hoch. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat wird sich als Folge des starken Anstiegs des Arbeitskräfteangebots (Pensionsreformen, Arbeitsmigration, anerkannte Asylwerber) bis 2017 auf 6,1% (WIFO) bzw. 6,2% (IHS) erhöhen (OeNB: 6,1%). Die nationale Arbeitslosenquote steigt auf 9,4% (WIFO) bzw. 9,5% (IHS). Die HVPI-Inflation wird bis 2017 auf 1,7% (WIFO) bzw. 1,6% (IHS) steigen

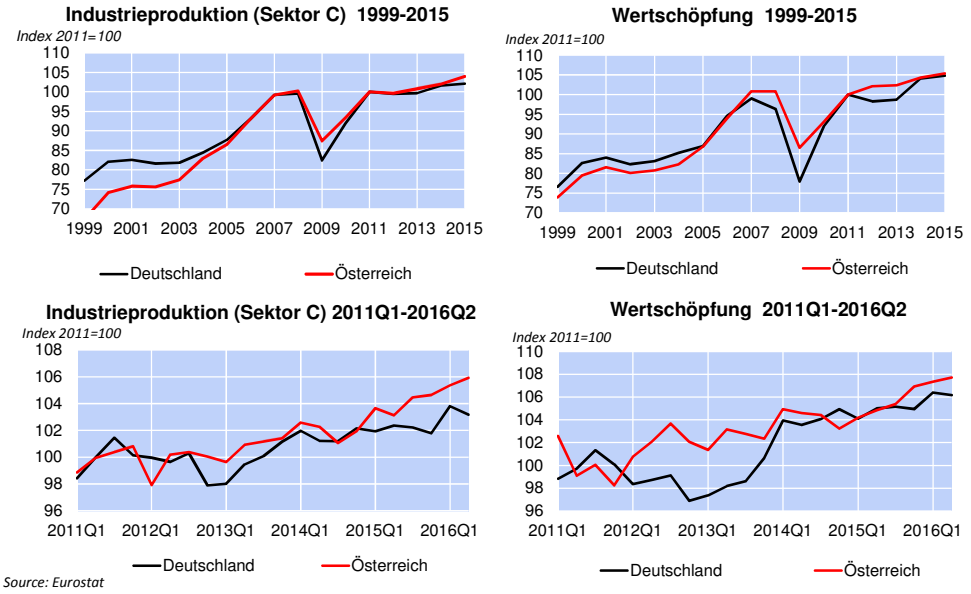
[7] Autoren: Gerhard Fenz, Friedrich Fritzer (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

(OeNB:1,5% (September-MPE)). Den Finanzierungsaldo des Staates schätzt das WIFO für 2016 (2017) auf -1,6% (-1,5%) des BIP und das IHS auf -1,8% (-1,4%) (OeNB: -1,8% (-1,5%)).

Industriekonjunktur besser als das allgemeine Stimmungsbild

Das Wachstum der österreichischen Industrie (Bruttowertschöpfung lt. VGR, NACE C) hat sich im zweiten Quartal zwar etwas abgeschwächt, mit einem Plus von 0,4% gegenüber dem Vorquartal hat sich die Industriekonjunktur aber wie schon in den vergangenen Jahren etwas dynamischer als die Gesamtwirtschaft entwickelt. Auch im Vergleich zu unserem wichtigsten Handelspartner Deutschland zeigt sich die heimische Industriekonjunktur - entgegen dem allgemeinen Stimmungsbild - als vergleichsweise robust.

Industrieproduktion und -wertschöpfung in Österreich und Deutschland

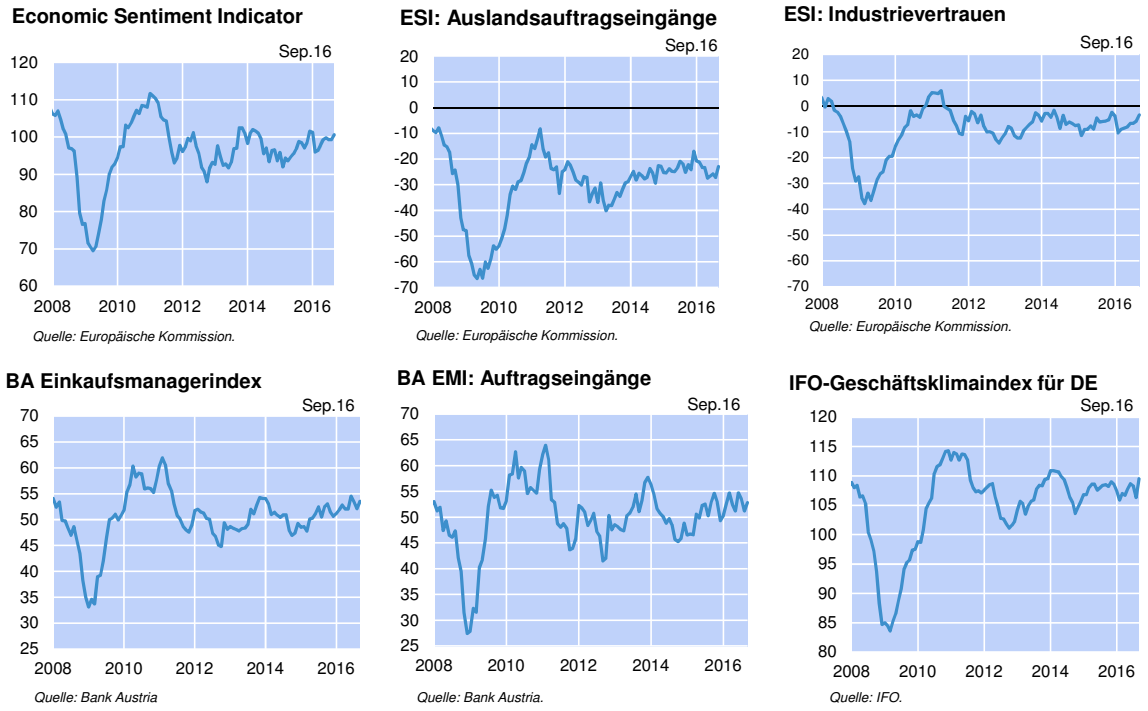


Source: Eurostat

Trotz leichter Verluste an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland in den vergangenen Jahren ist das Wachstum der Industrieproduktion (NACE-Sektor C) in den letzten Quartalen sogar etwas stärker als in Deutschland gewesen, gemessen an der Wertschöpfung zeigt sich ein nahezu paralleler Verlauf.

Für das dritte Quartal liegen bisher nur Daten zur Industrieproduktion im Juli vor. Mit einer Wachstumsrate von -0,5% gegenüber dem Vormonat fiel der Start in die zweite Jahreshälfte enttäuschend aus. Die Industrieproduktion weist in den Sommermonaten aufgrund von Ferieneffekten aber typischerweise ein sehr volatiles Muster auf, weshalb einzelne Monatswerte nicht überinterpretiert werden sollten. Die verfügbaren Vorlaufindikatoren lassen eine robuste Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte erwarten. Die Unsicherheiten in Folge der Brexit-Entscheidung haben bisher nur schwache und temporäre Spuren in den Stimmungsindikatoren hinterlassen. Der Einkaufsmanagerindex ist im August ein zweites Mal leicht auf 52,1 Punkten zurückgegangen, in September aber wieder auf 53,5 Punkte gestiegen und liegt damit weiterhin über der Expansionsschwelle von 50 Punkten. Die Beurteilung der Auslandsaufträge durch die Einkaufsmanager zeigt ein ähnliches Bild. Schrittweise verbessert hat sich im bisherigen Jahresverlauf das Industrievertrauen lt. Umfrage der EK.

Wichtige Vorlaufindikatoren für die österreichische Wirtschaft

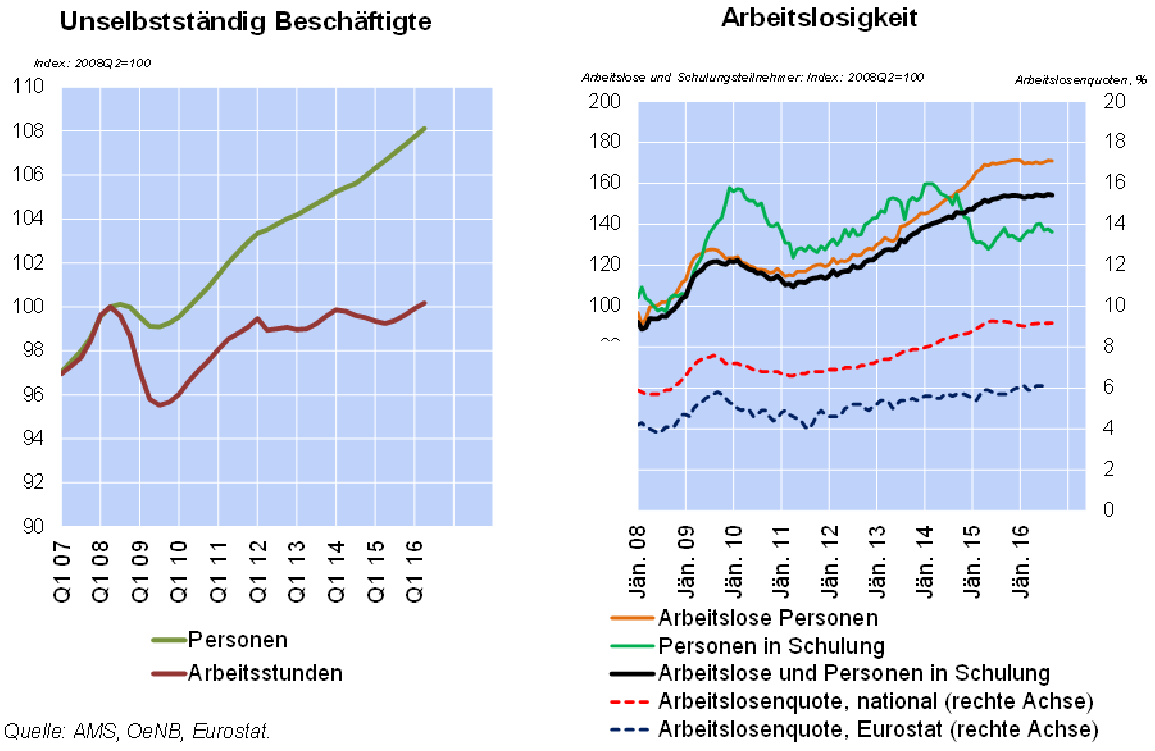


Der Economic Sentiment Indicator für die Gesamtwirtschaft liegt im September erstmals seit Jahresbeginn wieder über dem langjährigem Durchschnitt von 100 Punkten.

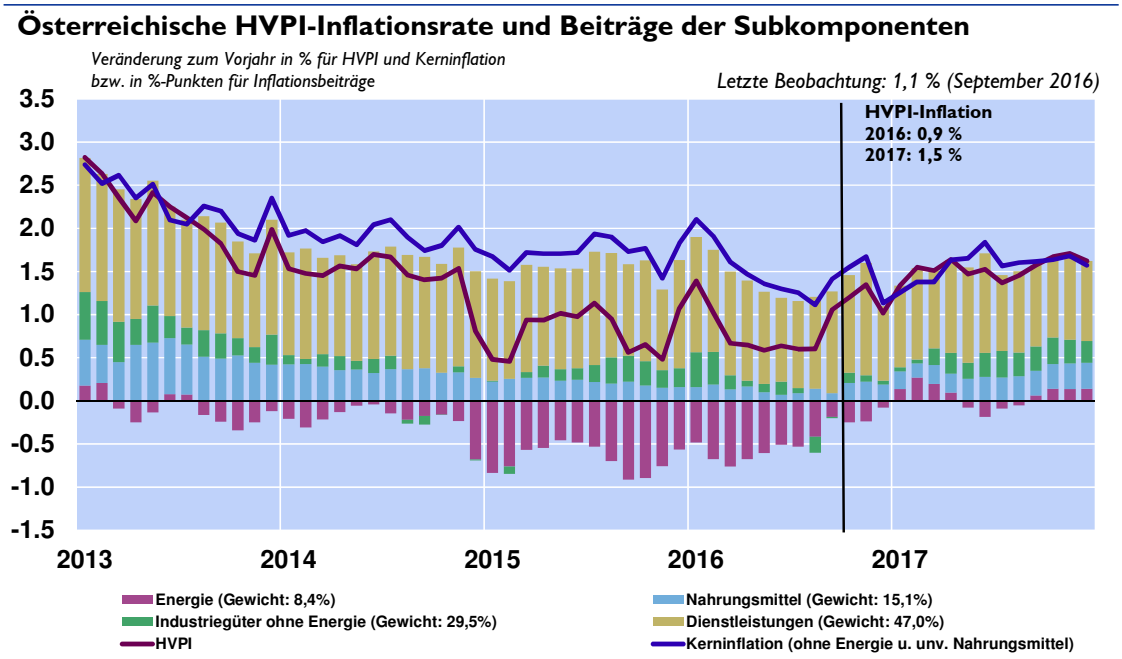
Beschäftigung steigt, Arbeitslosigkeit stagniert auf hohem Niveau

Das Wachstum der Zahl der unselbstständig Beschäftigten war laut Arbeitskräfteerhebung im ersten Halbjahr 2016 mit +0,3% in Q1 und +0,4% in Q2 (jeweils gegenüber dem Vorquartal) weiterhin kräftig. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren stieg jedoch auch das Arbeitsvolumen mit jeweils +0,3% ähnlich stark. Damit übertrafen die von unselbstständig Beschäftigten geleisteten Arbeitsstunden erstmals wieder den Höchststand vor der Krise. Dies spiegelt sich auch in einer deutlichen Zunahme der Vollzeitarbeitsplätze wider, die im zweiten Quartal jene der Teilzeitarbeitsplätze überstieg. Neue Jobs sind im bisherigen Jahresverlauf nicht mehr nur im Dienstleistungsbereich geschaffen worden, sondern auch in der Sachgüterindustrie, in der in den vergangenen beiden Jahren noch Arbeitsplätze verloren gingen.

Trotz des kräftigen Beschäftigungswachstums bleibt die Arbeitslosigkeit hoch. Aktuell wirken der starke Zuzug von ausländischen Arbeitskräften und die steigende Erwerbsbeteiligung älterer Bevölkerungsgruppen einem Rückgang der Arbeitslosenquote entgegen. Im September waren 1.000 Personen mehr beim AMS arbeitslos gemeldet als im Vorjahresmonat, das entspricht einem geringen Plus von 0,3%. Die Arbeitslosenquote lag nach nationaler Definition im September unverändert bei 9,2%, laut Eurostat-Definition bei 6,2% (Augustwert). Die aggregierte Betrachtung der Arbeitslosigkeit verdeckt stark unterschiedliche Entwicklungen für einzelne Gruppen. Während die Arbeitslosenquote von Inländern, Männern und jungen Arbeitnehmern (15-24 Jahre) sinkt, sind Ausländer, Frauen und ältere Arbeitnehmer (>55 Jahre) von steigender Arbeitslosigkeit betroffen. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen nimmt kräftig zu, wobei dies in erster Linie auf eine Umstellung bei den AMS-Schulungsmaßnahmen zurückzuführen ist.



Quelle: AMS, OeNB, Eurostat.



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Starker Anstieg der HVPI-Inflationsrate von August auf September 2016

Nachdem die österreichische HVPI-Inflationsrate in den ersten drei Monaten des Jahres 2016 noch rückläufig war, verharrte sie von April bis August 2016 auf einem Niveau von 0,6%. Von August auf September 2016 stieg die HVPI-Inflation allerdings um ½ Prozentpunkt auf 1,1% an. Dafür waren vor allem Energie und Industriegüter ohne Energie, sowie in einem geringeren Ausmaß Dienstleistungen verantwortlich. Die Inflationsrate für Energie ist zwar noch immer negativ, allerdings in einem deutlich geringeren Ausmaß als zuletzt.

Die aktuelle OeNB-Inflationsprognose – die den deutlichen Anstieg im September 2016 punktgenau voraussagte – erwartet für Österreich im Jahr 2016 eine durchschnittliche HVPI-Inflationsrate von 0,9% sowie einen Anstieg auf 1,5% im Jahr 2017. Gegenüber der Inflationsprognose vom Juni 2016 ist dies eine moderate Abwärtsrevision um 0,1 Prozentpunkte für 2016 sowie um 0,2 Prozentpunkte für 2017. In erster Linie hat die Annahme niedrigerer Preise für Nahrungsmittelrohstoffe zur Abwärtsrevision der aktuellen Vorausschau geführt. Für die Beschleunigung der Inflationsrate bis Ende 2017 sind vor allem ein Basiseffekt[8] und die Erholung der Preise für Rohstoffe verantwortlich. Die Mehrwertsteuerhöhung im Rahmen der Steuerreform und das erwartete stärkere Konsumwachstum wirken ebenfalls inflationsbeschleunigend. Letzterem wirken geringere Steigerungsraten bei den Lohnstückkosten entgegen. Von inländischen Determinanten der Inflationsentwicklung geht daher nur ein moderater Inflationsimpuls aus. Die Kerninflation (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) wird laut Prognose von durchschnittlich 1,5% im Jahr 2016 auf 1,6% im Jahr 2017 geringfügig steigen.

[8] Rückläufige Ölpreise von November 2015 bis Jänner 2016 bewirken in den Monaten November 2016 bis Jänner 2017 eine deutliche Beschleunigung der Jahresinflationsrate.

Finanzmarktstabilitätsgremium diskutiert Nachhaltigkeit der Kreditvergabestandards in der Immobilienfinanzierung[9]

Das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) hat in seiner 9. Sitzung am 23. September 2016 insbesondere mögliche Kriterien für die nachhaltige Immobilienfinanzierung und den dazugehörigen Rahmen aus Empfehlungen des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB) diskutiert sowie systemische Risiken aus Alternativen Investment Fonds evaluiert. Die Empfehlung, den Antizyklischen Kapitalpuffer bei 0% festzusetzen, wurde beibehalten.

Aus Sicht des Gremiums ist die Immobilien- und speziell die Wohnbaufinanzierung von erheblicher gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Im Interesse der langfristigen Stabilität auf Kreditnehmer- und Kreditgeberseite vertritt das FMSG die Ansicht, dass nachhaltige Kreditvergabestandards in der Immobilienfinanzierung dauerhaft zu beachten sind, um den Aufbau systemischer Risiken zu vermeiden und Spekulation von der Wohnimmobilienfinanzierung fernzuhalten. Langfristige Stabilität in der Wohnbaufinanzierung ist für ausreichenden und leistbaren Wohnbestand und entsprechende Investitionen essentiell und gerade in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation von großem gesamtwirtschaftlichen Interesse.

Für das FMSG spielen bei der Beurteilung der Nachhaltigkeit von Hypothekarkrediten aus Banken- und Konsumentensicht – unabhängig vom Zins- und Immobilienzyklus – folgende Kriterien eine zentrale Rolle: Erstens ist wesentlich, dass in der Immobilienbewertung die Beleihungsquoten (Loan to Value/LTV Ratio) konservativ angesetzt werden, dass auch im Fall eines Immobilienpreisrückgangs eine Unterbesicherung des Kredits nicht eintritt bzw. kein Grund für eine Nachbestellung von Sicherheiten vorliegt. Des Weiteren soll ein ausreichender Puffer für die allfällige Verwertung der Immobiliensicherheiten zur Verfügung stehen. Zweitens sind die Verschuldungsquoten (Debt to Income/DTI Ratio) und die Schuldendienstquoten (Debt Service to Income/DSTI Ratio) der Haushalte bei der Kreditvergabe sowie im Risikomanagement zu berücksichtigen, sodass die Rückzahlungsfähigkeit der Haushalte auch unter Stressszenarien (z.B. temporärer Rückgang des Haushaltseinkommens, unerwartete Zahlungsverpflichtung) gewährleistet ist. Die Rückzahlungsfähigkeit der Haushalte muss zudem einem plausiblen Zinsschock – einem sprunghaften Anstieg der Kreditkosten - standhalten können. Drittens muss die Kreditbepreisung risikoadäquat erfolgen, also neben dem Schuldnerrisiko auch anfallende Liquiditäts- und Kapitalkosten unter verschiedenen Szenarien abdecken.

Das FMSG wird die Nachhaltigkeit der Kreditvergabestandards in der Immobilienfinanzierung weiterhin genau beobachten und auf Basis verbesserter Meldedaten die oben angeführten Kriterien gegebenenfalls näher spezifizieren und Empfehlungen aussprechen.

[9] Autor: Peter Strobl (Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht)

Positives Halbjahresergebnis 2016 für österreichische Kreditinstitute – gutes Kreditwachstum setzt sich fort[10]

Risikovorsorgen sind gesunken

Eingangs sei erwähnt, dass aufgrund der Abspaltung eines wesentlichen Teilgeschäftsbereichs einer Großbank und der damit zusammenhängenden geänderten Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Aufwands- und Ertragspositionen im Halbjahresergebnis 2016 nur stark eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar sind. Aus diesem Grund beziehen sich die in diesem Artikel angeführten prozentuellen Veränderungen auf eine um diese Großbank bereinigte Datenbasis. Das ausgewiesene Halbjahresergebnis in Höhe von rund 2,9 Mrd EUR bleibt davon jedoch unberührt. Auf Basis der derzeit vorliegenden Zahlen ist ersichtlich, dass das Halbjahresergebnis 2016 durch die Abspaltung der Bank um rund 750 Mio EUR geringer ausfallen würde.

Das konsolidierte Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen von allen in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten wurde im 1. Halbjahr 2016 in Höhe von insgesamt 2,9 Mrd EUR angegeben. Dies entspricht einem Anstieg um 255,8 Mio EUR (+9,7%) im Vergleich zum 1. Halbjahr 2015. Die im Rahmen des SSM direkt von der EZB beaufsichtigten Kreditinstitute wiesen ein um 386,3 Mio EUR (+25,3%) auf 1,9 Mrd EUR gestiegenes Periodenergebnis aus.

Im 1. Halbjahr 2016 sind die bereinigten konsolidierten Betriebserträge (ohne Risikovorsorgen) der übrigen österreichischen Kreditinstitute um 7,8% zurückgegangen. Nennenswerte Veränderungen gab es beim Nettozinsergebnis, das als wichtigste Ertragskomponente der österreichischen Kreditinstitute verglichen mit dem 1. Halbjahr 2015 um 6,4% zurückging. Diese Entwicklung ist mehrheitlich durch eine Großbank beeinflusst, die unter anderem aufgrund einer Reduktion des Kreditportfolios einen starken Rückgang beim Nettozinsergebnis auswies.

Negativ auf die Betriebserträge wirkten sich zudem das um 2,6% gesunkene Provisionsergebnis, der um 10,3% niedrigere Handelserfolg[11] sowie das deutlich gesunkene sonstige betriebliche Ergebnis (> -100%) aus. Weitgehend stabil blieben die Dividenden und anderen Beteiligungserträge (UGB), die sich nur geringfügig verschlechterten.

Das konsolidierte Betriebsergebnis (ohne Risikovorsorge) wies einen Rückgang um 25,5% auf. Dies ist vor allem auf die um 28,9% gestiegenen Abschreibungen von Vermögenswerten[12] zurückzuführen. Zudem stiegen die Verwaltungsaufwendungen geringfügig um 1,3%, wobei

[10] Autoren: Martin Bartmann (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft Finanzierungsrechnung und Monetärstatistik); Abschnitt zur Ertragslage: Birgit Hebesberger und Stefan Kinschner (Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen)

[11] Handelserfolg = Handelsergebnis + sonstige Bewertungsergebnisse nach nationalen und internationalen Bilanzierungsvorschriften (IFRS und nGAAP FINREP) + sonstige realisierte Gewinne / Verluste aus Finanzgeschäften.

[12] Diese Position beinhaltet Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inkl. Firmenwerte), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen.

sich diese Entwicklung sowohl bei den Sachaufwendungen (+1,2%) wie auch bei den Personalaufwendungen (+1,3%) widerspiegelt.

Dass es trotz des gesunkenen Betriebsergebnisses zu einem Anstieg des konsolidierten Periodenergebnisses nach Steuern um 5,5% kommt, ist vor allem auf die um 70,2% gesunkenen Risikovorsorgen im Kreditgeschäft zurückzuführen. Zwei Großbanken konnten die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft in der Ukraine und in Russland bzw. in Ungarn, Kroatien und Österreich im Vergleich zum Vorjahr deutlich reduzieren.

Ergebnisverbessernd wirkten sich auch die gesunkenen sonstigen Rückstellungen, die geringeren Ertragssteuern und der reduzierte Minderheitenanteil aus.

Tabelle 1

Konsolidierte Ertragslage der Bankkonzerne und Einzelinstitute

	1. HJ 2016	1. HJ 2015	Differenz		Differenz bereinigt [3]
	in Mio EUR	in Mio EUR	absolut	in %	in%
Zinsergebnis	7.239,5	9.348,9	-2.109,4	-22,6%	-6,4%
+ Provisionsergebnis	3.246,6	3.862,7	-616,1	-15,9%	-2,6%
+ Handelserfolg [1]	632,4	936,6	-304,2	-32,5%	-10,3%
+ Dividendenerträge, Erträge aus Beteiligungen (nur UGB)	306,8	322,2	-15,4	-4,8%	-5,1%
+ Sonstiges betriebliches Ergebnis	-197,0	-7,2	-189,8	-2636,1%	-584,1%
= Betriebserträge netto	**11.228,2**	**14.463,2**	**-3.235,0**	**-22,4%**	**-7,8%**
- Verwaltungsaufwendungen	7.264,4	8.025,0	-760,6	-9,5%	1,3%
- Abschreibungen von immat. und mat. Vermögen, Wertminderungen nicht finanzieller Vermögenswerte und Beteiligungen	823,2	701,2	122,0	17,4%	28,9%
= Betriebsergebnis	**3.140,6**	**5.736,9**	**-2.596,3**	**-45,3%**	**-25,5%**
- Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	376,3	1.897,3	-1.521,0	-80,2%	-70,2%
- Sonstige Rückstellungen [2]	6,0	104,0	-98,0	-94,2%	-94,3%
- Risikovorsorgen aus nicht zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögensgegenständen	-28,6	-27,4	-1,2	-4,4%	-20,0%
+ Gewinn oder (-) Verlust aus Beteiligungen [2]	389,2	412,6	-23,4	-5,7%	-0,6%
+ Sonstiger Saldo in Summe	15,1	48,0	-32,9	-68,5%	-71,3%
= Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**3.191,1**	**4.223,7**	**-1.032,6**	**-24,4%**	**-3,2%**
- Ertragssteuern	691,6	896,3	-204,7	-22,8%	-8,5%
+ Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen [2]	778,9	-208,4	987,3	473,8%	-
- Minderheitenanteile [2]	385,9	482,4	-96,5	-20,0%	-31,9%
= Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**2.892,4**	**2.636,6**	**255,8**	**9,7%**	**5,5%**

Quelle:OeNB

[1] Handelsergebnis + sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP + sonstige realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften

[2] Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach IFRS erhoben.

[3] Bereinigte Darstellung ohne jene Großbank, die aufgrund ihrer geänderten Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung (Abspaltung Teilgeschäftsbereich) zu wesentlichen Verzerrungen im Vergleich der Halbjahresergebnisse führt.

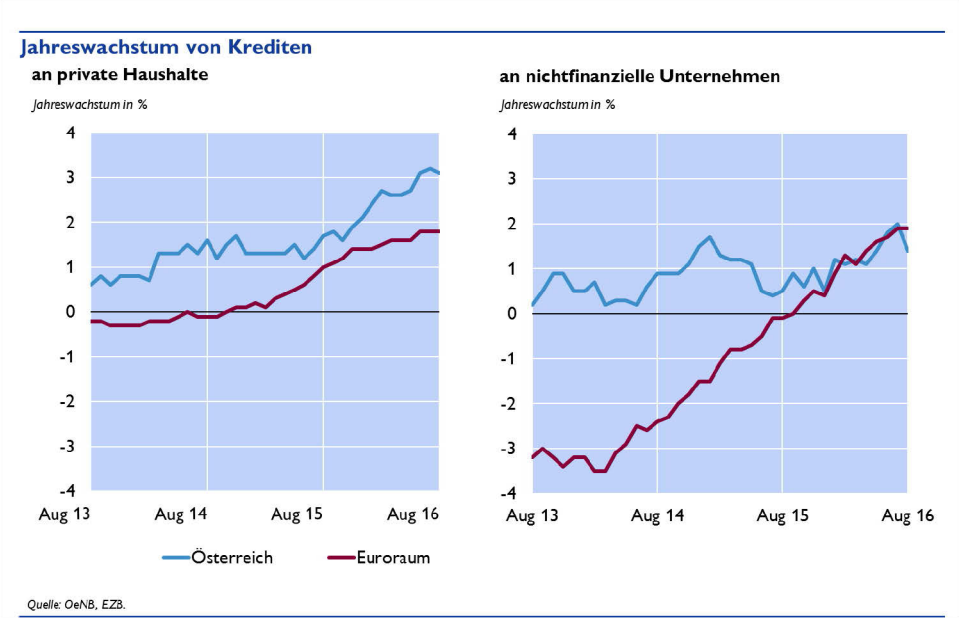
Beständiges Kreditwachstum in Österreich

Das bei österreichischen Banken insgesamt aushaftende Kreditvolumens von inländischen Nichtbanken entwickelte sich in den letzten Monaten positiv und erreichte im August 2016 eine Wachstumsrate von 1,8%. Vor allem die anhaltend große Nachfrage nach Wohnbaukrediten privater Haushalte trug wesentlich zum Kreditwachstum in Österreich bei. Die Jahreswachstumsrate stieg in diesem Segment von 3,6% im Vorjahr auf 4,9% im August 2016. Bei sonstigen Krediten an private Haushalte – dieses Segment wird vor allem von Krediten an selbständig Erwerbstätige (Anteil ca. 72%) dominiert – kam es mit einer Jahreswachstumsrate von 0,5% ebenfalls zu einer Ausweitung des aushaftenden Kreditvolumens, während Konsumkredite mit -1,0% weiterhin rückläufig waren. Insgesamt lag das Kreditwachstum privater Haushalte im August 2016 bei 3,1%, das bedeutet einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres (+1,7%).

Betont werden muss auch, dass das Kreditwachstum privater Haushalte in Österreich ausschließlich aus dem EUR-Bereich kam. Fremdwährungskredite waren im August 2016 mit -11,5% weiterhin deutlich rückläufig. Der seit 2009 andauernde Rückgang führte dazu, dass der Anteil der Fremdwährungskredite am gesamten aushaftenden Kreditvolumen privater Haushalte in Österreich im August 2016 bei nur noch 15,0% lag, während er Anfang 2009 noch bei 30,8%

gelegen war. Mit insgesamt 22,3 Mrd EUR – wobei der Großteil davon (96% bzw. 21,4 Mrd EUR) CHF-Kredite waren – lag der Anteil Österreichs am gesamten aushaftenden Volumen von Fremdwährungskrediten im Euroraum im August 2016 noch immer bei 30,9%. Aber auch hier war ein Rückgang zu beobachten. Anfang 2009 wurden noch 40,7% aller im Euroraum vergebenen Fremdwährungskredite von österreichischen Banken vergeben.

Grafik 1



Im gesamten Euroraum lag die Jahreswachstumsrate von Krediten privater Haushalte im August 2016 bei 1,8% und damit deutlich unter dem Österreich-Vergleichswert von 3,1%. Jedoch war auch im Euroraum seit Februar 2015 eine deutliche Zunahme der Dynamik bei Krediten privater Haushalte erkennbar. Insbesondere Wohnbaukredite – sie stellen mit 85% den Großteil des aushaftenden Kreditvolumens privater Haushalte im Euroraum dar – mit einem Jahreswachstum von 2,3%, aber auch Konsumkredite (+3,4%) leisteten (anders als in Österreich) einen positiven Beitrag zum Wachstum des Kreditvolumens im Euroraum. Bei sonstigen Krediten war hingegen mit -0,8% eine rückläufige Entwicklung zu beobachten. Betrachtet man die einzelnen Euroraum-Länder, so waren es vor allem Deutschland (+2,9%) und Frankreich (+4,1%), die das Kreditwachstum privater Haushalte im Euroraum stark beeinflussten.

Das Jahreswachstum bei Unternehmenskrediten verbesserte sich im Verlauf des letzten Jahres ebenfalls kontinuierlich und wies in Österreich im Juli 2016 2,0% auf. Im August 2016 kam es jedoch zu einem Rückgang der Jahreswachstums auf 1,4%, welcher aus einem deutlichen Abbau (-7,3%) kurzfristiger Finanzierungen (Laufzeit bis ein Jahr) resultierte. Längerfristige Kredite mit einer Laufzeit von ein bis fünf Jahren bzw. über fünf Jahren stiegen im Jahresvergleich hingegen mit jeweils 3,7% deutlich an. Im Euroraum-Durchschnitt waren es ebenfalls ausschließlich längerfristige Finanzierungen, die einen positiven Beitrag zum Kreditwachstum lieferten. Die bereinigte Jahreswachstumsrate bei Krediten mit Ursprungslaufzeit über fünf Jahre lag bei 1,8%, jene mit Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre erreichte 6,4%. Kurzfristige Finanzierungen waren im Euroraum hingegen im Jahresvergleich mit -4,0% rückläufig. In Summe lag das Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen im Euroraum bei 1,9%, auch in diesem Segment war die Entwicklung in Deutschland (2,9%) und Frankreich (5,4%) deutlich dynamischer. Spanien (-1,3%) bzw. Italien (0,1%) hatten hingegen einen dämpfenden Einfluss, der sich allerdings im Laufe der letzten Jahre reduzierte.

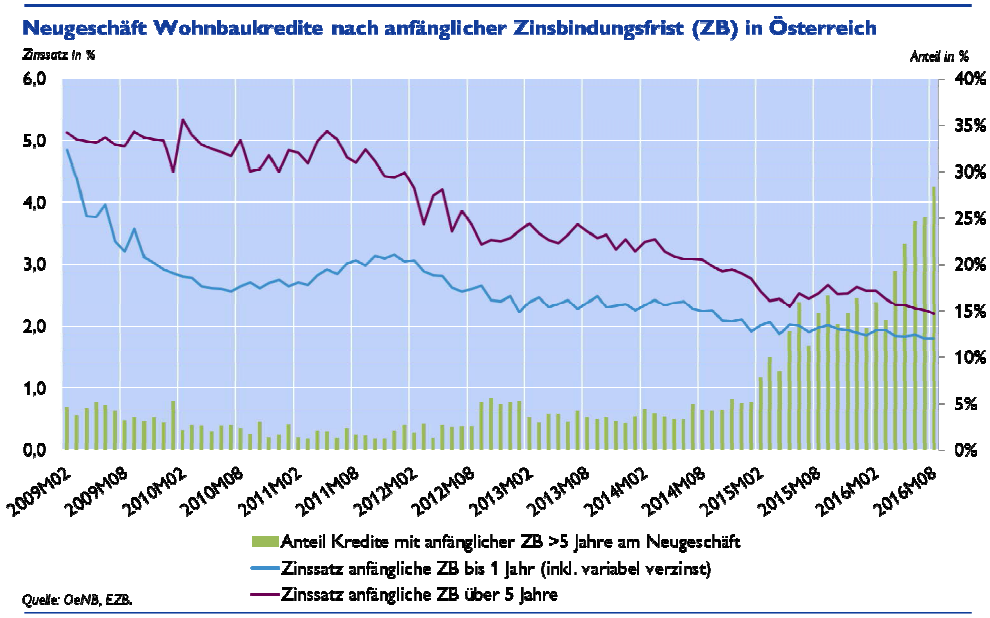
Private Haushalte sichern sich günstiges Zinsumfeld verstärkt ab (August 2016)

Die EZB-Leitzinssatzsenkung auf 0,0% im März 2016 führte zu weiter sinkenden Geldmarktzinssätzen. Der 3-Monats-Euribor – ein wichtiger Referenzzinssatz bei neu vergebenen Krediten in Österreich – entwickelte sich weiter rückläufig (-27 Basispunkte (BP) im Jahresvergleich) und erreichte im August 2016 mit -0,30% einen neuen historischen Tiefststand.

Die weiterhin sinkenden Geldmarktzinssätze führten in Österreich zu besseren Kreditkonditionen bei privaten Haushalten, wenngleich die Rückgänge im Vergleich weniger stark als bei den Geldmarktzinssätzen bzw. im Euroraum ausfielen. So ging der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz für neu vergebene Kredite an private Haushalte im Jahresvergleich um 7 BP zurück und lag im August 2016 bei 2,34%. Im Euroraum waren hingegen im Jahresvergleich deutlichere Rückgänge bei den Zinskonditionen privater Haushalte mit -33 BP zu beobachten, das Zinsniveau für das Kreditneugeschäft privater Haushalte lag jedoch mit durchschnittlich 2,62% weiterhin über jenem Österreichs.

Vor allem bei Wohnbaukrediten profitierten private Haushalte im Euroraum seit August 2015 von rückläufigen Zinssätzen. In diesem Segment erreichte der Zinssatz im Euroraum mit 1,88% (-41 BP) einen historischen Tiefstand und lag erstmals seit März 2009 unter jenem Österreichs (1,91%, -13 BP). Das historisch geringe Zinsniveau verstärkte vor allem in Österreich die Nachfrage nach Produkten mit längeren Zinsbindungsfristen. So stieg der Anteil im Neugeschäft von Wohnbaukrediten mit einer anfänglichen Zinsbindungsfrist von über einem Jahr von durchschnittlich 24% im Jahr 2015 auf 32% in den ersten acht Monaten des Jahres 2016 an. Die größte Dynamik war bei sehr langfristigen Zinsbindungsfristen (über 5 Jahre) zu erkennen, die bis vor kurzen kaum eine Bedeutung in Österreich hatten. Ihr Anteil am gesamten Neugeschäft bei Wohnbaukrediten stieg innerhalb von zwei Jahren von 4% auf 28% im August 2016. Neben dem historisch geringen Zinsniveau dürften auch die im Laufe der Jahre geringer gewordenen Zinsaufschläge für Kredite mit langfristiger Zinsbindung für steigendes Interesse bei privaten Haushalten gesorgt haben. So waren Zinssätze mit über 5 Jahren Zinsbindungsfrist im August 2016 im Schnitt mit 2,21% verzinst, der Zinssatz für Kredite mit anfänglicher Zinsbindung bis ein Jahr (inklusive variabel) lag mit 1,80% nur um 41 BP darunter. Vor 2 Jahren war die Zinsdifferenz noch bei 82 BP gelegen.

Grafik 2



Im Euroraum insgesamt haben längerfristig fixierte Zinssätze traditionell eine höhere Bedeutung als in Österreich. Hier lag der Anteil bei neu vergebenen Wohnbaukrediten mit einer anfänglichen Zinsbindung von über fünf Jahren im August 2016 bei 77%. Ähnlich wie in Österreich war auch im Euroraum – speziell im Wohnbaubereich – eine steigende Bedeutung von Krediten mit längerer Zinsbindungsfrist in den letzten Jahren erkennbar.

Bei neu vergebenen Unternehmenskrediten kam es im Jahresvergleich sowohl in Österreich als auch im Euroraum zu neuen Impulsen. Vor allem bei neu vergebenen Krediten bis eine Million EUR gingen die Zinssätze im Jahresvergleich mit –18 BP auf 1,88% (Österreich) bzw. –42 BP auf 2,33% (Euroraum) deutlich zurück. Unter dem Euroraum-Durchschnitt lagen in dieser Kategorie Länder wie Belgien (1,71%) oder Frankreich (1,87%), Deutschland lag mit einem Zinssatz von 2,36% hingegen geringfügig darüber.

Die Zinskonditionen bei Großkrediten über eine Million EUR reduzierten sich in Österreich im Jahresvergleich um durchschnittlich 7 BP und lagen im August 2016 bei 1,56%. Mit einem Zinssatz von 1,30% (-22 BP) wies der Euroraum erneut einen historischen Tiefststand auf und lag deutlich unter dem Vergleichswert Österreichs. Unter dem Euroraum-Durchschnitt lagen zum Beispiel Deutschland (1,21%), Italien (1,12%) oder die Niederlande (1,14%).

Positives Einlagenwachstum trotz Niedrigzinsumfelds

Wie fast überall im Euroraum erreichten die Zinssätze für neu veranlagte Einlagen auch in Österreich in vielen Kategorien historische Tiefststände. Die Entwicklung der letzten 12 Monate zeigte jedoch, dass der Spielraum für weitere Zinssatzsenkungen bei Einlagen sehr begrenzt war. So ging der Zinssatz für neu vergebene Einlagen an private Haushalte in Österreich seit August 2015 um 4 Basispunkte auf 0,37% im August 2016 zurück. Deutlich stärker war der Rückgang der Einlagenzinssätze im Euroraum (-16 BP auf 0,54%) ausgeprägt, jedoch ging dieser von einem deutlich höheren Niveau (0,7% im August 2015) aus.

Trotz historisch geringer Zinssätze war in Österreich weiterhin ein deutlich positives Jahreswachstum der Einlagen von privaten Haushalten zu verzeichnen (per August 2016 betrug es 4,3% bzw. 9,4 Mrd EUR). Für diese Entwicklung war ausschließlich der starke Zuwachs der täglich fälligen Einlagen verantwortlich, welche sich um 14,8% bzw. 14,7 Mrd EUR ausweiteten. Einlagen mit vereinbarter Bindungsfrist waren hingegen weiter rückläufig und wiesen ein Jahreswachstum von -4,4% bzw. -5,3 Mrd EUR auf. Eine ähnliche Entwicklung war im Euroraum insgesamt erkennbar. Auch hier waren ausschließlich täglich fällige Einlagen mit +10,6% für das positive Einlagenwachstum von 3,6% verantwortlich. Der geringer gewordene Zinsunterschied zwischen täglich fälligen und längerfristig gebundenen Einlagen sowie ein Mangel an Veranlagungsalternativen dürften für diese Entwicklung ausschlaggebend sein. Diese Entwicklung führte dazu, dass sowohl in Österreich als auch im Euroraum im August 2016 jeder zweite Einlagen-Euro täglich verfügbar war. Die Einlagenstruktur im Euroraum unterscheidet sich von jener in Österreich dahingehend, dass im Euroraum Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist eine deutlich höhere Bedeutung als in Österreich haben.

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik der EU und international vom 1. September bis 19. Oktober 2016[13]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
7. September 2016	ESM/EFSF	Gertrude Tumpel-Gugerell wird zur high-level independent evaluator des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und Europäischen Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) ernannt. Die ehemalige OeNB-Vize-Gouverneurin übernimmt die Verantwortung für die Evaluierung der Rettungsprogramme des ESM und EFSF.
9. September 2016	Eurogruppe	Grundsätze zu Spending Reviews. Die Finanzminister der Eurogruppe nehmen eine Erklärung über gemeinsame Grundsätze zu Spending Reviews an. Ziel dieser Grundsätze ist die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung einer stabilitätsorientierten sowie wachstums- und beschäftigungsfördernden Fiskalpolitik zur Förderung einer Qualitätsverbesserung bei öffentlichen Ausgaben.
9.-10. September 2016	Informeller ECOFIN	Hauptthemen beim informellen ECOFIN-Rat sind: - Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion: Errichtung einer gemeinsamen Fiskalkapazität; - Verbesserungen bei der Bekämpfung von Steuerumgehung und Finanzkriminalität/Terrorismusfinanzierung; - Weiterentwicklung des Investitionsplans für Europa; - Zukunft der Wirtschaftspolitiken in der EU vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen (u.a. Bewältigung der Flüchtlingsströme/Migration, Bedrohung durch terroristische Aktivitäten, Implikationen des Brexit-Votums).
14. September 2016	EK	Hauptaussagen der jährlichen Rede zur Lage der EU von EK-Präsident Jean-Claude Juncker vor dem Europäischen Parlament (EP): - Nachhaltige Investitionen in die Jugend, Arbeitssuchende und Start-Ups fördern - Investitionsplan für Afrika - EU-weit kostenloses WLan bis 2020 errichten

[13] AutorInnen: Majken Corti und Andrea Hofer (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		- Faire Arbeitsbedingungen für Journalisten, Verleger und Autoren schaffen - Grenzschutz mit der neuen Europäischen Grenz- und Küstenwache stärken Diese Rede zur Lage der EU stellt den EK-Beitrag zur informellen Tagung des Europäischen Rates (ER) am 16. September dar und bildet den Auftakt zum Dialog mit dem EP und dem Rat zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der EK für 2017.
16. September 2016	Informelle Tagung des ER	Beim informellen Treffen des ER in Bratislava ohne Teilnahme des Vereinigten Königreichs wird über die weitere Entwicklung der EU nach vollendetem BREXIT reflektiert und Ziele für die kommenden Monate formuliert: - Wiederherstellung der vollständigen Kontrolle der Außengrenzen; - Gewährleistung von interner Sicherheit und Bekämpfung des Terrorismus; - Verstärkung der Zusammenarbeit der EU in den Bereichen externe Sicherheit und Verteidigung; - Förderung des Binnenmarkts und die Schaffung besserer Chancen für junge Europäer.
26. September 2016	EP: ECON Committee	Anhörung mit Andrea Enria, Vorsitzender der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) - Anteil an non-performing Loans (NPL) in der EU verhältnismäßig hoch. EBA fordert u.a. strikteren Vorgang der Aufsicht in Bezug auf NPLs; - Bemerkenswerte Fortschritte im Bereich „supervisory convergence“ festzustellen; - EBA-Stress Test 2016 weist darauf hin, dass sich zwar die Widerstandsfähigkeit des Bankensektors verbessert hat, dennoch gibt es wesentliche Schwachstellen; - Aufgrund von BREXIT ist der zukünftige Sitz der EBA unsicher (derzeit London). Geld- und währungspolitischer Dialog mit Mario Draghi, EZB-Präsident - Längerfristige Auswirkungen von BREXIT vom Ergebnis der Austrittverhandlungen abhängig; - Geldpolitik alleine nicht ausreichend um Wirtschaft anzukurbeln. Fiskal- und strukturpolitische Maßnahmen dringend notwendig; - Fertigstellung der Bankenunion und Entwicklung der Kapitalmarktunion wichtig für die Widerstandskraft der finanziellen Integration im Euroraum sowie grenzüberschreitende Investitionen.

27. September 2016	EZB	EZB und die Peoples Bank of China verlängern die seit 2013 bestehende bilaterale Währungsswap-Vereinbarung um weitere drei Jahre. Die Vereinbarung ist auf 350 Mrd Yuan und 45 Mrd EUR begrenzt.
10. Oktober 2016	Eurogruppe	Eurogruppe genehmigt Auszahlung aus dem ESM-Finanzhilfeprogramm an Griechenland. Auf Basis der Erfüllung aller Zwischenziele aus der ersten Überprüfung des Anpassungsprogramms seitens Griechenlands genehmigt die Eurogruppe die Auszahlung einer weiteren Teiltranche der zweiten Tranche von 1,1 Mrd EUR. Damit erreicht die an Griechenland ausgezahlte ESM-Finanzierungshilfe 30 Mrd EUR (von max. 86 Mrd EUR). Bis Ende Oktober 2016 soll Griechenland zusätzliche Daten liefern, um die Freigabe des restlichen Betrages der zweiten Tranche in Höhe von 1,7 Mrd EUR zu ermöglichen. Es liegt noch keine Entscheidung über eine erneute Beteiligung des IWF am Finanzhilfeprogramm vor.
11. Oktober 2016	ECOFIN	Hauptthemen beim ECOFIN: • Funktionsweise des Europäischen Semesters: Gedankenaustausch über Verbesserungsmöglichkeiten: z.B. mehr Bedeutung für soziale Themen, mehr Transparenz, verstärkten bilateralen Dialog zwischen den Mitgliedstaaten, Peer Reviews, bessere Koordinierung und Abstimmung der Empfehlungen der EK. • Klimaschutzfinanzierung und Steuertransparenz: Die Finanzminister nehmen die Schlussfolgerungen des Rates zur Klimaschutzfinanzierung und Steuertransparenz an. • Steuerabkommen mit Monaco: Beim Treffen wird der Abschluss eines Steuerabkommens mit Monaco gebilligt. EU-Mitgliedstaaten und Monaco verpflichten sich zum automatischen Informationsaustausch und leisten damit einen Beitrag zur Vermeidung von Steuerhinterziehung • Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug: Gedankenaustausch über einen Richtlinienentwurf. • Arbeiten des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel III): Es bedarf eines risikosensitiven Ansatzes für die Eigenkapital-anforderungen. Es darf kein kompetitiver Nachteil für EU-Banken entstehen. • Verwirklichung der Bankenunion: Bis auf Belgien haben alle Mitgliedstaaten die Abwicklungsrichtlinie (BRRD) voll umgesetzt. In Belgien wird dies bis Ende Oktober 2016 voraussichtlich auch der Fall sein. Dann können Verhandlungen über den Common Backstop des Einheitlichen Bankenabwicklungs-mechanismus (SRM) beginnen.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

Datum	Institution	Ereignis
4.-5. September 2016	G20	G20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Hangzhou: • Globale Wirtschaft: Die Weltwirtschaft wächst mit einem globalen BIP 2016 von 3,1% und 2017 von 3,4% weiterhin langsamer als vor der Krise (3,8%) („low-growth-trap"). Wichtigstes und neues Abwärtsrisiko für Europa ist die Unsicherheit um den Brexit. Die G20 wollen das UK in Zukunft als engen Partner Europas sehen. • Bedingungen für ein starkes, nachhaltiges, ausgewogenes und inklusives (alle einbeziehendes) Wachstum: Die G20 halten an ihrem Wachstumsziel von 2% zusätzlichem Wachstum im Zeitraum 2014 bis 2019 fest („2-in-5 growth ambition"), stimmen überein, dass ein Politikmix aus Währungs-, Fiskal- und Strukturpolitik einzusetzen ist („three-pronged approach") und erweitern ihre Strukturreformagenda. • Finanzsektorreform: Der Fokus liegt auf Stärkung der globalen finanziellen Sicherheitsnetze (GFSN). • Investitionen und Infrastruktur: Der Fokus liegt auf Infrastruktur und KMUs.
4. Oktober 2016	IWF	World Economic Outlook (WEO): IWF revidiert Prognose wegen Brexit-Votum und schwachem US-Wachstum nach unten: Das Votum in UK im Juni 2016 zugunsten des Brexit sowie das schwächer als erwartete Wachstum in den USA haben den IWF veranlasst, im aktuellen World Economic Outlook das globale Wachstum für 2016 von 3,2% auf 3,1% und für 2017 von 3,5% auf 3,4% zu korrigieren. Die stärkste Abwärtsrevision im Zusammenhang mit dem Brexit macht der IWF bei den europäischen Industriestaaten. Der IWF empfiehlt zur wirtschaftlichen Stärkung der Industriestaaten • kurzfristige Nachfragesteigerung und strukturelle Reformen zu kombinieren und • ersucht Industriestaaten, sich nicht nur auf die Währungspolitik zu verlassen, sondern auch andere Instrumente einzusetzen.
6. Oktober 2016	G20	G20-Working Dinner der Finanzminister und Notenbankgouverneure in Washington D.C.: • Globale Wirtschaft: Die G20 bestätigen den unverändert gedämpften Wirtschaftsausblick mit zahlreichen Abwärtsrisiken. Sie stellen auch eine Zunahme von Protektionismus und Populismus fest sowie die Notwendigkeit, die

		Vorteile von Wachstum und Globalisierung breiter zu verteilen. • Transparenz der Informationen über das wirtschaftliche Eigentum: Es gibt keine Einigung der G20, ob die Standards verstärkt und der Datenzugang durch Steuerbehörden ermöglicht werden sollen. • Prioritäten der deutschen G20-Präsidentschaft: Deutschland präsentiert als künftige G20-Präsidentschaft seine drei wichtigsten Prioritäten: 1. Resilienz verbessern (inkl. Finanzmarktreformen und Besteuerung), 2. Digitalisierung gestalten (auch im Finanzsektor), 3. Investitionen erhöhen (wobei Afrika Priorität gegeben wird).
		-
7.-9. Oktober 2016	IWF	IWF-Jahrestagung in Washington D.C.: • Globale Wirtschaft: Das globale Wachstum ist weiterhin sehr langsam und ungleichmäßig, Unsicherheit und Abwärtsrisiken sind erhöht. Die 189 IWF-Mitgliedstaaten verpflichten sich Strategien zu entwickeln und umzusetzen, die sicherstellen, dass jeder einzelne die Möglichkeit hat von der Globalisierung und dem technologischen Wandel zu profitieren. • Prioritäre Politikempfehlungen: - Wachstumsfreundliche und nachhaltige Fiskalpolitik (z.B. öffentliche Ausgaben in hochqualitative Investitionen) - Weiterhin akkommodierende Geldpolitik (vor allem in Industrieländern mit niedriger Inflation und negativer Output-Lücke) - Länderspezifisch maßgeschneiderte Strukturreformen - Effektive Finanzsektorpolitiken (rechtzeitige, vollinhaltliche und einheitliche Umsetzung der Finanzmarktreformen) - Stärkere globale Kooperation (in folgenden Bereichen: Handel, Spillovers, Steuern, Terrorismusfinanzierung, Korruption, illegale Kapitalflüsse, internationale Finanzarchitektur inklusive globale finanzielle Sicherheitsnetze) • IWF Aktivitäten: - Politikempfehlungen und Überwachung (Ziel des IWF ist es, den Politikmix zu verbessern durch konsistente Fiskalpolitikempfehlungen, Identifikation von hochprioritären Strukturreformen, etc.) - Internationales Währungssystem (starke nationale Wirtschaftspolitik und IWF-Überwachung sind der Grundstein für die Krisenprävention, gleichzeitig Stärkung des globalen finanziellen Sicherheitsnetzes, Überprüfung der IWF-Kreditinstrumente, Einbeziehung des Renminbi in den SZR-Korb per 1.10.2016)

		- Unterstützung von Low-income Countries - Technical Assistance und Training • IWF Ressourcen und Governance: - Bilaterale Darlehen: Um die aktuelle Kreditvergabekapazität des IWF aufrechtzuerhalten, hat der IWF Zusagen für neue bilaterale Darlehen in Höhe von 360 Mrd EUR erhalten. Die neuen bilateralen Darlehen haben eine gemeinsame maximale Laufzeit bis Ende 2019; verlängerbar um 1 Jahr. AT hat seine Zustimmung zu einem neuen Kreditvertrag über 6,13 Mrd EUR avisiert (d.h. in selber Höhe wie alter Vertrag). - 15. Quotenreform: Abschluss verschoben auf IWF-Jahrestagung im Herbst 2019 • AT-IWF-Constituency: Neue IWF-Exekutivdirektorin der AT-Constituency für 2016-2018 ist Michaela Erbenova (CZ). • Nächste Sitzung des IMFC: IWF-Frühjahrestagung 21.-23.4.2016 in Washington D.C.
14. Oktober 2016	IWF	Charles Collyns als neuer IEO-Direktor: Das IWF-Exekutivdirektorium ernennt den Briten Charles Collyns, Chefökonom des Institute of International Finance und zuvor im US-Treasury tätig, zum Direktor des Independent Evaluation Office. Collyns folgt dem Mexikaner Moises Schwartz per 1. Februar 2017 für eine 5-jährige Amtsperiode.

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 25. Oktober 2016

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Weltwirtschaft	
Prognose des IWF für ausgewählte Regionen	1
Makroökonomische Indikatoren	2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise	3
Euroraum	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	4
Aktuelle Entwicklung	5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität	6
Zinserwartungen	7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen	8
Renditen und Kreditzinsen	9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation	10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt	11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren	12
Inflation und Arbeitskosten	13
Makroökonomische Ungleichgewichte	14
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	
Ausgewählte makroökonomische Indikatoren	15
Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	16
Entwicklung der Verbraucherpreise	17
Arbeitslosenquoten	18
Leistungsbilanzsalden	19
Fiskaldaten	20
Österreich	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	21
Aktuelle Entwicklung	22
Außenhandel mit Waren	24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren	25
Tourismus und Reiseverkehr	26
Öffentliche Haushalte	27
Bundeshaushalt	28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert	29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert	33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE	34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	
Geldvermögensbildung und Geldvermögen	35
Finanzierung und Verbindlichkeiten	36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt

Prognose des IWF für ausgewählte Regionen

	Reales BIP			Inflation[1)]			Arbeitslose			Budgetsaldo			Staatsschuld			Leistungsbilanzsaldo		
	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %			*in %*			*in % des Arbeitskräfteangebotes*			*in % des BIP*								
USA	2,6	1,6	2,2	0,1	1,2	2,3	5,3	4,9	4,8	-3,5	-4,1	-3,7	105,2	108,2	108,4	-2,6	-2,5	-2,7
Japan	0,5	0,5	0,6	0,8	-0,2	0,5	3,4	3,2	3,2	-5,2	-5,2	-5,1	248,0	250,4	253,0	3,3	3,7	3,3
China	6,9	6,6	6,2	1,4	2,1	2,3	4,1	4,1	4,1	-2,7	-3,0	-3,3	42,9	46,3	49,9	3,0	2,4	1,6
Euroraum	2,0	1,7	1,5	0,0	0,3	1,1	10,9	10,0	9,7	-2,1	-2,0	-1,7	92,5	91,7	91,0	3,2	3,4	3,1
EU	2,3	1,9	1,7	0,0	0,3	1,3	x	x	x	-2,3	-2,1	-1,8	86,8	86,3	85,7	4,8	5,0	5,0
Österreich	0,9	1,4	1,2	0,8	0,9	1,5	5,7	6,2	6,4	-1,2	-1,6	-1,5	86,2	84,9	83,7	2,6	2,6	2,7
Deutschland	1,5	1,7	1,4	0,1	0,4	1,5	4,6	4,3	4,5	0,7	0,1	0,1	71,0	68,2	65,9	8,4	8,6	8,1
Vereinigtes Königreich	2,2	1,8	1,1	0,1	0,7	2,5	5,4	5,0	5,2	-4,2	-3,3	-2,7	89,0	89,0	88,8	-5,4	-5,9	-4,3
Polen	3,6	3,1	3,4	-0,9	-0,6	1,1	7,5	6,3	6,2	-2,6	-2,8	-2,9	51,3	52,4	53,2	-0,2	-0,1	-0,1
Ungarn	2,9	2,0	2,5	-0,1	0,4	1,9	6,8	6,0	5,8	-2,0	-2,0	-2,7	75,3	75,3	75,1	4,4	4,9	4,6
Tschechische Republik	4,5	2,5	2,7	0,3	0,6	1,9	5,0	4,1	4,1	-0,4	-0,6	-0,6	40,3	39,8	38,8	0,9	1,5	1,0

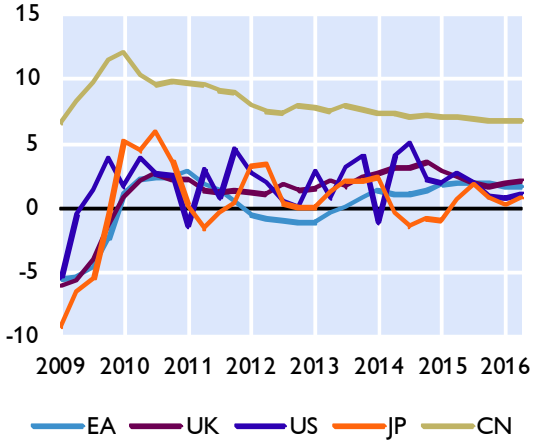
Quelle: IWF-WEO Prognose Oktober 2016.

1) HVPI-Inflation; USA, Japan, China: VPI.

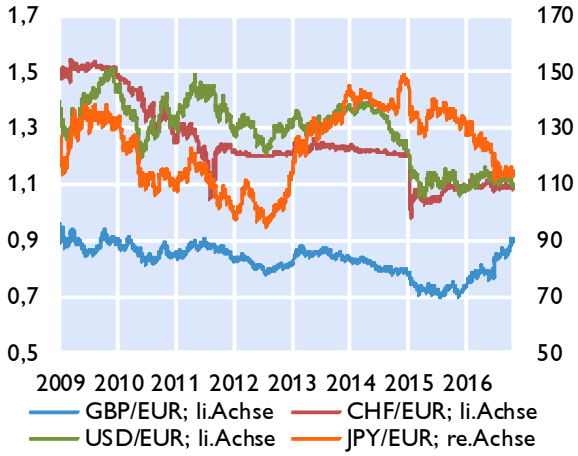
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

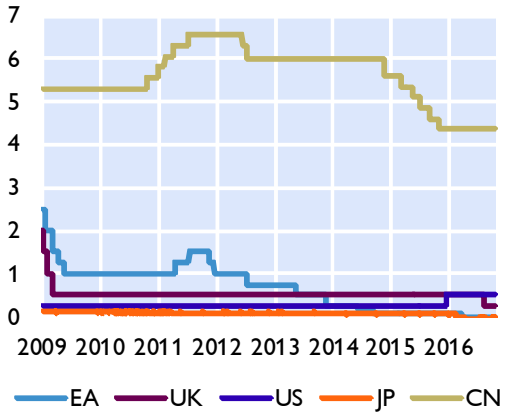


Wechselkurse zum Euro



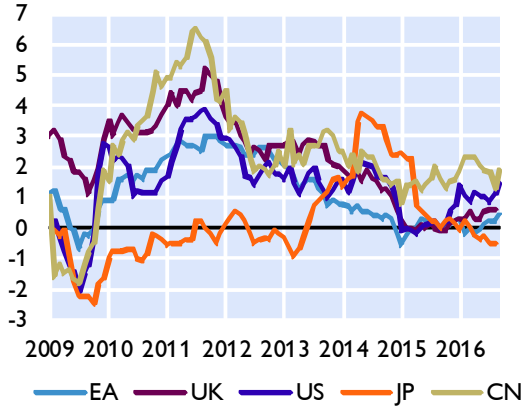
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



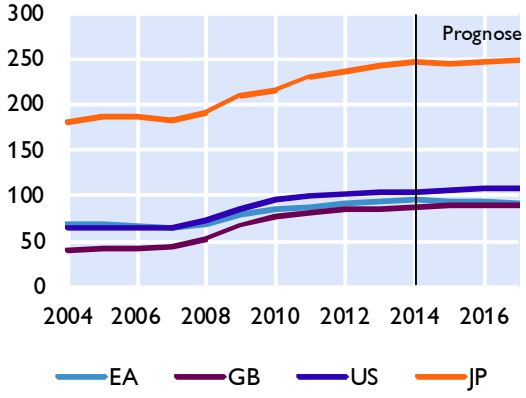
Verbraucherpreisindizes

in %



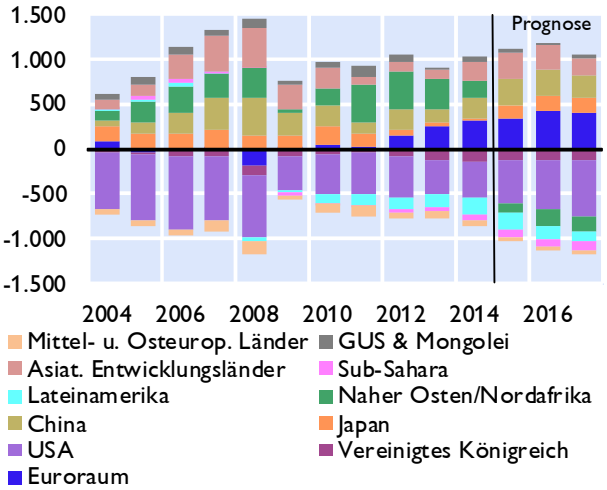
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD



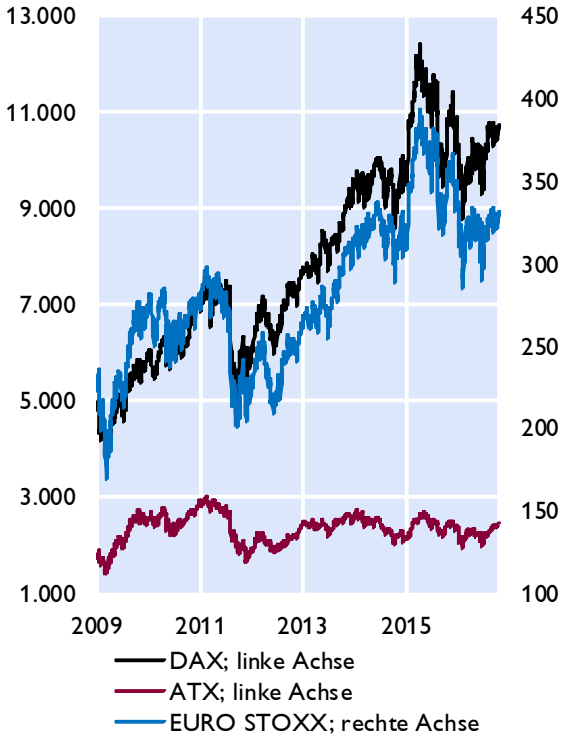
Quelle: Eurostat, EK, IWF, Thomson Reuters, nationale Quellen. Prognosen: EK Mai 2016 und IWF WEO April 2016.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

Seite 3

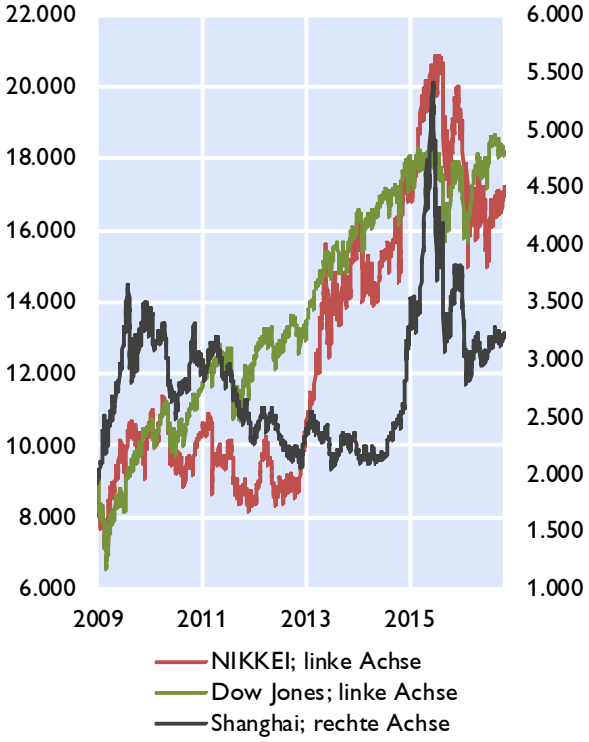
Aktienkurse - Europa

in Punkten



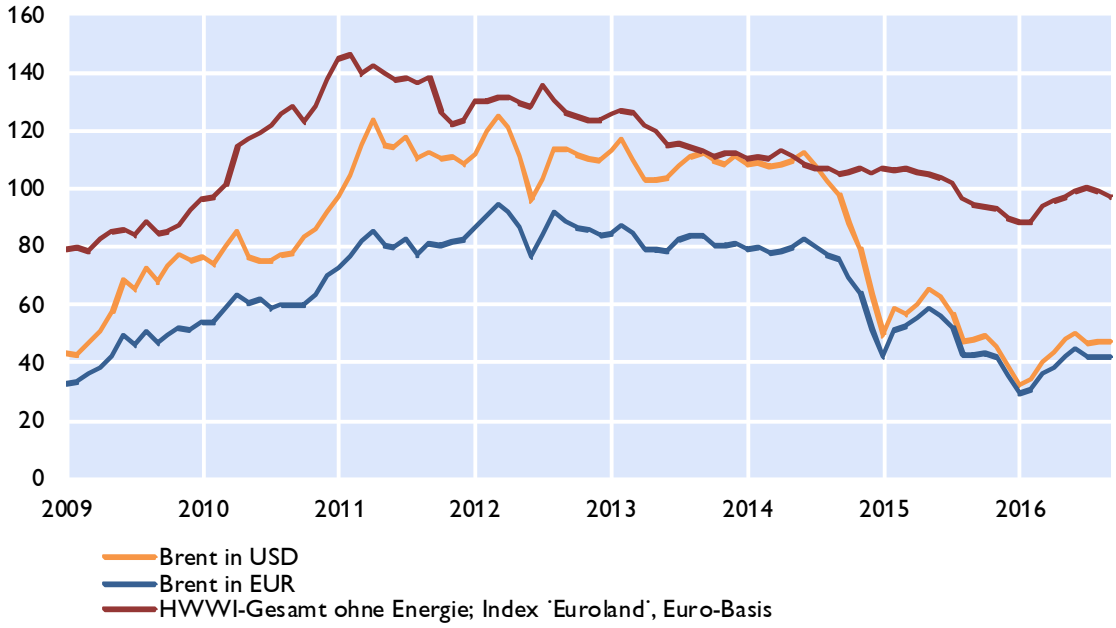
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Thomson Reuters.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem September 2016			OECD Juni 2016 / **Interim Economic Outlook 9/2016**[1)]		IWF Oktober 2016		EU-Kommission Mai 2016	
	2016	2017	2018	2016	2017	2016	2017	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real	1,7	1,6	1,6	**1,5**	**1,4**	1,7	1,5	1,6	1,8
Privater Konsum, real	1,7	1,6	1,5	1,8	1,7	1,6	1,5	1,8	1,5
Öffentlicher Konsum, real	1,7	0,9	1,0	1,7	1,1	1,7	1,1	1,4	1,2
Bruttoanlageinvestitionen, real	3,1	3,3	3,3	3,3	3,2	2,9	2,5	2,9	3,8
Exporte, real	2,6	3,7	4,1	x	x	3,0	3,4	3,5	4,7
Importe, real	3,3	4,4	4,7	x	x	3,4	4,0	4,6	5,3
BIP Deflator	1,2	1,5	1,6	0,9	1,1	1,0	1,0	1,2	1,3
HVPI	0,2	1,2	1,6	0,2	1,2	0,3	1,1	0,2	1,4
Lohnstückkosten	0,8	1,0	1,3	1,1	0,8	0,5	0,9	0,9	1,1
Beschäftigte	1,3	0,8	0,7	1,3	1,0	1,5	0,8	1,1	1,0
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition								
Arbeitslosenquote	10,1	9,9	9,6	10,2	9,8	10,0	9,7	10,3	9,9
	in % des nominellen BIP								
Leistungsbilanz	3,5	3,4	3,3	3,8	3,6	3,4	3,1	3,7	3,6
Öffentliches Defizit	-1,9	-1,7	-1,5	-1,8	-1,4	-2,0	-1,7	-1,9	-1,6
	Prognoseannahmen								
Erdölpreis in USD/Barrel	42,8	47,4	50,6	41,8	45,0	43,0	50,6	41,1	46,0
Kurzfristiger Zinssatz in %	-0,27	-0,36	-0,34	-0,2	-0,3	-0,3	-0,4	-0,2	-0,3
USD/EUR	1,11	1,11	1,11	1,13	1,14	1,12	1,13	1,13	1,13
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real USA	x	x	x	**1,4**	**2,1**	1,6	2,2	2,3	2,2
BIP, real Welt	x	x	x	**2,9**	**3,2**	3,1	3,4	3,1	3,4
Welthandel	x	x	x	2,1	3,2	2,3	3,8	2,7	3,8

1) OECD Interim Economic Outlook Sept. 2016 (fett unterlegte Zahlen); restliche OECD Zahlen von Juni 2016 Prognose.

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2014	2015	2015 Q3	2015 Q4	2016 Q1	2016 Q2	2016 Q3	2016 Juni	2016 Juli	2016 Aug.	2016 Sept.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	0,4	0,0	0,1	0,2	0,0	-0,1	0,3	0,1	0,2	0,2	0,4
Kerninflation	0,8	0,8	0,9	1,0	1,0	0,8	0,8	0,9	0,9	0,8	0,8
BIP-Deflator des privaten Konsums	0,5	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	0,8	0,3	0,5	0,2	1,2	0,3	..	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,3	1,3	1,3	1,2	1,3	1,1	..	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,5	1,0	0,8	1,0	0,2	0,8	..	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	-1,5	-2,7	-2,6	-3,1	-3,7	-3,8	..	-3,1	-2,7	-2,0	. .
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	108,4	100,1	97,2	91,8	90,1	97,2	98,6	98,9	100,2	98,6	97,0
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	74,5	47,8	45,7	40,3	31,9	41,6	42,1	44,4	42,1	42,0	42,25
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	99,3	53,0	50,8	44,2	35,2	47,0	47,0	49,9	46,6	47,1	47,38
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	0,9	1,7	0,4	0,4	0,5	0,3	..	x	x	x	x
Privater Konsum	0,8	1,8	0,5	0,3	0,6	0,2	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	0,6	1,4	0,4	0,6	0,6	0,1	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	1,5	3,1	0,5	1,4	0,4	0,0	..	x	x	x	x
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,1	1,8	0,7	0,7	0,4	-0,1	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,0	0,2	-0,3	-0,3	0,1	0,4	..	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	-0,2	-0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	..	x	x	x	x
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	182,0	244,9	61,6	73,5	52,5	81,7	..	29,9	26,1	18,4	..
Leistungsbilanz	245,6	329,5	96,1	104,4	60,3	87,8	..	26,9	27,7	29,7	..
Leistungsbilanz in % des BIP	3,0	3,6	3,7	4,0	2,3	3,3	..	x	x	x	x
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	101,6	104,3	104,6	106,3	104,0	104,3	104,3	104,4	104,5	103,5	104,9
Industrievertrauen (Saldo)	-3,9	-3,1	-2,9	-2,4	-3,8	-3,4	-2,9	-2,8	-2,6	-4,4	-1,7
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	51,8	52,2	52,3	52,8	51,7	52,0	52,1	52,8	52,0	51,7	52,6
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	108,0	108,1	108,3	108,6	106,8	107,7	108,0	108,7	108,3	106,3	109,5
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	0,9	1,6	1,8	1,5	1,4	1,1	..	0,8	-0,4	1,9	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-10,1	-6,3	-6,9	-6,4	-8,3	-7,9	-8,2	-7,2	-7,9	-8,5	-8,2
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	1,4	2,7	3,3	2,5	2,2	1,8	..	1,8	2,0	1,4	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	80,4	81,3	81,2	81,6	81,9	81,5	81,6	x	x	x	x
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1)]	11,6	10,9	10,8	10,5	10,3	10,1	..	10,1	10,1	10,1	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	0,6	1,0	0,3	0,3	0,4	0,4	..	x	x	x	x
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	3,8	4,7	4,9	4,7	5,1	5,0	..	5,0	4,9	5,1	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	4,9	5,0	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	-0,3	1,9	1,6	1,9	2,2	1,9	..	1,9	1,9	2,0	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,05	0,05	0,05	0,05	0,00	0,00	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00
3-Monats Zinssatz (%)	0,21	-0,02	-0,03	-0,09	-0,19	-0,26	-0,3	-0,27	-0,30	-0,30	-0,30
10-Jahres Zinssatz (%)	2,28	1,27	1,47	1,18	1,03	0,94	0,7	0,88	0,62	0,61	0,74
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	2,07	1,29	1,50	1,27	1,21	1,19	1,0	1,15	0,92	0,91	1,04
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2)]	106,9	133,3	134,5	163,8	178,3	154,5	133,7	152,2	142,2	130,1	128,8
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	318,7	356,2	351,3	348,8	316,0	318,4	320,5	312,2	312,8	323,2	325,5
Wechselkurs USD je EUR	1,33	1,11	1,11	1,10	1,10	1,13	-0,1	1,12	1,11	1,12	1,12
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3)]	101,8	92,4	92,7	92,4	94,1	94,9	95,1	94,7	94,9	95,2	95,4
real effektiver Wechselkurs des EUR[3)]	97,9	88,4	88,7	88,4	89,5	90,3	90,5	90,2	90,4	90,6	90,7
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-2,6	-2,1	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	94,4	92,9	x	x	x	x	x	x	x	x	x

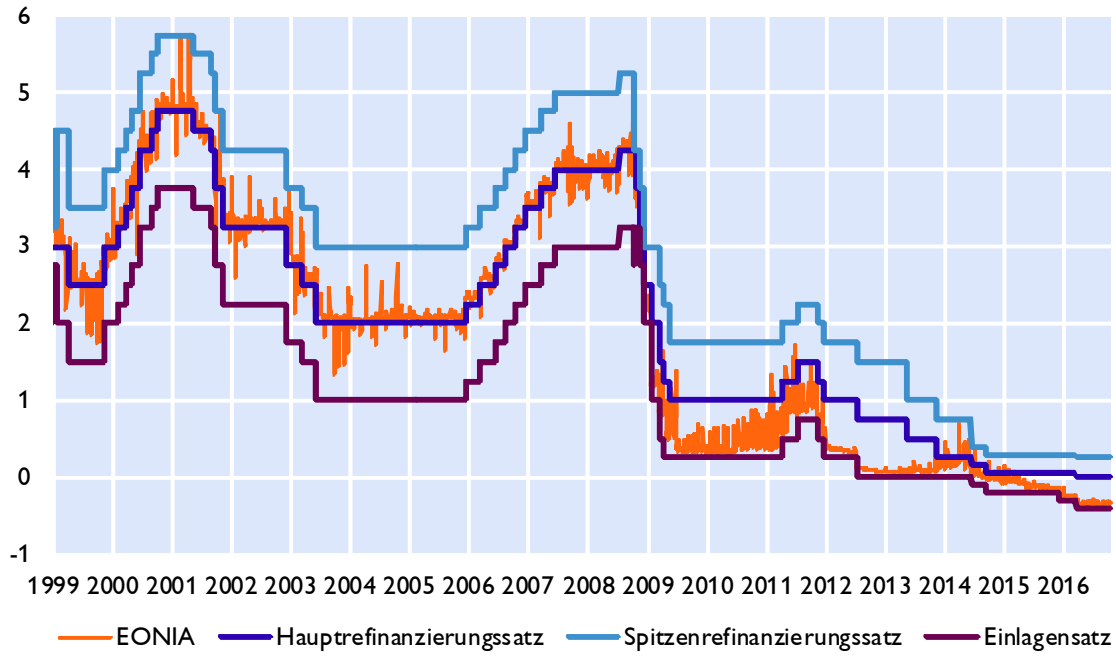
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Thomson Reuters, HWWI, Markit, ifo.

*1) ILO-Definition. 2) Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch). 3) Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100). *) Schnellschätzung*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

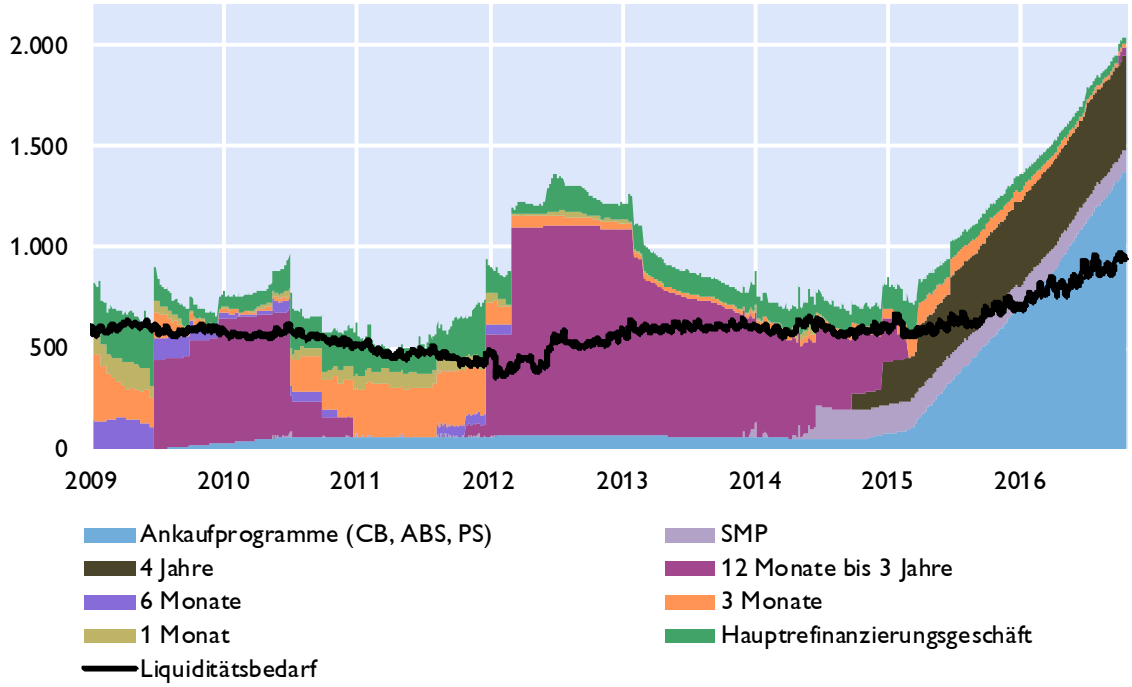
EZB-Leitzinssätze und EONIA

in %



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit, in Mrd Euro

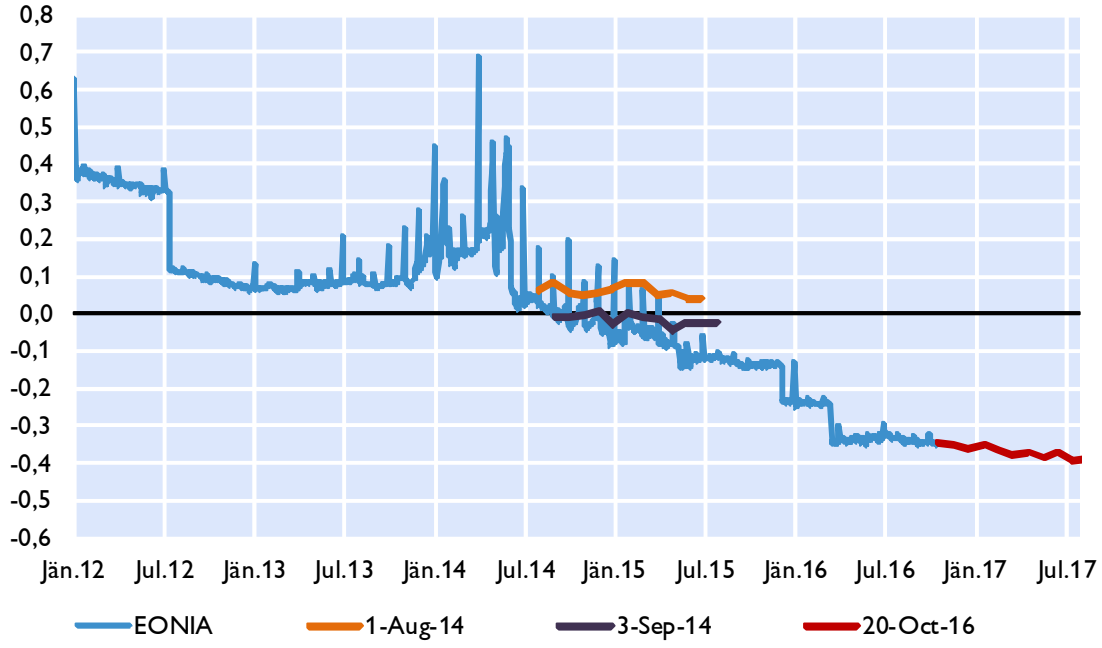


Quelle: Thomson Reuters, EZB, OeNB.

Euroraum: Zinserwartungen

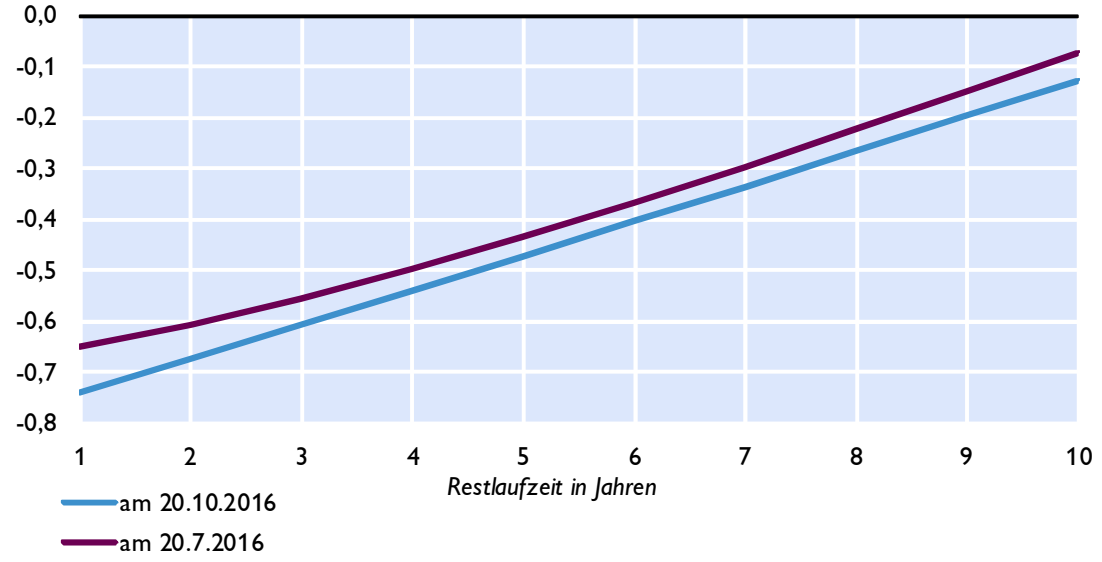
Markterwartungen über den Verlauf des EONIA

berechnet aus EURO Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für AAA Staatsanleihen im Euroraum

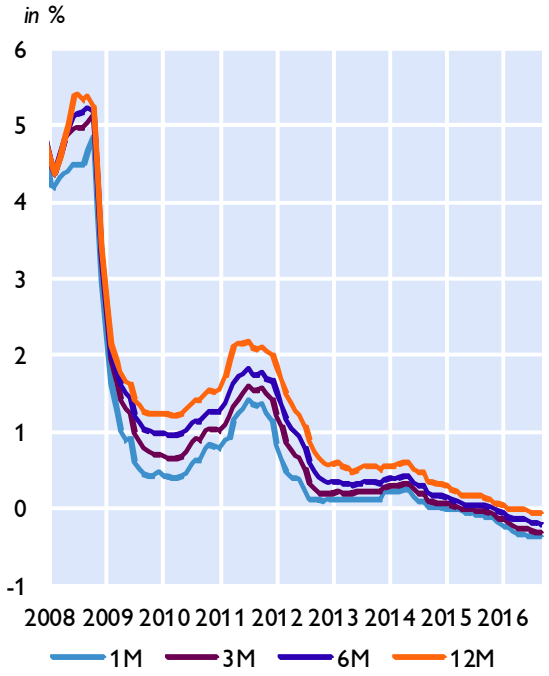
in %



Quelle: Thomson Reuters.

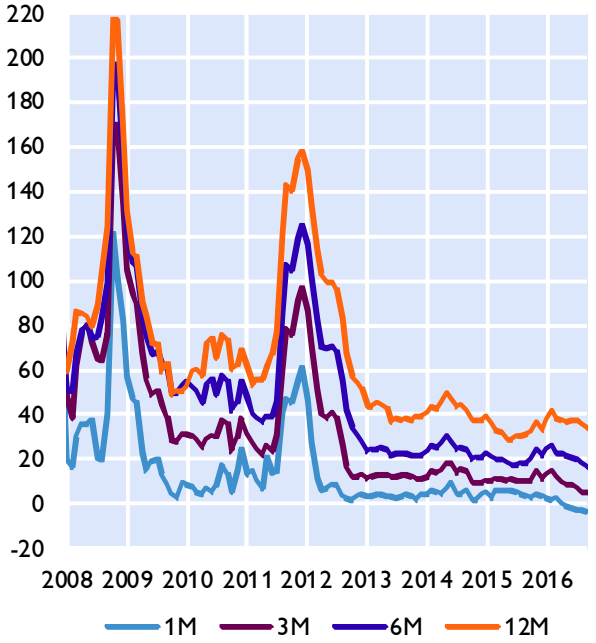
Euroraum: Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen

Euribor-Sätze



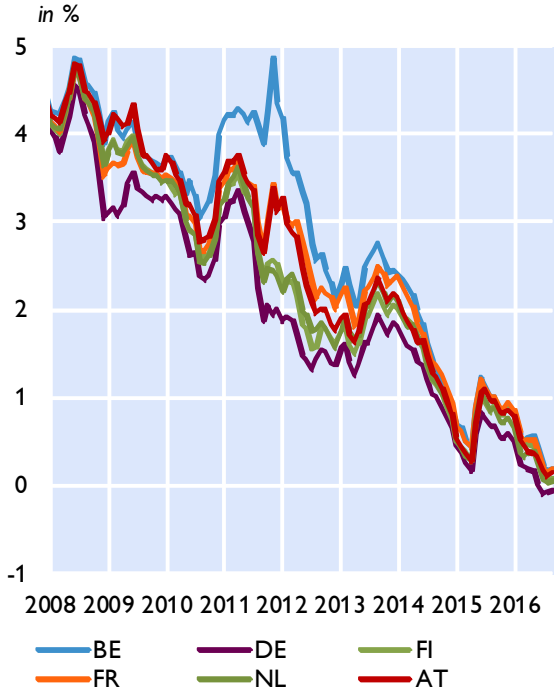
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus EURO Overnight Index Swap in Basispunkten

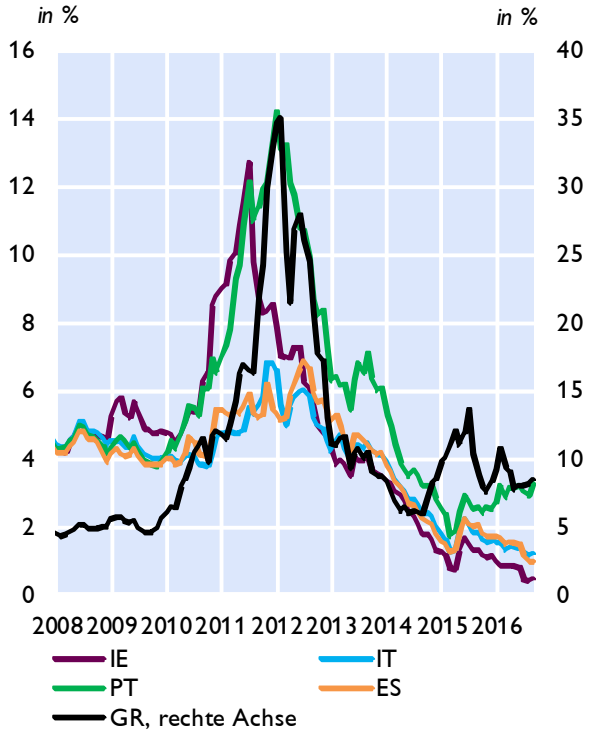


Renditen 10-jähriger Staatsanleihen

Niedrigzinsländer



Hochzinsländer

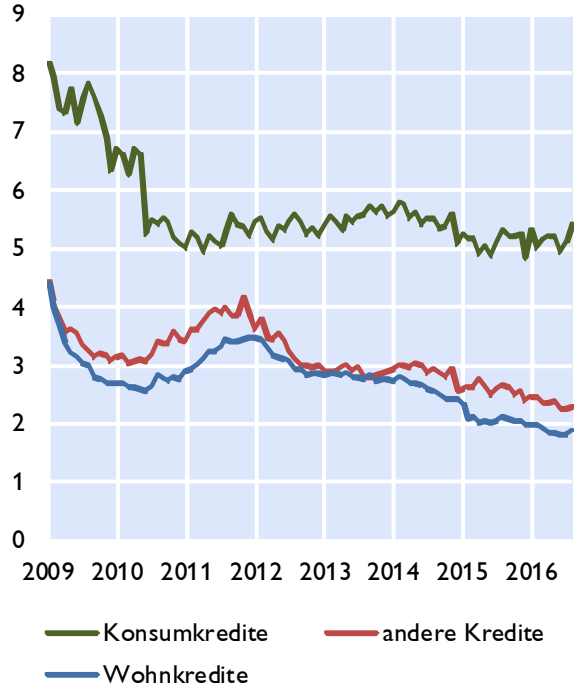


Quelle: Thomson Reuters.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

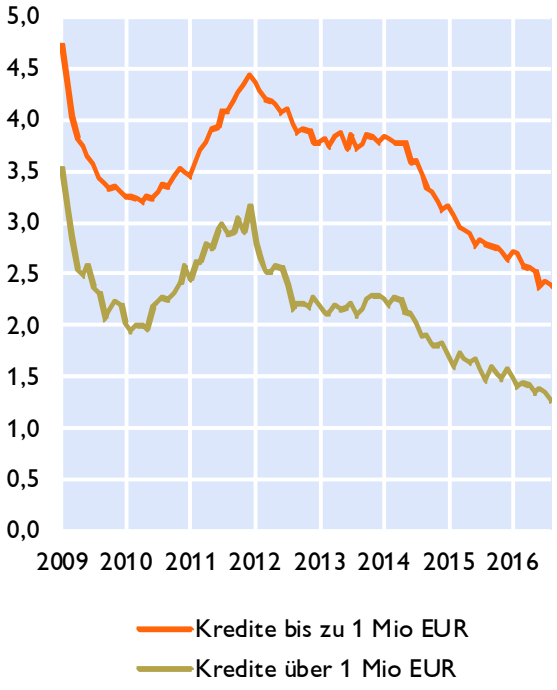
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



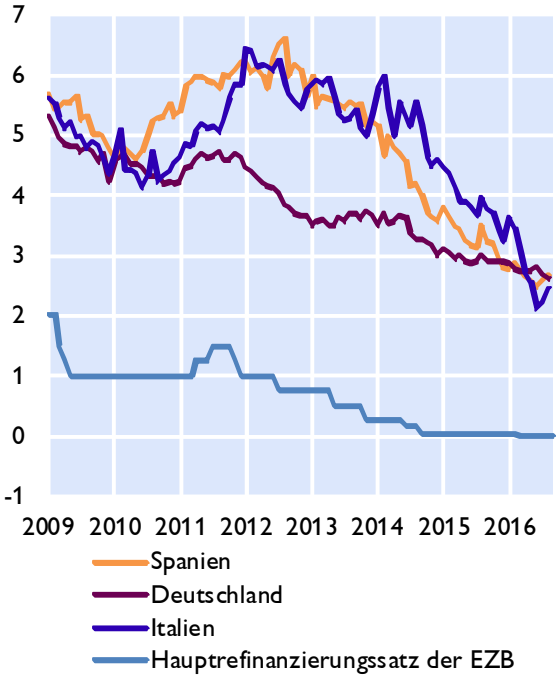
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



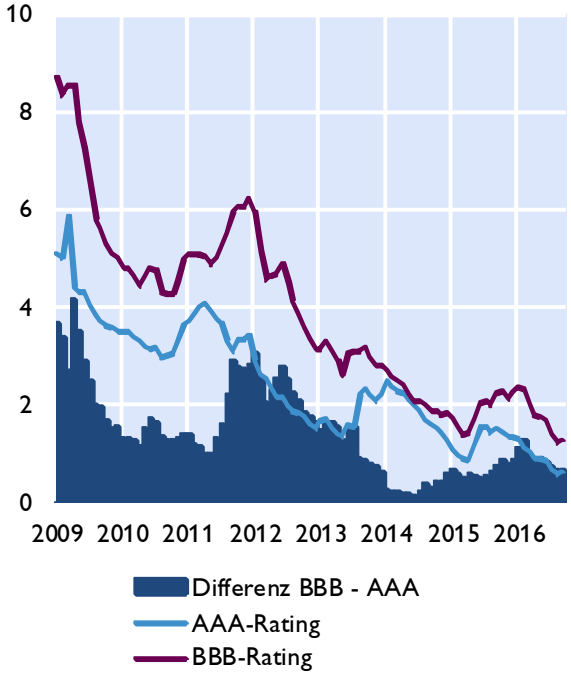
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Unternehmensanleihen

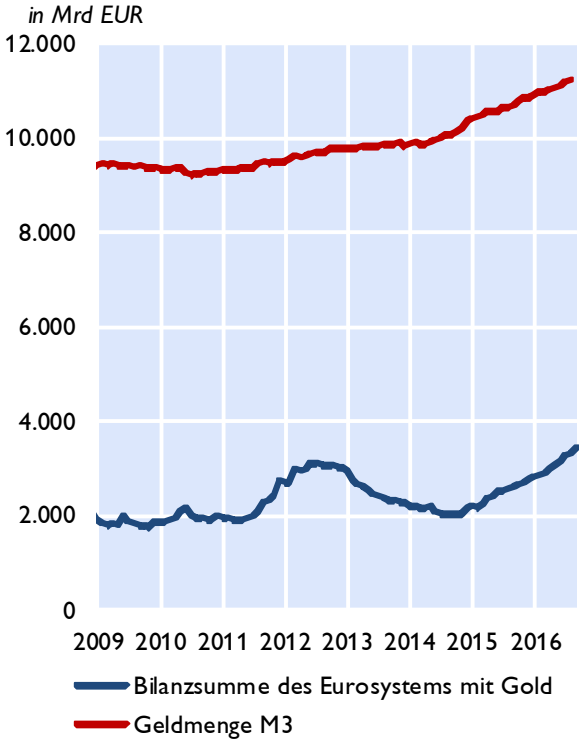
in %



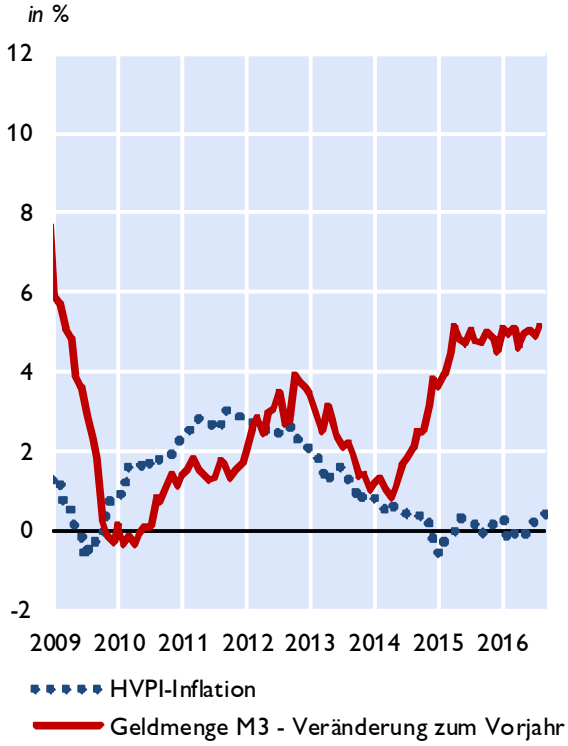
Quelle: Thomson Reuters, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

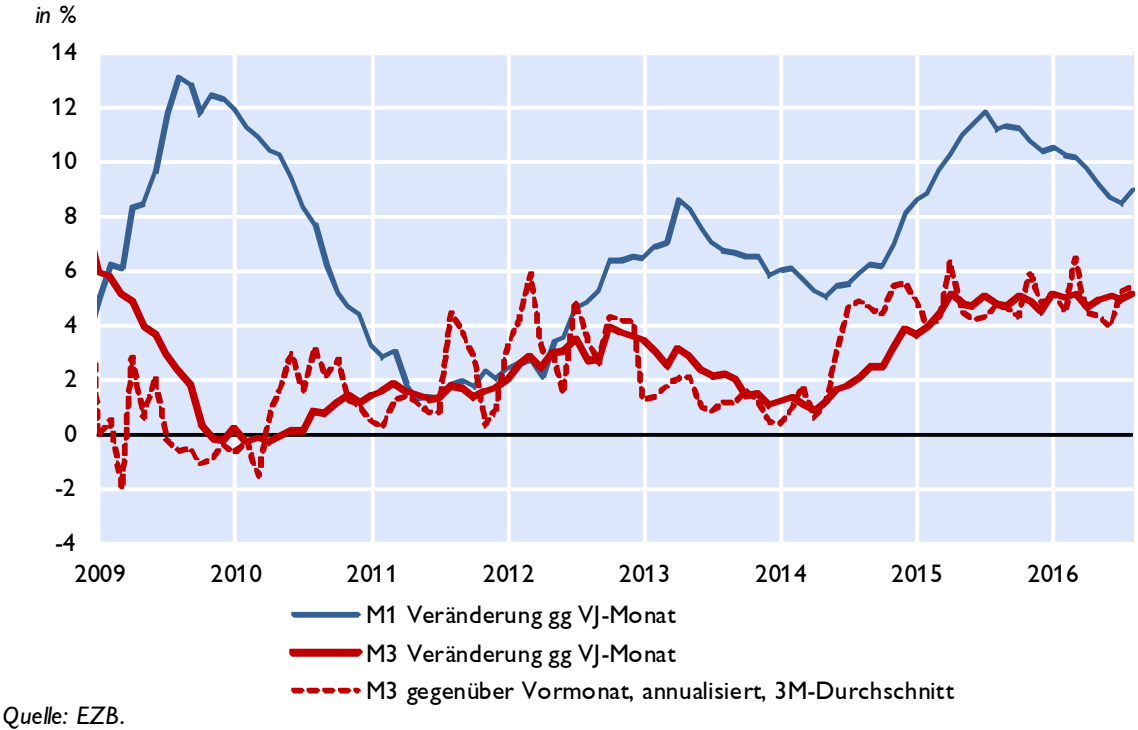
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3



Geldmenge M3 und Inflation



Geldmenge M1 und M3



Quelle: EZB.

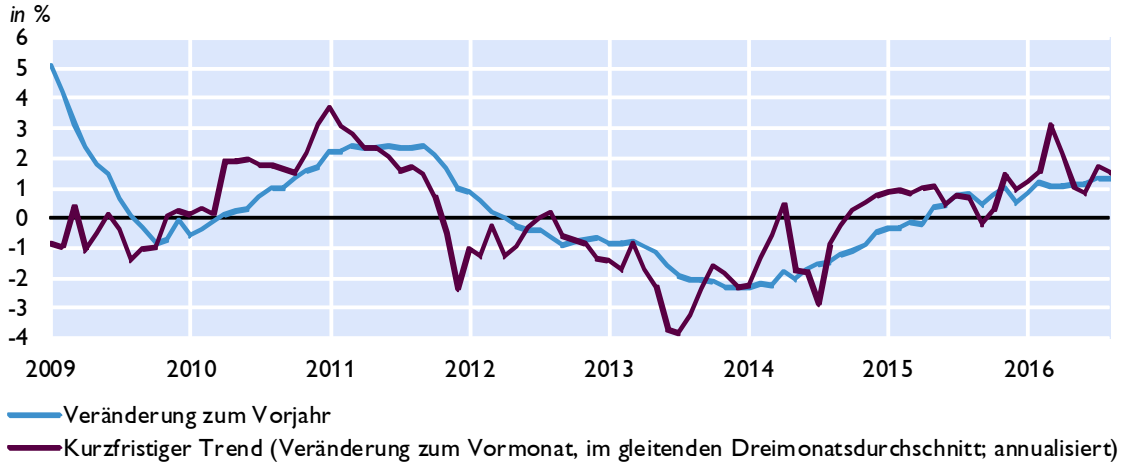
Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

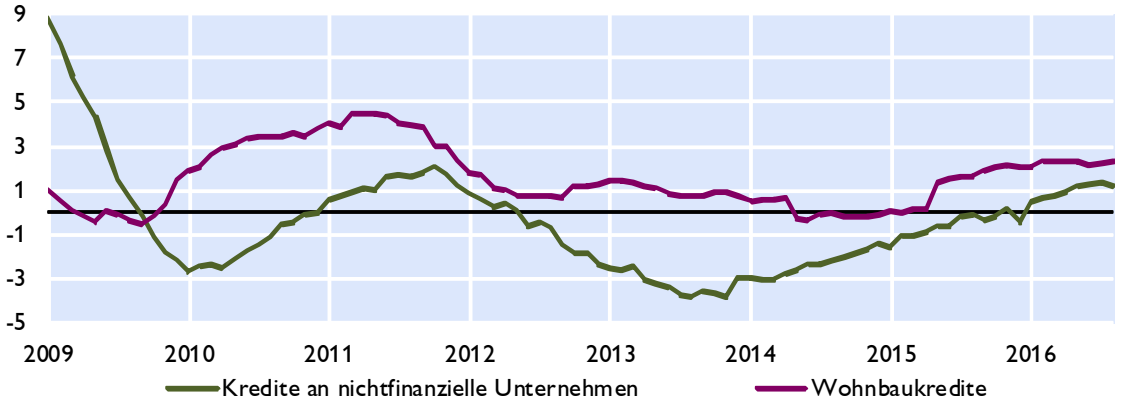
	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2014	2015	Mär.16	Apr.16	Mai.16	Jun.16	Jul.16	Aug.16
Aktiva	Kredite	-0,2	2,2	3,1	3,2	3,5	3,8	3,8	3,7
	Kredite an öffentliche Haushalte	2,1	7,9	10,1	10,3	11,1	11,7	12,2	10,9
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	-0,8	0,6	1,1	1,2	1,3	1,5	1,4	1,5
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor[1)]	-0,5	0,5	1,1	1,1	1,1	1,2	1,3	1,3
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	4,5	-4,0	-5,6	-4,0	-1,8	-0,8	0,2	0,2
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-0,9	-3,1	-3,3	-1,1	2,6	5,0	6,9	7,2
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	-2,2	-3,0	-3,3	-2,7	-2,5	-2,3	-2,6	-2,5

Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1)]



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



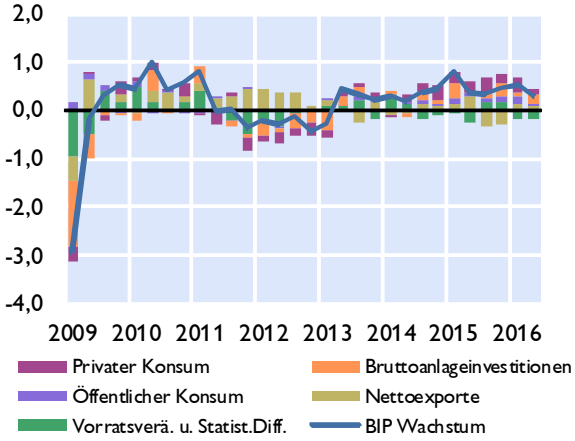
Quelle: EZB.

1) Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

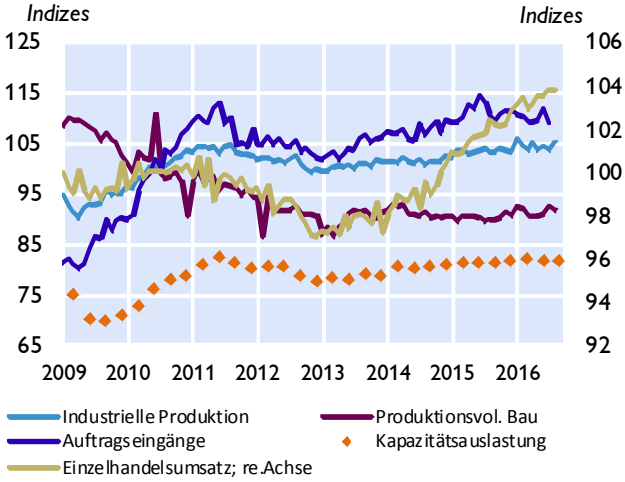
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

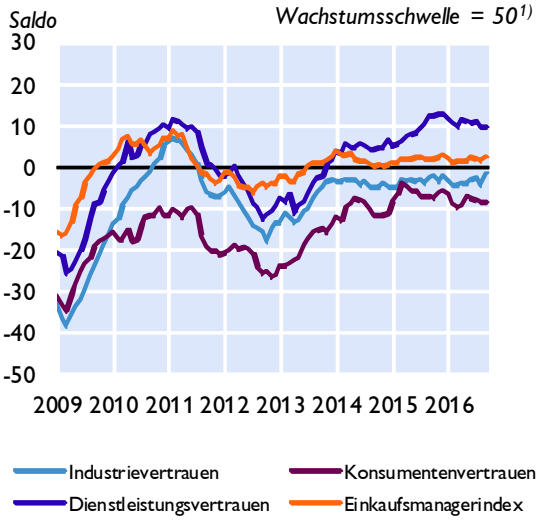
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



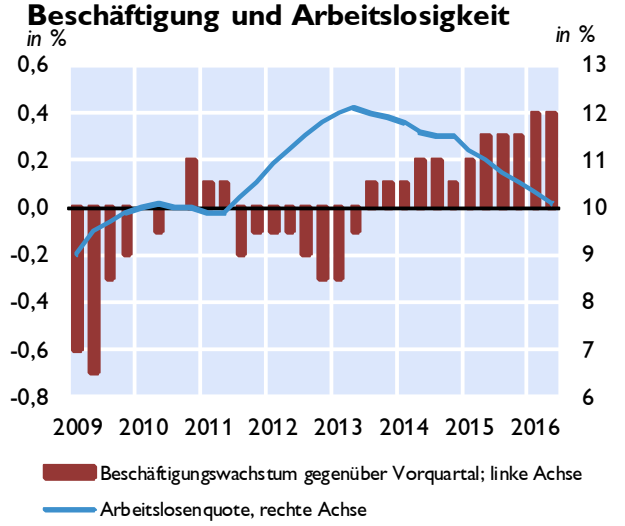
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2013	2014	2015	2Q15	3Q15	4Q15	1Q16	2Q16
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	215,99	241,25	323,66	67,93	96,14	104,36	60,32	87,85
Güter	210,17	241,35	354,72	91,90	90,01	98,20	80,47	107,44
Dienstleistungen	70,55	77,46	58,79	20,04	18,92	12,45	9,52	14,88
Einkommen	79,82	64,20	43,78	-13,84	9,97	23,79	14,78	-11,87
Laufende Transfers	-144,56	-141,76	-133,64	-30,17	-22,77	-30,08	-44,45	-22,61
Vermögensübertragungen	19,34	13,05	-12,36	-27,32	5,03	8,96	-1,33	0,39
Kapitalbilanz	423,35	329,30	299,84	84,17	94,92	156,95	4,70	92,03
Direktinvestitionen	27,13	62,69	245,53	16,61	16,22	21,18	40,65	-25,47
Portfolioinvestitionen	-27,15	68,96	108,98	98,39	120,93	123,34	92,83	174,24
Finanzderivate	31,80	45,48	85,77	3,74	-0,84	55,62	27,33	-47,78
Sonstige Investiitionen	386,92	147,80	-151,00	-32,18	-44,06	-47,76	-157,08	-11,14
Währungsreserven	4,65	4,36	10,57	-2,38	2,67	4,58	0,97	2,19
Statistische Differenz	188,03	75,00	-11,46	43,56	-6,25	43,63	-54,29	3,80
Leistungsbilanz in % des BIP[2)]	2,5	3,0	3,6	2,7	3,7	4,0	2,3	3,3

1) Werte über 50 signalisieren Wachstum. 2) Quartale: Saisonbereinigte Daten.

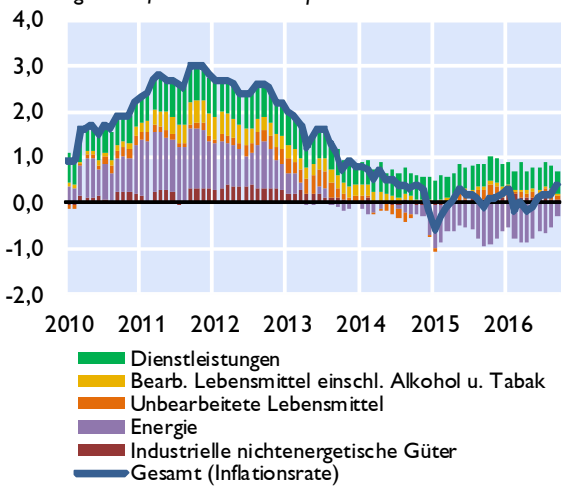
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2016	2014	2015	Jun.16	Jul.16	Aug.16	Sep.16
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*					
Gesamt-HVPI	100,0	0,4	0,0	0,1	0,2	0,2	0,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,4	-0,1	0,7	0,6	1,3	1,1	0,4
Alkoholische Getränke und Tabak	4,1	2,7	2,1	1,9	1,7	1,7	1,7
Bekleidung und Schuhe	6,1	0,3	0,1	0,5	0,2	-0,4	0,0
Wohnung, Wasser, Energie	16,0	0,8	-0,7	-1,2	-1,1	-0,9	-0,6
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,1
Gesundheitspflege	4,8	1,0	0,8	0,9	1,0	0,8	0,8
Verkehr	14,8	0,0	-2,4	-2,1	-2,3	-1,7	-0,1
Nachrichtenübermittlung	3,2	-2,8	-0,8	-0,1	0,0	0,0	0,0
Freizeit und Kultur	9,4	0,1	0,3	0,8	0,8	1,0	0,6
Bildungswesen	1,1	0,5	0,9	1,7	1,7	1,8	1,8
Hotels, Cafes und Restaurants	9,5	1,5	1,7	1,7	1,5	1,5	1,7
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,2	0,8	0,9	1,0	1,2	1,1	1,1

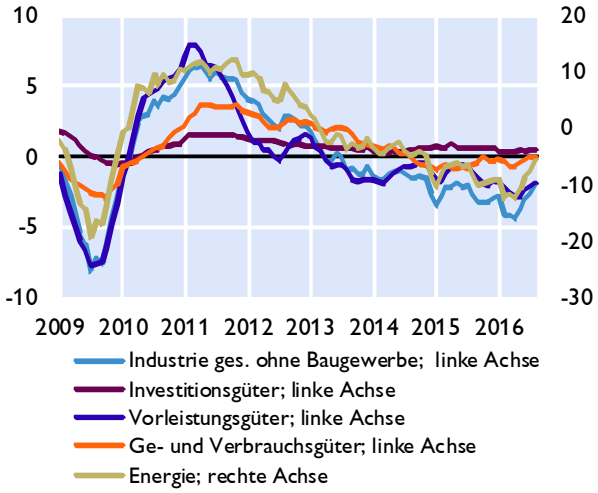
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



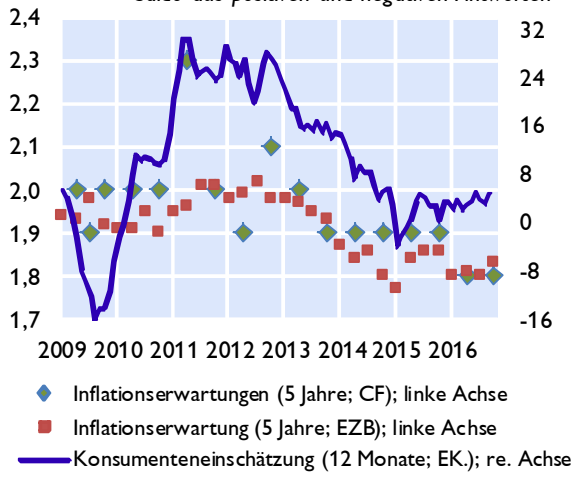
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



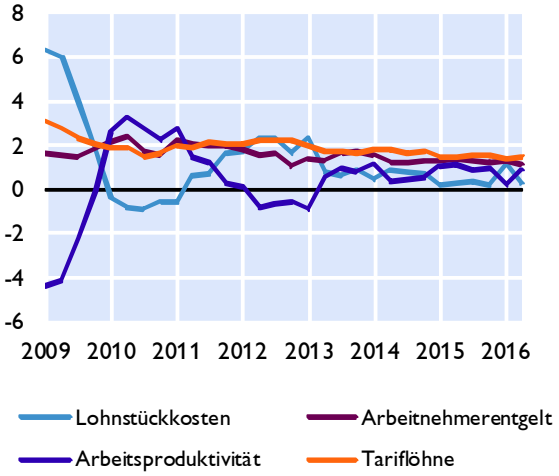
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %

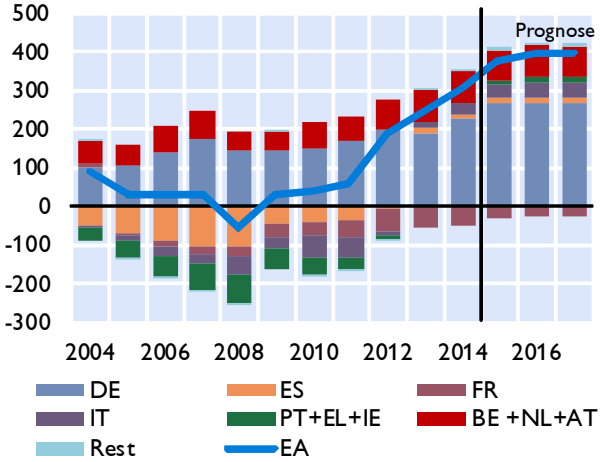


Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

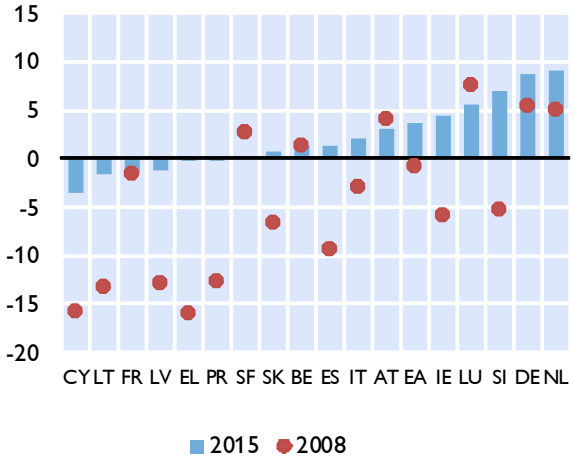
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden [1)]

in Mrd EUR

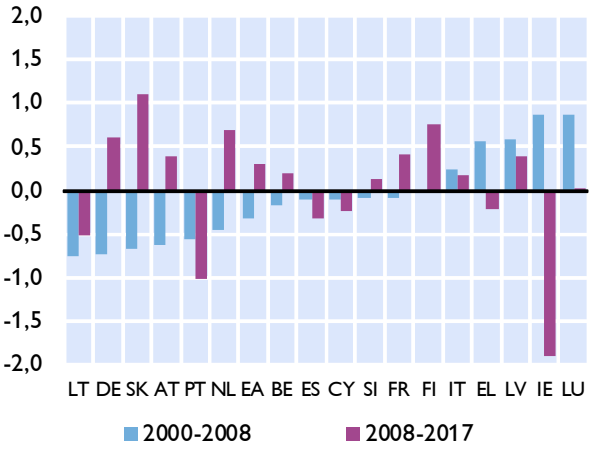


in % des BIP



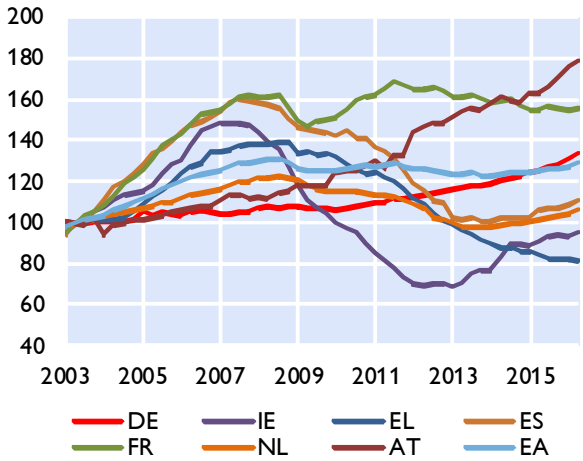
Lohnstückkosten [1)]

Durchschnitt der Jahreswachstumsraten in %



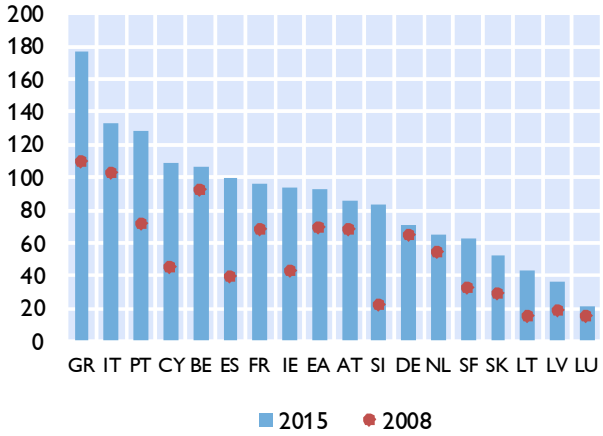
Immobilienpreisindizes

2003 = 100



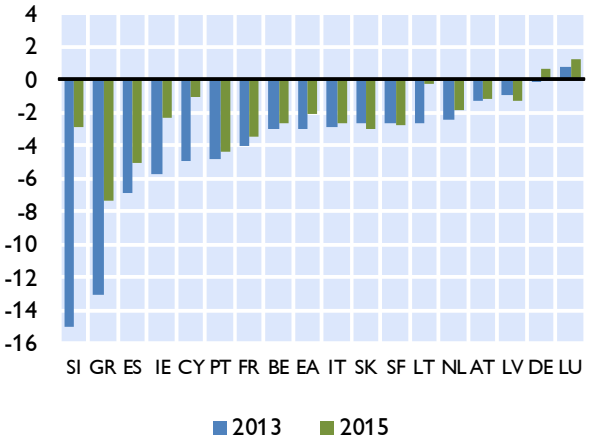
Verschuldung des Gesamtstaates

in % des BIP



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates [1)]

in % des BIP



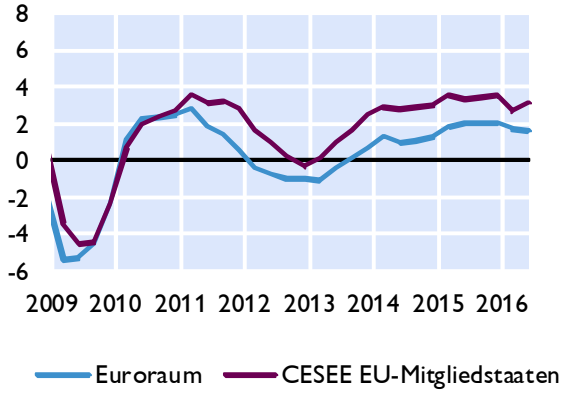
Quelle: EZB, Europäische Kommission.

1) Prognose: EK-Prognose Mai 2016.

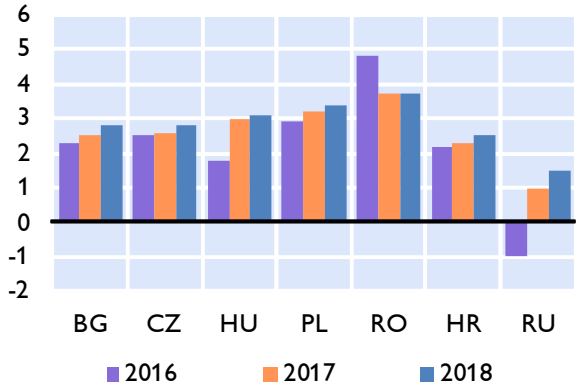
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

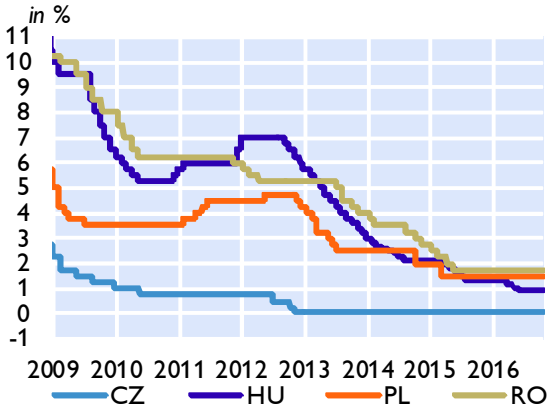
Reales BIP-Wachstum
in % gegenüber der Vorjahresperiode



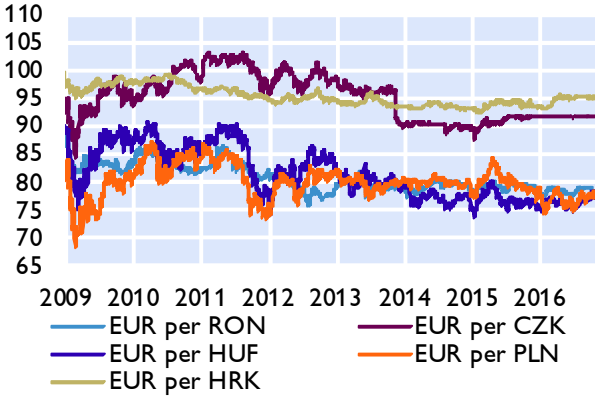
OeNB-BOFIT[1] Prognose Oktober 2016
reales BIP-Wachstum in %



Leitzinsen
in %



Wechselkursentwicklung
Sept. 2008=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT Oktober 2016		EU-Kommission Mai 2016		IWF Oktober 2016		wiiw Juli 2016	
	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017
Bulgarien	2,3	2,5	2,0	2,4	3,0	2,8	2,9	3,0
Estland	x	x	1,9	2,4	1,5	2,5	2,0	2,3
Kroatien	2,2	2,3	1,8	2,1	1,9	2,1	2,0	2,2
Lettland	x	x	2,8	3,1	2,5	3,4	2,5	3,0
Litauen	x	x	2,8	3,1	2,6	3,0	2,8	3,1
Polen	2,9	3,2	3,7	3,6	3,1	3,4	3,3	3,3
Rumänien	4,8	3,7	4,2	3,7	5,0	3,8	4,0	3,2
Russland	-1,0	1,0	-1,9	0,5	-0,8	1,1	-0,8	0,8
Slowakei	x	x	3,2	3,3	3,4	3,3	3,0	3,2
Slowenien	x	x	1,7	2,3	2,3	1,8	2,0	2,3
Tschechische Republik	2,5	2,6	2,1	2,6	2,5	2,7	2,4	2,6
Ungarn	1,8	3,0	2,5	2,8	2,0	2,5	2,0	2,5

1) Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Thomson Reuters, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

		Prognose[1)]						
	2015	2016	2017	2015Q2	2015Q3	2015Q4	2016Q1	2016Q2
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	1,4	1,4	1,4	1,5	1,3	1,5	1,4	1,4
Deutschland	1,7	1,7	1,4	1,8	1,7	1,3	1,8	1,7
Estland	1,1	1,5	2,5	2,1	1,7	0,9	1,5	0,6
Irland	26,3	4,9	3,2	25,0	24,3	27,9	4,0	4,3
Griechenland	-0,2	0,1	2,8	0,8	-1,7	-0,8	-1,0	-0,9
Spanien	3,2	3,1	2,2	3,2	3,4	3,5	3,4	3,2
Frankreich	1,3	1,3	1,3	1,1	1,1	1,3	1,4	1,3
Italien	0,8	0,8	0,9	0,6	0,6	0,9	0,9	0,7
Zypern	1,6	2,8	2,2	1,2	2,3	2,9	2,7	2,7
Lettland	2,7	2,5	3,4	3,0	3,3	2,3	1,2	0,8
Litauen	1,6	2,6	3,0	1,6	1,8	2,0	2,5	2,1
Luxemburg	4,8	3,5	3,1	4,9	1,7	3,1	3,0	4,4
Malta	6,4	4,1	3,4	6,2	6,5	6,2	4,9	3,1
Niederlande	2,0	1,7	1,6	2,1	2,0	1,1	1,1	1,7
Österreich	1,0	1,4	1,2	0,5	1,0	1,3	1,5	1,4
Portugal	1,5	1,0	1,1	1,7	1,6	1,4	0,9	0,9
Slowenien	2,3	2,3	1,8	2,0	1,6	2,1	2,1	1,9
Slowakische Republik	3,6	3,4	3,3	3,5	3,8	4,0	3,7	3,7
Finnland	0,2	0,9	1,1	0,6	0,1	0,6	1,2	0,4
Euroraum	2,0	1,7	1,5	2,0	2,0	2,0	1,7	1,6
Bulgarien	3,0	3,0	2,8	3,5	3,8	3,7	3,4	3,6
Tschechische Republik	4,5	2,5	2,7	5,0	4,8	4,0	3,0	2,6
Dänemark	1,0	1,0	1,4	1,9	0,5	0,1	0,2	0,3
Kroatien	1,6	1,9	2,1	1,5	2,7	1,9	2,3	1,9
Ungarn	2,9	2,0	2,5	2,6	2,4	2,8	0,9	1,8
Polen	3,6	3,1	3,4	3,2	3,4	4,0	2,6	3,1
Rumänien	3,8	5,0	3,8	3,7	3,6	3,9	4,2	5,9
Schweden	4,2	3,6	2,6	3,6	4,2	4,6	4,2	3,4
Vereinigtes Königreich	2,2	1,8	1,1	2,4	1,9	1,7	1,9	2,1
EU	2,2	1,9	1,7	2,2	2,1	2,1	1,8	1,8
Türkei	4,0	3,3	3,0	3,7	3,9	5,7	4,7	3,1
USA	2,6	1,6	2,2	2,6	2,0	0,9	0,8	1,1
Japan	0,6	0,5	0,6	0,7	1,8	0,8	0,1	0,8
Schweiz	0,8	1,0	1,3	1,0	0,6	0,4	1,2	1,7
Russland	-3,7	-0,8	1,1	-4,5	-3,7	-3,8	-1,2	-0,6
Brasilien	-3,8	-3,3	0,5	-2,9	-4,5	-5,9	-5,4	-3,8
China	6,9	6,6	6,2	7,0	6,9	6,8	6,7	6,7
Indien	7,6	7,6	7,6	7,5	7,6	7,2	7,9	7,1

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, IWF, Thomson Reuters.
1) IWF WEO Prognose Oktober 2016.

Entwicklung der Verbraucherpreise[1)]

	2015	Prognose [2)] 2016	2017	Mai.16	Jun.16	Jul.16	Aug.16	Sep.16
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	0,6	2,1	1,6	1,6	1,8	2,0	2,0	1,8
Deutschland	0,1	0,4	1,5	0,0	0,2	0,4	0,3	0,5
Estland	0,1	0,5	1,4	0,0	0,4	0,8	1,1	1,7
Irland	0,0	0,3	1,2	-0,2	0,1	0,1	-0,4	-0,3
Griechenland	-1,1	-0,1	0,6	-0,2	0,2	0,2	0,4	-0,1
Spanien	-0,6	-0,3	1,0	-1,1	-0,9	-0,7	-0,3	0,0
Frankreich	0,1	0,3	1,0	0,1	0,3	0,4	0,4	0,5
Italien	0,1	-0,1	0,5	-0,3	-0,2	-0,2	-0,1	0,1
Zypern	-1,5	-1,0	0,5	-1,9	-2,0	-0,4	-0,6	-0,4
Lettland	0,2	0,2	1,7	-0,8	-0,6	0,1	-0,1	0,5
Litauen	-0,7	0,5	1,2	0,2	0,4	0,0	0,5	0,6
Luxemburg	0,1	0,2	1,0	-0,6	-0,4	-0,4	-0,2	0,3
Malta	1,2	1,2	1,5	1,0	1,0	0,9	1,0	0,9
Niederlande	0,2	0,1	0,9	-0,2	-0,2	-0,6	0,1	-0,1
Österreich	0,8	0,9	1,5	0,6	0,6	0,6	0,6	1,1
Portugal	0,5	0,7	1,1	0,4	0,7	0,7	0,8	0,7
Slowenien	-0,8	-0,3	1,0	-0,5	0,1	-0,1	-0,2	0,2
Slowakische Republik	-0,3	-0,2	1,1	-0,7	-0,7	-0,9	-0,8	-0,5
Finnland	-0,2	0,4	1,2	0,3	0,3	0,5	0,5	0,5
Euroraum	0,0	0,3	1,1	-0,1	0,1	0,2	0,2	0,4
Bulgarien	-1,1	-1,6	0,6	-2,5	-1,9	-1,1	-1,1	-1,1
Tschechische Republik	0,3	0,6	1,9	0,0	-0,1	0,5	0,6	0,5
Dänemark	0,2	0,4	1,1	-0,1	0,1	0,1	0,0	-0,3
Kroatien	-0,3	-1,0	0,8	-1,2	-1,2	-1,1	-1,5	-0,7
Ungarn	0,1	0,4	1,9	-0,1	-0,1	-0,3	-0,1	0,7
Polen	-0,7	-0,6	1,1	-0,4	-0,4	-0,6	-0,5	-0,2
Rumänien	-0,4	-1,5	1,7	-3,0	-0,7	-0,3	0,3	-0,1
Schweden	0,7	1,1	1,4	0,8	1,2	1,1	1,2	0,8
Vereinigtes Königreich	0,0	0,7	2,5	0,3	0,5	0,6	0,6	..
EU	0,0	0,3	1,3	-0,1	0,1	0,2	0,3	0,4
Türkei	7,7	8,4	8,2	6,6	7,0	8,3	7,9	7,3
USA	0,1	1,2	2,3	1,0	1,0	0,8	1,1	1,5
Japan	0,8	-0,2	0,5	-0,4	-0,3	-0,5	-0,5	..
Schweiz	-0,8	-0,4	0,0	-0,5	-0,6	-0,5	0,0	-0,3
Russland	15,6	7,2	5,0	7,3	7,5	7,2	..	..
Brasilien	9,3	9,0	5,4	9,8	9,5	9,6	9,6	9,2
China[3)]	1,4	2,1	2,3	2,0	1,9	1,8	1,3	1,9
Indien	4,9	5,5	5,2	5,8	5,8	6,1	5,1	4,3

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.

1) EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.

2) IWF WEO Prognose Oktober 2016.

3) China: GDP-Deflator.

Arbeitslosenquoten[1)]

	2015	Prognose [2)] 2016	2017	Apr.16	Mai.16	Jun.16	Jul.16	Aug.16
Belgien	8,5	8,4	8,3	8,2	8,2	8,3	8,3	8,2
Deutschland	4,6	4,3	4,5	4,3	4,3	4,3	4,2	4,2
Estland	6,2	5,6	5,5	6,5	6,5	6,9	6,8	..
Irland	9,4	8,3	7,7	8,3	8,3	8,4	8,3	8,2
Griechenland	24,9	23,3	21,5	23,5	23,6	23,4	23,2	..
Spanien	22,1	19,4	18,0	20,2	20,1	19,9	19,6	19,5
Frankreich	10,4	9,8	9,6	9,9	9,9	10,1	10,3	10,5
Italien	11,9	11,5	11,2	11,5	11,4	11,5	11,4	11,4
Zypern	15,1	13,0	11,6	12,6	12,4	12,2	12,1	12,1
Lettland	9,9	9,4	9,2	9,5	9,5	9,6	9,5	9,3
Litauen	9,1	7,8	7,6	8,0	8,2	8,4	8,8	8,6
Luxemburg	6,4	6,4	6,3	6,3	6,2	6,2	6,2	6,2
Malta	5,4	4,8	4,9	4,9	4,8	5,0	4,9	4,8
Niederlande	6,9	6,7	6,5	6,4	6,3	6,1	6,0	5,8
Österreich	5,7	6,2	6,4	5,9	6,1	6,1	6,1	6,2
Portugal	12,6	11,2	10,7	11,6	11,2	11,1	10,9	11,0
Slowenien	9,0	8,2	7,9	8,0	8,0	8,0	7,8	7,8
Slowakische Republik	11,5	9,9	8,8	10,0	9,9	9,7	9,6	9,5
Finnland	9,4	9,1	8,9	9,0	9,0	8,9	8,9	8,8
Euroraum	10,9	10,0	9,7	10,1	10,1	10,1	10,1	10,1
Bulgarien	9,2	8,2	7,1	8,0	7,9	8,0	7,9	7,7
Tschechische Republik	5,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,1	4,1	3,9
Dänemark	6,2	6,0	5,8	6,1	6,1	6,1	6,3	6,2
Kroatien	16,3	16,4	15,9	13,6	13,2	13,1	13,0	12,9
Ungarn	6,8	6,0	5,8	5,4	5,2	5,1	5,1	..
Polen	7,5	6,3	6,2	6,3	6,3	6,2	6,0	5,9
Rumänien	6,8	6,4	6,2	6,1	6,2	6,0	6,1	6,0
Schweden	7,4	6,9	6,7	6,7	7,1	6,6	7,0	7,2
Vereinigtes Königreich	5,3	5,0	5,2	4,9	4,9	4,9	4,9	..
EU	9,4	x	x	8,7	8,6	8,6	8,6	8,6
Türkei	10,3	10,2	10,2	9,9	10,3	11,0	..	..
USA	5,3	4,9	4,8	5,0	4,7	4,9	4,9	4,9
Japan	3,4	3,2	3,2	3,2	3,2	3,1	3,0	3,1
Schweiz	3,3	3,5	3,4	3,3	3,3	3,3	3,4	3,4
Russland	5,6	5,8	5,9	5,9	5,6	5,4	5,3	5,2
Brasilien	8,3	11,2	11,5	11,2	11,2	11,3	11,6	11,8
China	4,1	4,1	4,1	x	x	4,1	x	x
Indien	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, Thomson Reuters, EK, IWF.
1) EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.
2) IWF WEO Prognose Oktober 2016.

Leistungsbilanzsalden

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
						Prognose[1)]		
	in % des BIP							
Belgien	3,6	0,1	1,4	1,0	0,8	0,0	0,1	0,4
Deutschland	5,7	6,2	7,2	6,7	7,8	8,4	8,6	8,1
Estland	1,9	1,5	-2,4	0,2	1,1	2,1	0,6	0,0
Irland	-0,8	-1,2	-1,5	3,1	3,6	10,2	9,5	9,1
Griechenland	-11,3	-10,3	-4,2	-2,2	-3,0	0,0	0,0	0,0
Spanien	-3,9	-3,3	-0,4	1,5	1,0	1,4	1,9	1,7
Frankreich	-1,8	-2,2	-2,9	-2,6	-2,3	-0,2	-0,5	-0,4
Italien	-3,5	-3,1	-0,4	0,9	1,8	2,2	2,2	1,9
Zypern	-10,7	-4,0	-5,7	-4,5	-4,6	-3,6	-0,9	-3,7
Lettland	2,1	-3,1	-3,5	-2,1	-2,0	-1,2	-2,0	-1,2
Litauen	-0,3	-3,8	-1,0	1,4	3,9	-1,7	-1,6	-2,8
Luxemburg	6,8	6,2	6,1	5,7	5,5	5,5	4,4	4,3
Malta	-4,7	-2,5	1,3	3,6	3,4	9,9	6,2	5,8
Niederlande	7,7	8,9	10,2	11,0	10,7	8,6	9,1	8,2
Österreich	3,2	1,9	1,7	2,1	2,1	2,6	2,6	2,7
Portugal	-10,3	-5,5	-2,0	0,7	0,0	0,4	0,0	-0,7
Slowenien	-0,6	-0,1	2,1	3,9	6,5	5,2	7,7	7,2
Slowakische Republik	-4,8	-5,5	0,3	0,7	-0,8	-1,3	-1,0	-0,6
Finnland	1,4	-1,5	-1,9	-1,9	-1,2	0,1	0,1	0,2
Euroraum	0,4	0,6	1,9	2,5	3,0	3,2	3,4	3,1
Bulgarien	-2,0	0,3	-1,3	1,5	2,8	1,4	0,8	0,0
Tschechische Republik	-5,2	-4,6	-2,2	-1,1	-2,0	0,9	1,5	1,0
Dänemark	5,7	5,7	5,7	7,1	7,7	7,0	6,7	6,6
Kroatien	-1,0	-0,6	0,5	1,6	1,1	5,2	3,0	2,2
Ungarn	0,3	0,8	1,6	3,9	2,2	4,4	4,9	4,6
Polen	-4,8	-4,8	-3,3	-0,5	-1,3	-0,2	-0,1	-0,1
Rumänien	-4,5	-4,4	-4,3	-0,6	0,2	-1,1	-2,0	-2,8
Schweden	6,7	6,1	6,5	5,5	4,2	5,2	5,0	5,3
Vereinigtes Königreich	-2,8	-1,7	-3,3	-4,5	-5,1	-5,4	-5,9	-4,3
EU	0,0	0,3	1,0	1,5	1,6	4,8	5,0	5,0
Türkei	-6,2	-9,7	-6,2	-7,9	-5,8	-4,5	-4,4	-5,6
USA	-3,0	-3,1	-2,9	-2,4	-2,3	-2,6	-2,5	-2,7
Japan	3,8	2,1	1,1	0,7	0,5	3,3	3,7	3,3
Schweiz	15,2	8,2	11,0	12,0	8,6	11,4	9,2	9,0
Russland	4,1	4,8	3,3	1,5	2,8	5,2	3,0	3,5
Brasilien	-3,4	-2,9	-3,0	-3,0	-4,3	-3,3	-0,8	-1,3
China	3,9	1,8	2,5	1,5	2,6	3,0	2,4	1,6
Indien	-2,8	-4,3	-4,8	-1,7	-1,3	-1,1	-1,4	-2,0

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) IWF WEO Prognose Oktober 2016.

Fiskaldaten

	Budgetsalden				Staatsschulden			
		Prognose[1)]				Prognose[1)]		
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
	in % des BIP							
Belgien	-3,1	-2,6	-2,7	-2,2	106,5	106,1	105,8	105,0
Deutschland	0,3	0,7	0,1	0,1	74,7	71,0	68,2	65,9
Estland	0,8	0,4	0,2	0,2	10,4	9,7	9,5	9,1
Irland	-3,8	-1,9	-0,7	-0,5	107,5	78,7	74,6	72,6
Griechenland	-3,7	-3,1	-3,4	-2,7	180,1	176,9	183,4	184,7
Spanien	-5,9	-5,1	-4,5	-3,1	99,3	99,3	100,1	100,2
Frankreich	-4,0	-3,5	-3,3	-3,0	95,4	96,1	97,2	97,8
Italien	-3,0	-2,6	-2,5	-2,2	132,5	132,7	133,2	133,4
Zypern	-8,9	-1,4	-0,5	-0,7	108,2	108,9	106,7	105,3
Lettland	-1,6	-1,8	-1,2	-1,2	40,8	34,9	35,1	34,7
Litauen	-0,7	-0,2	-0,3	-0,5	40,7	42,8	41,9	41,0
Luxemburg	1,7	1,3	1,2	0,0	22,9	21,5	22,2	22,9
Malta	-2,0	-1,5	-0,8	-0,7	67,1	64,0	62,2	59,7
Niederlande	-2,4	-1,9	-1,1	-0,7	68,2	65,1	63,5	61,8
Österreich	-2,7	-1,2	-1,6	-1,5	84,3	86,2	84,9	83,7
Portugal	-7,2	-4,4	-3,0	-3,0	130,2	129,0	128,4	128,2
Slowenien	-5,0	-3,3	-2,3	-2,3	81,0	83,1	80,0	81,2
Slowakische Republik	-2,7	-3,0	-2,3	-2,2	53,9	52,9	52,8	53,0
Finnland	-3,2	-2,7	-2,4	-2,4	59,3	62,5	63,8	65,3
Euroraum	-2,6	-2,1	-2,0	-1,7	94,4	92,5	91,7	91,0
Bulgarien	-5,5	-2,9	-0,8	-1,2	27,0	26,3	29,7	26,3
Tschechische Republik	-2,0	-0,4	-0,6	-0,6	42,7	40,3	39,8	38,8
Dänemark	1,5	-1,7	-0,9	-1,9	44,8	45,5	45,7	46,3
Kroatien	-5,5	-3,2	-2,8	-2,6	86,5	86,7	86,8	86,3
Ungarn	-2,3	-2,0	-2,0	-2,7	76,2	75,3	75,3	75,1
Polen	-3,3	-2,6	-2,8	-2,9	50,5	51,3	52,4	53,2
Rumänien	-0,9	-1,5	-2,8	-2,8	39,8	39,3	39,7	40,3
Schweden	-1,6	0,0	-0,4	-0,7	44,8	43,4	42,7	41,2
Vereinigtes Königreich	-5,6	-4,2	-3,3	-2,7	88,2	89,0	89,0	88,8
EU	-3,0	-2,3	-2,1	-1,8	88,5	86,8	86,3	85,7
Türkei	-1,5	-1,0	-1,9	-1,6	33,5	32,9	31,7	30,8
USA	-4,9	-3,5	-4,1	-3,7	104,8	105,2	108,2	108,4
Japan	-6,2	-5,2	-5,2	-5,1	246,2	248,0	250,4	253,0
Schweiz	-0,2	-0,2	-0,3	-0,3	36,5	45,7	44,7	43,7
Russland	0,8	-3,5	-3,9	-1,5	17,5	16,4	17,1	17,9
Brasilien	-6,0	-10,3	-10,4	-9,1	63,3	73,7	78,3	82,4
China	-0,9	-2,7	-3,0	-3,3	41,1	42,9	46,3	49,9
Indien	-7,0	-6,9	-6,7	-6,6	66,4	69,1	68,5	67,2

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) IWF WEO Prognose Oktober 2016.

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB			WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Juni 2016			September 2016		September 2016		Juni 2016		Oktober 2016		Mai 2016	
	2016	2017	2018	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real	1,6	1,5	1,5	1,7	1,5	1,5	1,3	1,3	1,6	1,4	1,2	1,5	1,6
Privater Konsum, real	1,3	1,1	0,9	1,5	1,2	1,5	1,1	1,8	1,2	x	x	1,5	1,4
Öffentlicher Konsum, real	1,4	1,0	1,1	1,6	0,9	1,0	0,5	1,2	0,8	x	x	0,9	0,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,1	2,0	1,8	3,4	2,3	2,7	2,2	2,0	3,6	x	x	1,8	1,9
Exporte, real	3,4	3,9	4,2	2,8	2,8	2,7	3,2	3,4	4,7	2,6	1,3	2,6	3,6
Importe, real	4,3	3,6	3,9	3,8	3,0	3,3	3,5	4,3	5,2	2,8	1,6	2,7	3,2
BIP je Erwerbstätigen[1)]	0,5	0,7	0,6	1,0	0,9	0,0	0,2	-0,1	0,4	x	x	0,6	0,7
BIP Deflator	1,6	1,7	1,9	1,9	1,5	1,6	1,4	1,9	1,8	1,5	1,4	1,3	1,7
VPI	x	x	x	1,0	1,7	0,9	1,6	x	x	x	x	x	x
HVPI	1,0	1,7	1,9	1,0	1,7	0,9	1,6	1,0	2,0	0,9	1,5	0,9	1,7
Lohnstückkosten	0,8	0,9	1,4	1,0	1,2	1,4	1,4	0,9	1,0	x	x	0,8	0,9
Beschäftigte	1,1	0,8	0,9	1,4	1,1	1,5	1,1	1,5	1,2	1,1	0,7	0,9	0,9
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition												
Arbeitslosenquote	6,0	6,1	6,0	6,0	6,1	6,1	6,2	5,8	5,6	6,2	6,4	5,9	6,1
	in % des nominellen BIP												
Leistungsbilanz	2,8	3,1	3,4	2,8	2,6	x	x	2,0	2,0	2,6	2,7	3,1	3,3
Finanzierungssaldo des Staates	-1,8	-1,5	-1,1	-1,6	-1,5	-1,8	-1,4	-1,6	-1,3	-1,6	-1,5	-1,5	-1,4
	Prognoseannahmen												
Erdölpreis in USD/Barrel	43,4	49,1	51,3	45,0	57,0	44,0	52,0	41,8	45,0	43,0	50,6	41,1	46,0
Kurzfristiger Zinssatz in %	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2	-0,3	-0,3	-0,4	-0,2	-0,3
USD/EUR	1,13	1,14	1,14	1,10	1,10	1,12	1,10	1,13	1,14	1,12	1,13	1,13	1,13
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real Euroraum	1,6	1,7	1,7	1,6	1,5	1,6	1,4	1,6	1,7	1,7	1,5	1,6	1,8
BIP, real USA	1,9	2,5	2,3	1,5	2,2	1,6	2,3	1,8	2,2	1,6	2,2	2,3	2,2
BIP, real Welt	2,9	3,4	3,5	3,0	3,3	x	x	3,0	3,3	3,1	3,4	3,1	3,4
Welthandel	2,5	4,0	4,3	0,5	2,0	1,0	2,8	2,1	3,2	2,3	3,8	2,7	3,8

1) WIFO - Stundenproduktivität.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

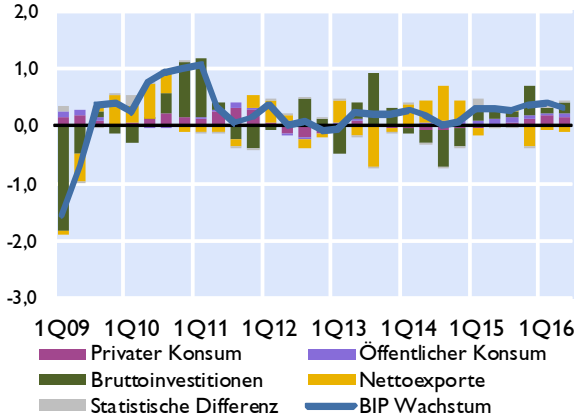
	2014	2015	2015 Q3	2015 Q4	2016 Q1	2016 Q2	2016 Q3	2016 Juni	2016 Juli	2016 Aug.	2016 Sep.
Veränderung zum Vorjahr in %											
HVPI gesamt	1,5	0,8	0,9	0,7	1,0	0,6	0,8	0,6	0,6	0,6	1,1
Kerninflation (o.Energie u.unbearb.Lebensmittel)	1,9	1,7	1,9	1,7	1,9	1,4	1,3	1,3	1,3	1,1	1,4
Nationaler VPI	1,6	0,9	0,9	0,8	1,0	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,9
Deflator des privaten Konsums (ESVG 2010)	2,1	1,4	1,3	1,1	1,2	1,1	..	x	x	x	x
BIP Deflator (ESVG 2010)	1,8	1,9	2,1	1,6	1,7	1,3	..	x	x	x	x
Erzeugerpreisindex	-1,1	-1,5	-1,4	-2,0	-2,8	-2,8	..	-2,4	-2,2	-1,8	..
Großhandelspreisindex	-1,9	-3,5	-3,8	-5,5	-4,2	-4,1	-2,3	-3,4	-3,3	-2,1	-1,5
Tariflohnindex	2,4	2,2	2,2	2,1	2,0	1,5	1,4	1,5	1,4	1,4	1,4
BIP je Erwerbstätigen	1,4	2,1	2,6	2,0	2,4	1,6	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	2,2	1,4	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	0,9	1,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)											
BIP real	0,7	0,9	0,3	0,4	0,4	0,3	..	x	x	x	x
Privater Konsum	-0,2	-0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	1,0	1,8	0,4	0,3	0,3	0,2	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-0,4	0,5	0,4	0,6	1,0	1,0	..	x	x	x	x
Exporte	2,4	3,5	1,2	0,5	0,4	0,7	..	x	x	x	x
Importe	1,4	3,0	1,2	1,2	0,5	0,9	..	x	x	x	x
Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)											
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	0,6	1,0	1,4	1,1	1,6	1,2	..				
Binnennachfrage (ohne Lager)	-0,1	0,7	0,7	1,1	1,0	1,5	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,6	0,2	0,2	-1,3	0,2	-0,4	..	x	x	x	x
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	0,1	0,1	0,5	1,3	0,4	0,0	..	x	x	x	x
Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)											
Exporte	1,8	2,7	4,1	2,9	0,7	1,8	..	0,5	-8,9	..	..
Importe	-0,7	2,8	5,0	5,0	0,9	2,6	..	2,4	-8,2	..	..
Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz											
Güter- und Dienstleistungen	10,4	11,5	2,0	1,6	6,2	1,6	..	x	x	x	x
Reiseverkehr	7,5	8,2	1,3	1,6	5,4	0,4	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz	7,9	6,3	1,1	0,7	5,2	0,4	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz in % des BIP	2,4	1,8	1,2	0,8	6,2	0,5	..	x	x	x	x
Ausgewählte Indikatoren											
Economic Sentiment Indicator	98,0	96,5	98,0	99,1	97,9	99,0	99,7	99,8	99,3	99,3	100,6
Industrievertrauen (%-Saldo)	-5,2	-7,0	-5,6	-4,5	-7,8	-7,8	-5,3	-6,7	-6,7	-5,8	-3,4
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	0,4	1,6	2,6	2,3	2,5	2,1	..	1,6	-0,4	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	84,3	84,0	84,4	83,4	85,0	84,0	83,2	x	x	x	x
Bauvertrauen (%-Saldo)	-16,2	-14,9	-15,1	-12,0	-6,9	-5,5	-4,5	-8,5	-9,5	-4,8	0,8
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	9,8	9,1	10,2	13,6	13,0	13,7	11,9	13,2	12,3	11,7	11,8
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	-9,0	-12,4	-11,9	-15,2	-13,5	-11,3	-9,1	-8,8	-8,1	-8,7	-10,6
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	-9,3	-9,8	-6,5	-5,2	-5,8	-1,2	-1,1	-1,4	1,4	-5,7	1,1
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	0,3	1,2	1,5	8,4	0,9	1,4	..	1,6	-1,3	5,2	..
Arbeitsmarktentwicklung											
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	0,6	0,9	1,1	1,2	1,4	2,0	1,3	1,5	0,8	1,6	1,5
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	11,2	11,0	11,3	7,8	2,9	0,6	0,5	-0,1	0,4	0,8	0,3
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	8,4	9,1	8,2	9,5	10,2	8,6	8,2	8,1	8,1	8,3	8,1
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	5,6	5,7	5,7	5,9	6,0	6,0	..	6,1	6,1	6,2	..
Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)											
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	4,2	4,4	5,4	4,3	4,5	5,9	..	6,0	4,7	5,2	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	5,9	5,3	5,3	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	-3,5	2,1	-4,3	2,1	1,4	3,6	..	3,6	4,4	4,4	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	0,2	0,0	0,0	-0,1	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	1,5	0,8	1,0	0,8	0,6	0,4	0,1	0,3	0,2	0,1	0,1
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	2.397	2.428	2.378	2.406	2.184	2.229	2.269	2.161	2.165	2.265	2.374
Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP											
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-2,8	-1,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Finanzierungssaldo des Staates	-2,7	-1,0	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Schulden des Staates	84,4	85,5	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Thomson Reuters, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (II)

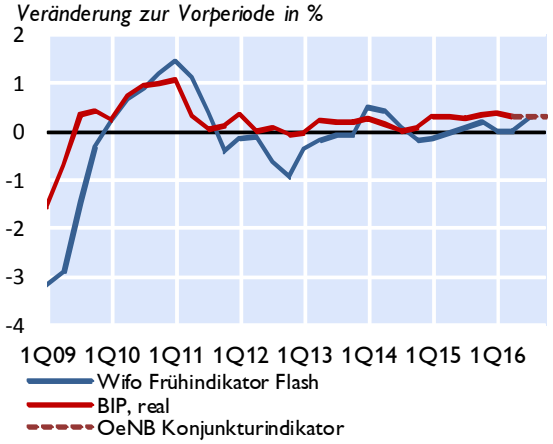
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



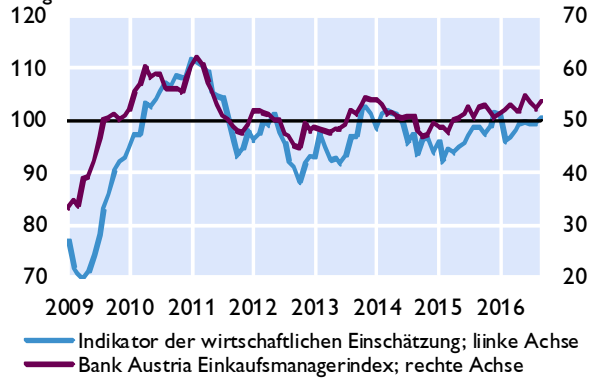
Frühindikatoren des realen BIP

Veränderung zur Vorperiode in %



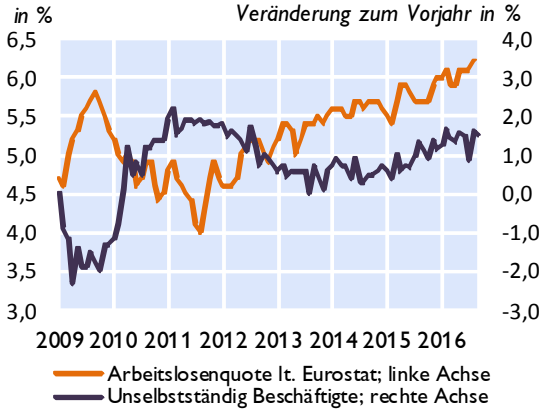
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50*[1)]



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2)]

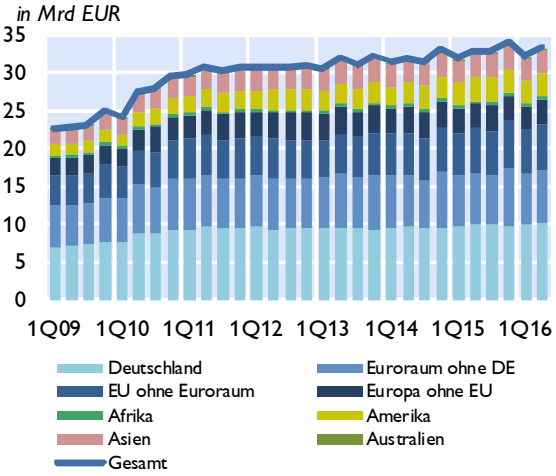
Salden	2013	2014	2015	2Q15	3Q15	4Q15	1Q16	2Q16
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	6,3	7,9	6,3	0,6	1,1	0,7	5,2	0,4
Güter	-1,0	1,0	1,5	1,1	0,0	-0,4	0,4	0,9
Dienstleistungen	10,2	9,4	10,0	1,1	1,9	2,0	5,8	0,7
Primäreinkommen	1,0	0,7	-1,9	-0,6	-0,5	-0,3	-0,1	-0,4
Sekundäreinkommen	-3,9	-3,3	-3,4	-1,0	-0,4	-0,6	-1,0	-0,8
Vermögensübertragungen	-0,5	-0,4	-1,7	0,0	-1,6	-0,2	-0,3	-0,6
Kapitalbilanz	10,9	2,6	5,3	-1,1	2,6	1,1	6,7	-0,6
Direktinvestitionen	7,9	-2,0	6,5	-1,4	2,5	1,8	3,8	-2,7
Portfolioinvestitionen	-2,2	12,5	13,4	1,4	4,9	2,7	-0,4	9,2
Finanzderivate	-3,8	-1,4	-0,5	0,6	-1,0	-1,4	0,1	-0,5
Sonstige Investiitionen	8,6	-8,6	-13,8	-2,2	-3,6	-1,9	2,7	-7,4
Währungsreserven[3)]	0,4	2,1	-0,3	0,4	-0,2	-0,1	0,5	0,8
Statistische Differenz	5,1	-4,9	0,7	-1,8	3,1	0,5	1,8	-0,3
Leistungsbilanz in % des BIP	2,0	2,4	1,8	0,7	1,2	0,8	6,2	0,5

Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.
1) Werte über 50 signalisieren Wachstum.
2) Transaktionen; bis 2013 endgültige Daten, 2014 und 2015 revidierte Daten, 2016 provisorische Daten.
3) OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

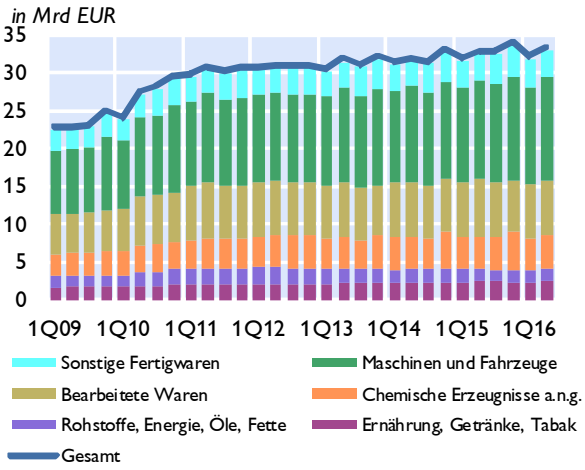
Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in%*	
2013	125.812	130.707	-4.895	1,8	-1,0
2014	128.106	129.847	-1.741	1,8	-0,7
2015	131.538	133.529	-1.991	2,7	2,8
Jän.-Juli 15	76.366	77.230	-863	2,1	1,1
Jän.-Juli 16	76.136	77.425	-1.289	-0,3	0,3
Feb. 16	10.810	11.473	-663	4,2	2,7
März 16	11.709	11.664	45	-1,5	-1,3
Apr. 16	11.272	11.108	164	2,0	1,1
Mai 16	10.468	10.576	-108	3,1	4,4
Juni 16	11.655	11.567	88	0,5	2,4
Juli 16	10.603	10.723	-120	-8,9	-8,2

Exporte nach Regionen



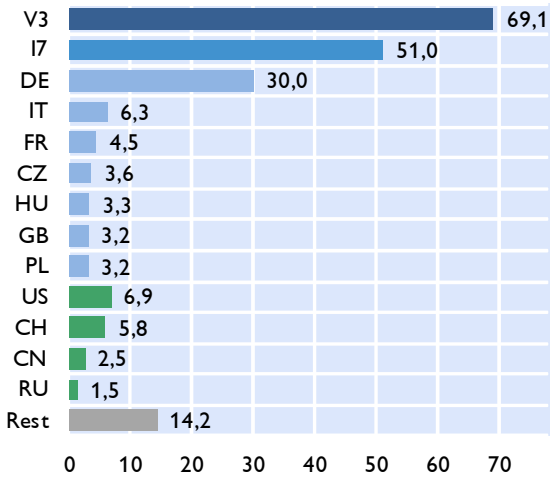
Exporte nach Warengruppen



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2015

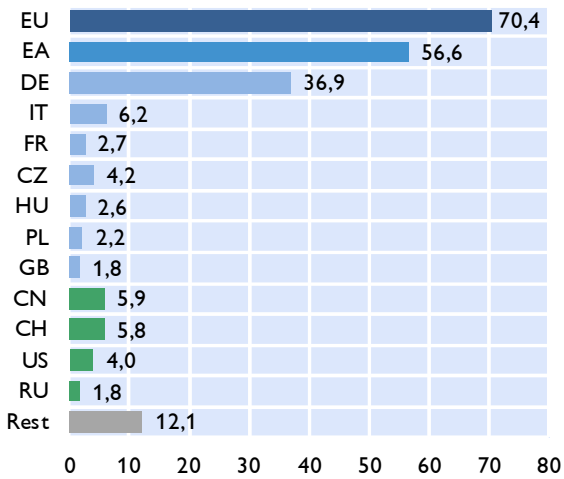
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



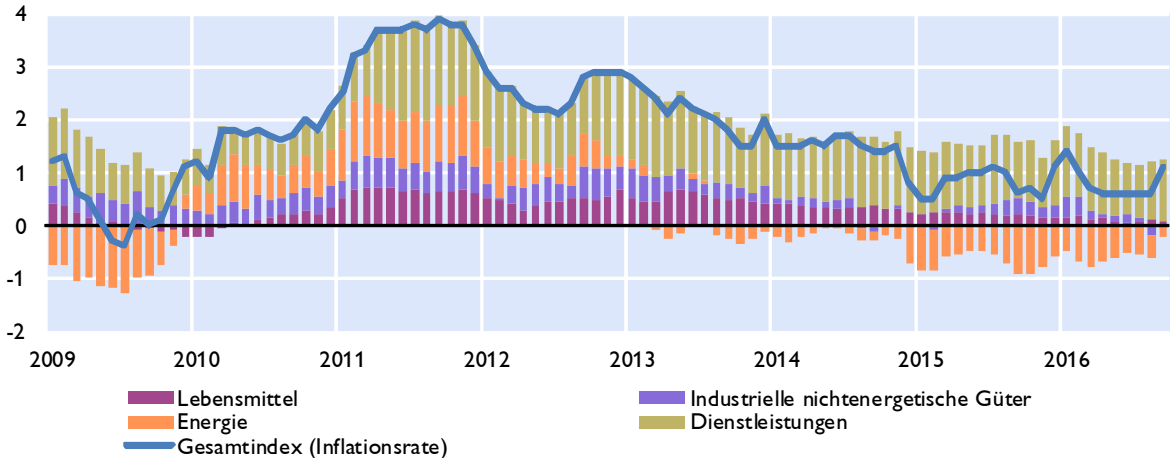
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2016	2014	2015	Mai.16	Jun.16	Jul.16	Aug.16	Sep.16
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	1,5	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6	1,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,3	1,8	0,8	0,3	0,3	0,5	0,8	0,4
Alkoholische Getränke und Tabak	3,7	3,9	3,2	1,7	1,1	0,7	1,3	1,2
Bekleidung und Schuhe	7,2	-0,9	0,1	0,1	1,3	1,8	-2,7	-0,4
Wohnung, Wasser, Energie	14,1	1,7	1,2	0,5	0,6	0,7	1,1	1,3
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,4	1,0	1,3	1,1	1,5	0,9	1,2	1,0
Gesundheitspflege	5,2	2,4	1,8	2,8	2,9	2,1	2,2	2,3
Verkehr	14,4	-0,7	-3,5	-3,1	-3,3	-2,8	-2,9	-0,9
Nachrichtenübermittlung	2,1	6,3	0,6	-6,1	-6,7	-6,5	-0,6	-0,8
Freizeit und Kultur	11,0	1,6	1,7	1,6	1,3	0,6	1,0	1,5
Bildungswesen	1,1	2,7	2,5	1,2	1,2	1,2	1,1	1,6
Hotels, Cafes und Restaurants	15,1	2,9	2,9	3,5	3,6	3,4	3,3	3,4
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,2	1,2	1,8	1,4	1,1	1,4	1,4	1,4

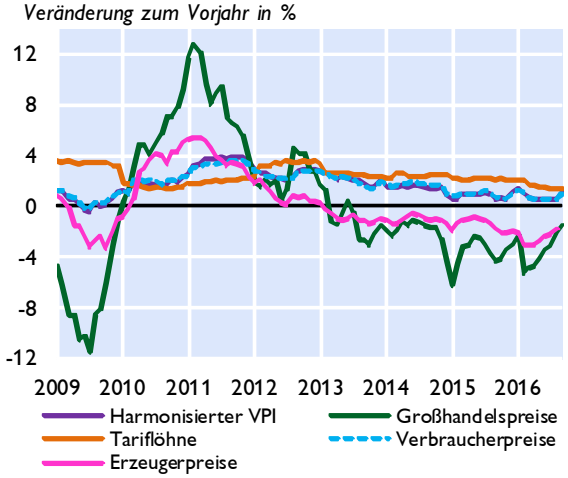
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2014	2015	2016[1)]	2017[1)]
Stunden-produktivität	0,3	1,6	1,0	0,9
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,7	1,7	1,4	1,6
Preisliche Wettbe-werbsfähigkeit [2)]	1,5	-2,7	1,2	-0,3
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	2,2	1,4	1,0	1,2
Sachgüter-erzeugung	0,9	1,2	0,1	0,1

1) WIFO-Prognose September 2016.

2) Wettbewerbsfähigkeitsindikator: Real-effektiver Wechselkurs des Euro auf Basis des österreichischen Außenhandels.

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2013	2014	2015	2Q15	3Q15	4Q15	1Q16	2Q16
Gesamt	**132.629**	**131.901**	**135.201**	**24.272**	**45.355**	**45.355**	**47.608**	**23.162**
Inländer	35.755	35.668	36.423	8.118	12.564	12.564	9.194	8.372
Ausländer	96.874	96.233	98.778	16.154	32.792	32.792	38.415	14.790
darunter								
Deutschland	50.823	49.491	50.169	8.489	17.065	17.065	19.581	7.490
Osteuropa	10.544	10.669	10.423	1.489	2.354	2.354	4.831	1.465
Niederlande	9.140	9.007	9.172	733	2.950	2.950	4.746	742
Schweiz	4.577	4.640	4.911	887	1.570	1.570	1.636	849
Vereinigtes Königreich	3.345	3.365	3.549	641	847	847	1.672	615
Italien	2.778	2.777	2.927	446	1.406	1.406	494	411
Belgien	2.606	2.649	2.603	425	928	928	1.204	307
Frankreich	1.808	1.776	1.752	330	715	715	483	314
Dänemark	1.449	1.436	1.478	93	361	361	958	85
USA	1.367	1.490	1.675	470	634	634	257	458
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**1,2**	**-0,5**	**2,5**	**2,4**	**4,6**	**104,0**	**9,2**	**-4,6**
Inländer	-0,6	-0,2	2,1	-1,2	4,3	88,2	3,4	3,1
Ausländer	1,9	-0,7	2,6	4,3	4,7	110,7	10,7	-8,4

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2013	2014	2015	2Q15	3Q15	4Q15	1Q16	2Q16
Deutschland	7.489	7.486	7.798	1.270	2.292	1.381	3.139	1.182
Niederlande	1.068	1.079	1.155	83	296	169	671	84
Schweiz	853	958	1.061	162	279	212	488	168
Italien	584	694	739	150	247	174	180	162
Mittel- und Osteuropa[1)]	2.212	2.359	2.244	382	509	499	904	394
Restl. Europa	1.990	2.025	2.101	310	503	331	1.063	293
Rest der Welt	1.041	1.075	1.323	310	480	271	296	307
Gesamt	**15.237**	**15.676**	**16.421**	**2.667**	**4.606**	**3.037**	**6.741**	**2.590**

1) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn,

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2013	2014	2015	2Q15	3Q15	4Q15	1Q16	2Q16
Deutschland	2.036	2.049	2.062	541	669	391	434	631
Italien	1.193	1.324	1.283	330	661	159	137	404
Kroatien	618	677	691	144	496	37	31	175
Europäische Mittelmeerländer[1)]	909	982	1.014	275	473	130	116	262
Restl. Europa	1.993	2.041	2.022	538	701	407	337	537
Rest der Welt	988	1.076	1.133	206	283	362	298	186
Gesamt	**7.737**	**8.149**	**8.205**	**2.034**	**3.283**	**1.486**	**1.353**	**2.195**

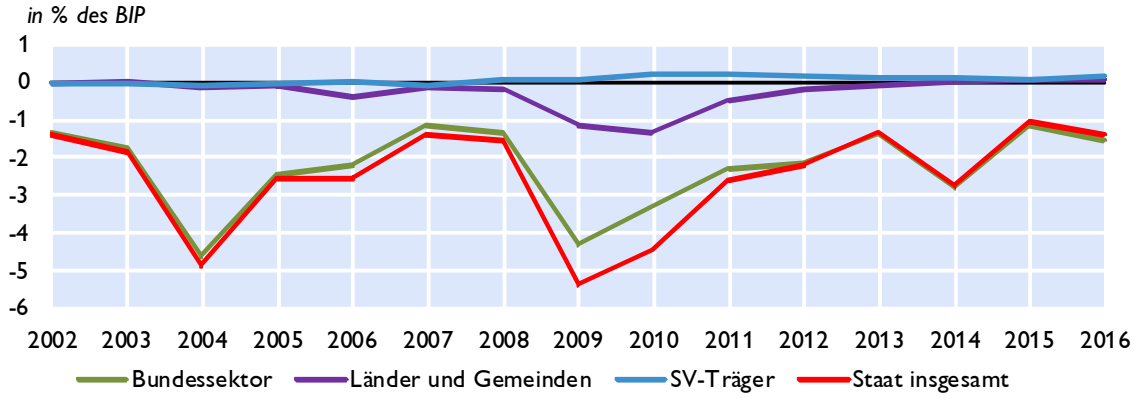
1) Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.
Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2012	-6,9	-0,7	0,5	-7,0	-2,2	-0,2	0,2	-2,2
2013	-4,6	-0,2	0,4	-4,4	-1,4	-0,1	0,1	-1,4
2014	-9,3	0,0	0,3	-9,1	-2,8	0,0	0,1	-2,7
2015	-4,0	0,2	0,3	-3,5	-1,2	0,1	0,1	-1,0
2016 1)	-5,5	0,2	0,5	-4,9	-1,6	0,0	0,1	-1,4

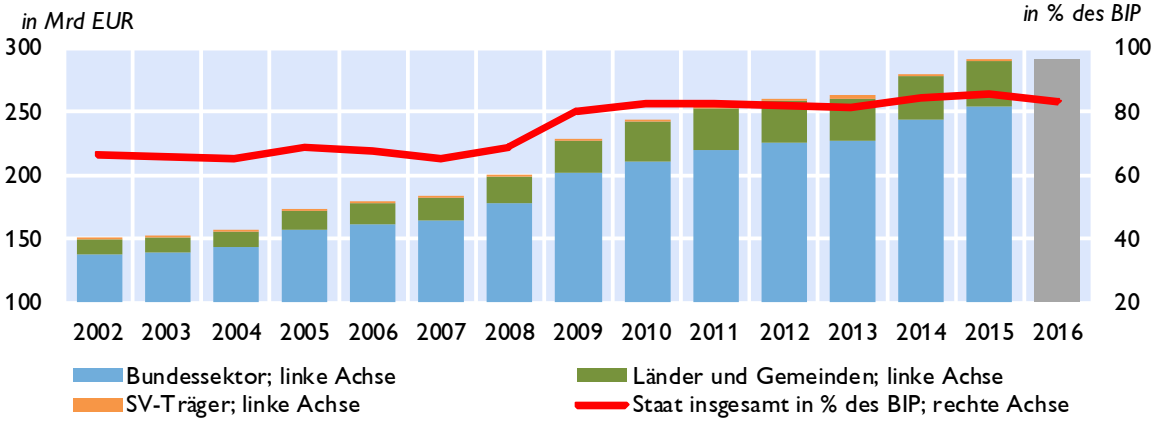
Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht



Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2012	225,1	33,2	1,8	260,1	71,0	10,5	0,6	82,0
2013	227,9	32,7	1,7	262,3	70,7	10,1	0,5	81,3
2014	244,2	33,4	1,3	278,9	73,9	10,1	0,4	84,4
2015	254,7	34,4	1,7	290,8	74,9	10,1	0,5	85,5
2016 1)	x	x	x	293,1	x	x	x	83,2

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht



1) Prognose (BMF).

Quelle: Statistik Austria, BMF (Oktober 2016).

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

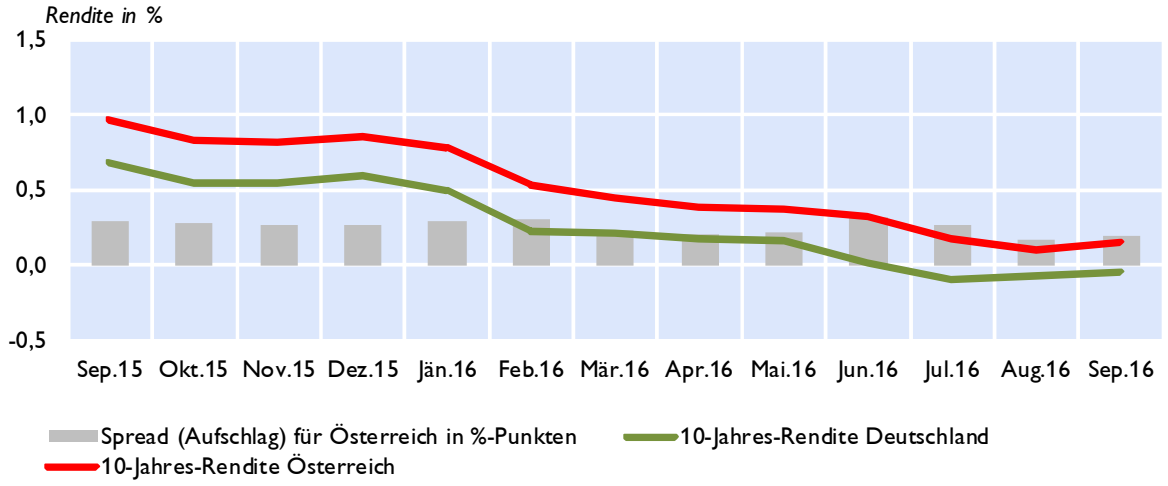
Finanzierungshaushalt[1)]	Jänner bis August		BRA	Voranschlag	*Veränderung*
Allgemeine Gebarung	2015	2016	2015	2016	*2016/2015*
	in Mio EUR				*in %*
Auszahlungen	48.062	49.839	74.589	76.452	2,5
Einzahlungen	45.611	45.728	72.728	71.828	-1,2
Nettofinanzierungsbedarf[2)]	**-2.450**	**-4.111**	**-1.861**	**-4.624**	**148,5**

Abgaben des Bundes

	Jänner bis August		BRA	Voranschlag	*Veränderung*
	2015	2016	2015	2016	*2016/2015*
	in Mio EUR				*in %*
Einkommen- und Vermögensteuern	26.552	24.901	42.797	39.908	-6,7
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	2.025	2.054	3.617	4.150	14,7
Körperschaftsteuer	3.638	4.067	6.320	6.300	-0,3
Lohnsteuer	17.638	16.096	27.272	24.800	-9,1
Kapitalertragsteuern	1.997	1.479	3.863	3.000	-22,3
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	25.447	26.565	38.900	41.307	6,2
davon: Umsatzsteuer	17.138	17.908	26.013	28.200	8,4
Öffentliche Abgaben brutto	**52.605**	**52.137**	**82.427**	**81.850**	**-0,7**
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	19.216	19.676	29.603	29.472	-0,4
Überweisungen an die Europäische Union	2.212	1.784	2.452	3.000	22,3
Öffentliche Abgaben netto[3)]	**31.177**	**30.677**	**50.372**	**49.378**	**-2,0**

1) Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.
2) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.
3) Steuereinnahmen des Bundes.

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



Quelle: BMF, Thomson Reuters.

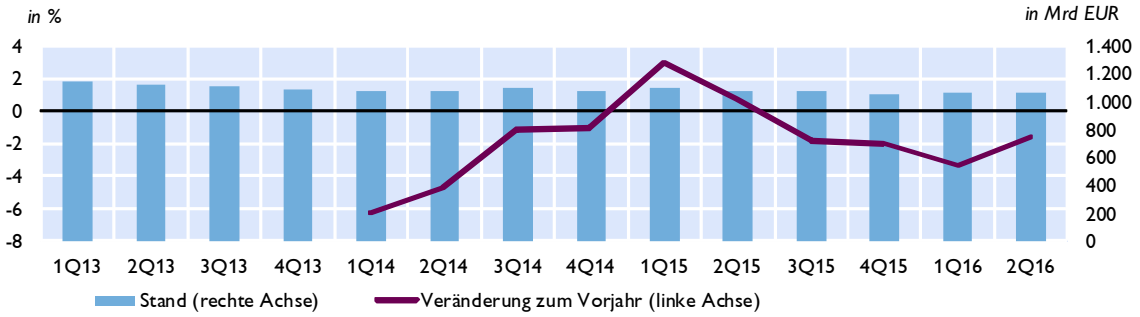
Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute konsolidiert

Vermögenslage	2. Quartal 2016	4. Quartal 2015	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			*in %*
AKTIVA				
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	57.645	58.639	-994	-1,7
Kredite & Forderungen (inkl. Finanzierungsleasing)	634.205	734.897	-100.692	-13,7
hiev. Darlehen und Kredite gegenüber Kreditinstituten	*102.263*	*112.116*	*-9.853*	*-8,8*
hiev. Darlehen und Kredite gegenüber Nichtbanken	*531.943*	*622.781*	*-90.838*	*-14,6*
Schuldverschreibungen, Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32) u.a. nicht festverzinste Wertpapiere	156.883	171.108	-14.225	-8,3
hiev. Schuldverschreibungen	*148.025*	*161.865*	*-13.840*	*-8,6*
hiev. Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32), und andere nicht festverz.Wertpapiere	*8.858*	*9.243*	*-385*	*-4,2*
Finanzderivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert[1)]	34.344	33.893	451	1,3
Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	18.687	19.965	-1.277	-6,4
Materielle Vermögenswerte	138.609	15.943	122.667	769,4
Immaterielle Vermögenswerte	2.662	3.011	-349	-11,6
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	18.725	18.620	105	0,6
SUMME AKTIVA / PASSIVA	**1.061.760**	**1.056.075**	**5.685**	**0,5**
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	13.267	16.423	-3.156	-19,2
Verbindlichkeiten gegenueber Kreditinstituten	119.559	129.211	-9.652	-7,5
Verbindlichkeiten gegenueber Nichtbanken	512.854	575.113	-62.259	-10,8
Schuldverschreibungen, andere finanzielle Verbindlichkeiten (IAS 39)	140.282	165.583	-25.301	-15,3
Finanzderivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	26.183	26.208	-25	-0,1
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	752	870	-118	-13,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	22.815	21.738	1.077	5,0
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital	0	0	0	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	107.464	5.216	102.248	1.960,4
Steuerschulden und sonstige Verbindlichkeiten	24.064	24.373	-309	-1,3
Rueckstellungen	12.664	13.086	-422	-3,2
Eigenkapital und Fremdanteile	81.857	78.256	3.602	4,6
hievon Kumuliertes sonstiges Ergebnis	*-4.609*	*-4.562*	*-47*	*-1,0*
hievon Fremdanteile	*10.633*	*10.231*	*403*	*3,9*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	**1.061.760**	**1.056.075**	**5.685**	**0,5**
ZUSATZANGABEN				
Stand der WB zu Krediten u. Forderungen gemäß B3a und C3a	16.558	18.129	-1.571	-8,7

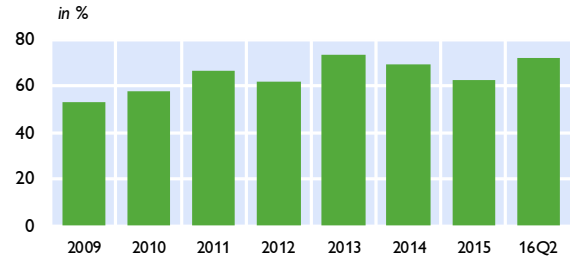
Quelle: OeNB.

1) Für diese Positionen werden lediglich Daten von IFRS bzw. FINREP-Meldern dargestellt

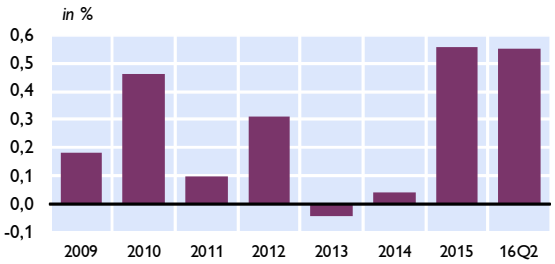
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen.

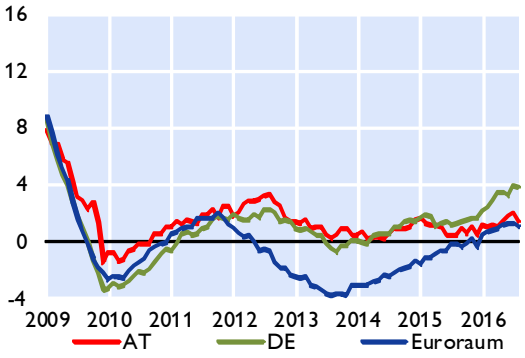
Quelle: OeNB.

Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

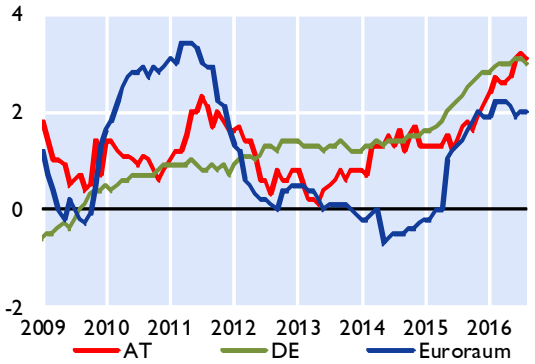
Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		*Veränderung zum Vorjahr in %*		*Volumen in Mrd EUR*		*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2013	139	5.230	0,8	-0,1	140	4.345	0,5	-3,0
2014	141	5.207	1,3	-0,3	137	4.292	1,5	-1,4
2015	146	5.314	2,1	1,9	137	4.264	0,5	-0,4
Nov.15	146	5.318	1,9	2,0	138	4.308	1,0	0,2
Dez.15	146	5.314	2,1	1,9	137	4.264	0,5	-0,4
Jän.16	146	5.307	2,4	1,9	137	4.286	1,2	0,5
Feb.16	146	5.320	2,7	2,2	137	4.302	1,1	0,7
Mär.16	147	5.330	2,6	2,2	138	4.289	1,2	0,8
Apr.16	146	5.336	2,6	2,2	136	4.292	1,1	0,9
Mai.16	147	5.339	2,7	2,1	137	4.307	1,4	1,2
Jun.16	148	5.353	3,1	1,9	137	4.311	1,8	1,3
Jul.16	148	5.358	3,2	2,0	138	4.312	2,0	1,3
Aug.16	149	5.365	3,1	2,0	137	4.287	1,4	1,1

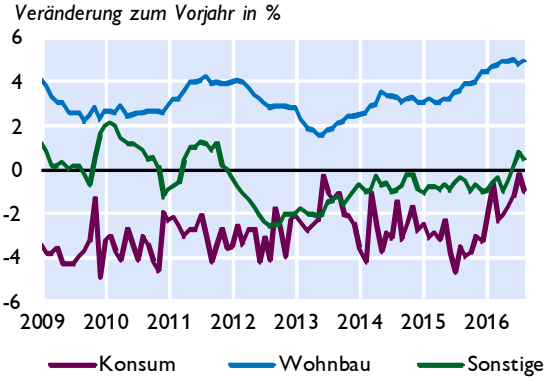
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen
Veränderung zum Vorjahr in %



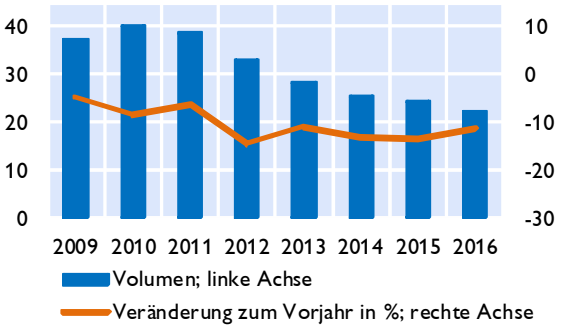
Kredite an private Haushalte
Veränderung zum Vorjahr in %



Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck
Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich
in Mrd EUR *in %*



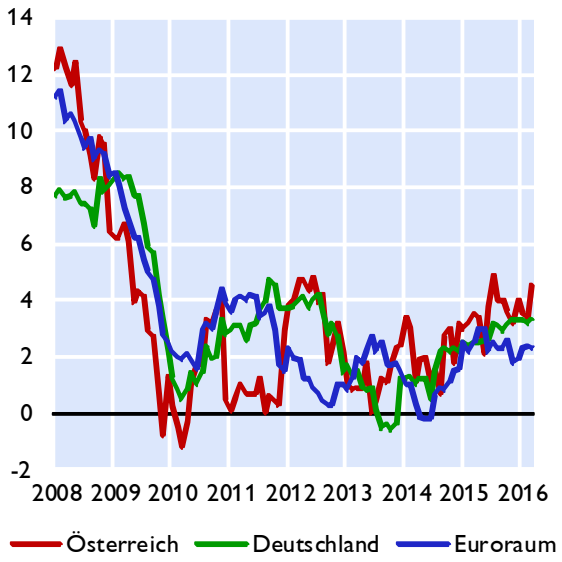
Quelle: OeNB.

Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

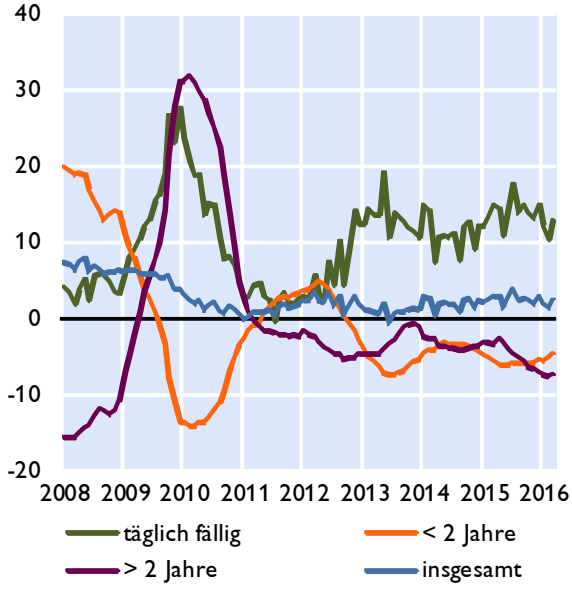
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



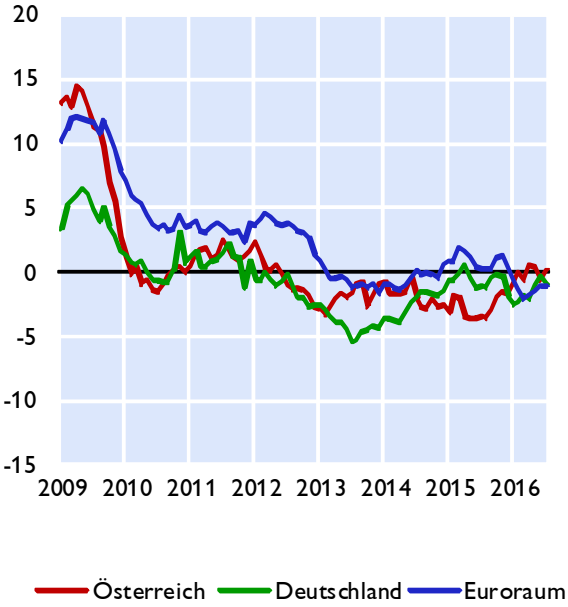
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



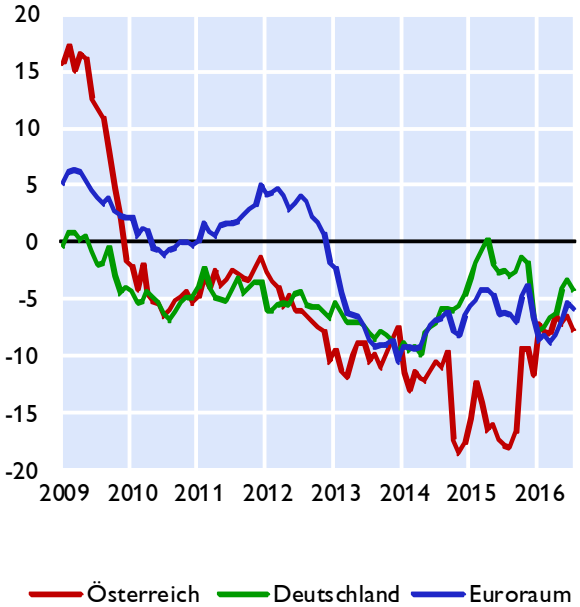
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

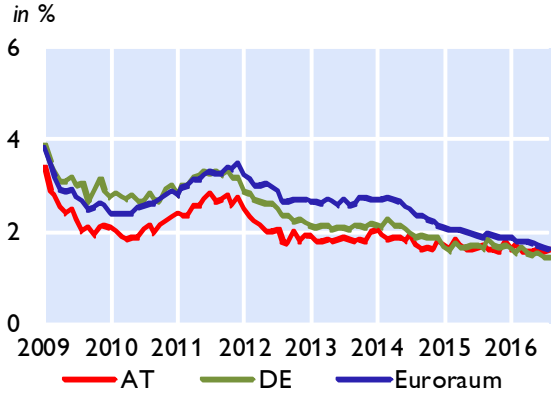


Quelle: OeNB, EZB

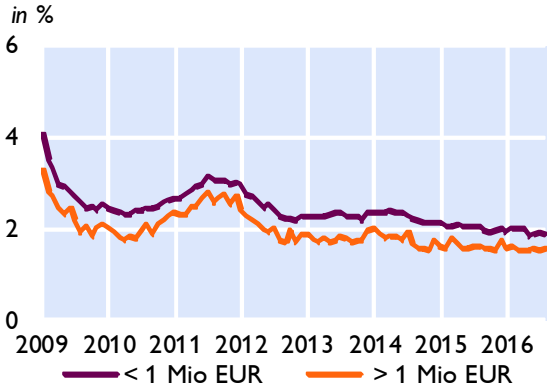
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

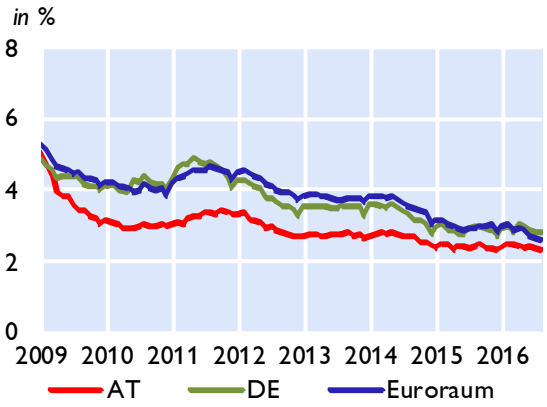


Nach Kredithöhe in Österreich

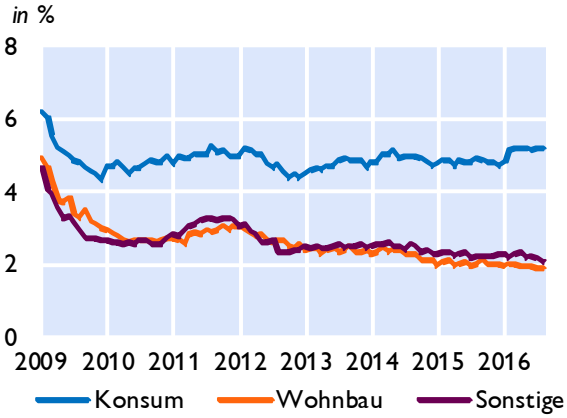


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

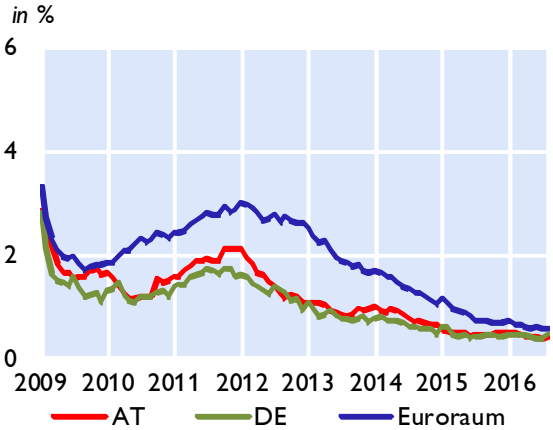


Nach Verwendungszweck in Österreich

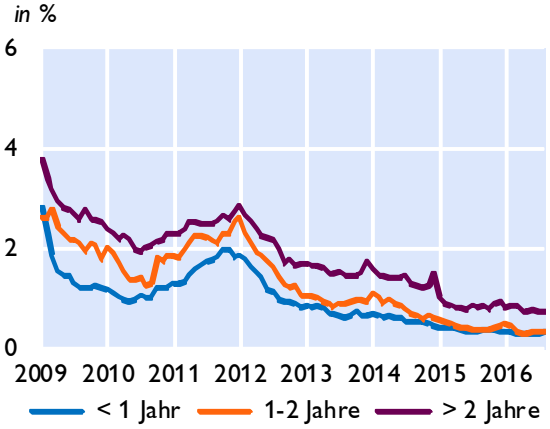


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



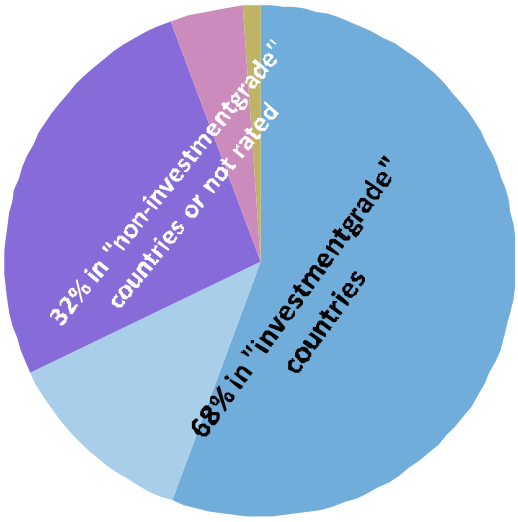
Quelle: OeNB, EZB

Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute konsolidiert

Ertrags- und Aufwandspositionen	2. Quartal 2016	2. Quartal 2015	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			in %
Zinsergebnis	**7.239**	**9.349**	**-2.109**	**-22,6**
Zinsen und aehnliche Ertraege	*12.055*	*17.125*	*-5.069*	*-29,6*
(Zinsen und aehnliche Aufwendungen)	*4.816*	*7.776*	*-2.960*	*-38,1*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[1)]	0	0	0	-
Dividendenerträge und Erträge aus Beteiligungen	307	322	-15	-4,8
Provisionsergebnis	**3.247**	**3.863**	**-616**	**-15,9**
Provisionserträge	*4.427*	*5.357*	*-929*	*-17,4*
(Provisionsaufwand)	*1.181*	*1.494*	*-313*	*-21,0*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten netto	501	262	240	91,7
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto[1)]	127	-77	204	264,4
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS[1)]	4	752	-748	-99,5
Sonstige betriebliche Erträge	1.177	1.299	-122	-9,4
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	1.374	1.306	68	5,2
Betriebserträge, netto	**11.228**	**14.463**	**-3.235**	**-22,4**
(Verwaltungsaufwendungen)	7.264	8.025	-761	-9,5
(hv. Personalaufwendungen)	*4.367*	*4.681*	*-315*	*-6,7*
(hv. Sachaufwendungen)	*2.898*	*3.344*	*-446*	*-13,3*
(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inkl. Firmenwert), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen)	823	0	823	-
Betriebsergebnis	**3.141**	**5.737**	**-2.596**	**-45,3**
(Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	376	0	376	-
(Sonstige Rückstellungen)[1)]	6	0	6	-
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei sonstigen nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	-29	0	-29	-
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert[1)]	0	31	-31	-100,0
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen[1)]	389	413	-23	-5,7
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[1)]	21	21	0	0,2
Außerordentliches Ergebnis	-6	-4	-2	-62,1
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**3.191**	**4.224**	**-1.033**	**-24,4**
(Ertragssteuern)	692	896	-205	-22,8
Gewinn oder (-) Verlust aus fortzuführenden Geschäften nach Steuern	**2.499**	**3.327**	**-828**	**-24,9**
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[1)]	779	-208	987	473,7
(Minderheitenanteile)[1)]	386	482	-97	-20,0
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**2.892**	**2.637**	**256**	**9,7**

Werte in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt
Quelle: OeNB.
1) Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erhoben.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2011	2012	2013	2014	2015	1Q16	2Q16
	in Mio EUR						
Tschechiche Republik	50.256	47.564	47.001	44.221	48.558	50.372	52.803
Slowakei	23.838	24.535	25.093	26.319	29.261	28.638	28.985
Rumänien	28.595	26.823	25.778	25.896	23.498	23.298	22.882
Polen	11.886	17.933	17.017	16.688	19.121	18.909	18.489
Kroatien	25.507	23.195	22.038	18.878	18.167	17.492	17.382
Ungarn	23.491	19.803	18.109	15.460	14.263	14.283	14.039
Republik Serbien	6.475	5.041	4.865	3.565	4.029	3.960	4.027
Slowenien	11.257	9.588	8.079	5.494	4.716	4.483	4.007
Bulgarien	4.161	4.093	3.626	3.456	3.368	3.346	3.415
Bosnien Herzgowina	5.024	4.261	4.124	3.438	3.238	3.200	3.234
Türkei	749	776	929	1.011	889	897	983
Republik Montenegro	894	875	865	392	346	356	367
Mazedonien	306	390	350	306	292	284	275
Aserbeidschan	60	63	144	247	239	242	260
Litauen	181	120	161	144	131	76	73
Lettland	175	137	126	53	77	65	72
Estland	61	60	50	51	14	13	16
Andere	23.169	24.560	23.411	19.151	16.190	15.412	16.244
Gesamt	216.086	209.818	201.768	184.768	186.397	185.326	187.553

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 2. Quartal 2016	Nicht-finan-zielle Unter-nehmen	Finanzielle Kapital-gesell-schaften	*davon Mone-täre Finanz-institute*	*davon Invest-ment-fonds*	*davon sonstige nicht-monetäre Finanz-institute*	*davon Versicher-ungen*	*davon Pensions-kassen*	Private Haushalte	Private Organi-sationen ohne Erwerbs-zweck	Übrige Welt (gegen-über Öster-reich)
	Bestände in Mio EUR									
Geldvermögen										
Währungsgold und SZR	x	12.732	12.732	x	x	x	x	x	x	2.184
Bargeld	1.380	3.398	3.396	0	0	2	0	21.757	0	3.991
Täglich fällige Einlagen	42.974	87.845	69.102	6.608	9.402	2.354	379	111.420	4.247	70.765
Sonstige Einlagen	17.047	183.229	174.817	2.300	3.921	2.108	82	116.838	1.898	67.597
Kurzfristige Kredite	29.151	73.816	69.626	2	2.379	1.809	0	990	0	18.942
Langfristige Kredite	90.195	390.497	366.022	14	19.869	4.592	0	847	46	77.563
Handelskredite	46.232	11	0	0	11	0	0	7	0	17.505
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	23	3.140	2.635	471	14	20	1	1.074	1	10.103
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	6.818	315.940	171.055	84.700	3.299	56.428	458	34.378	1.683	339.115
Börsennotierte Aktien	20.423	42.059	3.797	20.457	16.832	973	0	19.120	703	34.399
Nicht börsennotierte Aktien	40.957	107.464	30.720	145	69.214	7.349	36	2.852	7	36.351
Investmentzertifikate	10.097	132.691	14.761	50.354	14.736	33.587	19.253	52.057	2.499	19.560
Sonstige Anteilsrechte	160.235	109.725	28.462	1.494	73.673	6.096	0	109.069	1.292	161.727
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	71.770	x	2.089
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	6.812	5.865	0	0	0	5.865	0	12.651	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	39.544	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	5.559	17.604	9.702	45	6.207	1.611	39	16.005	22	12.059
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	477.906	1.486.016	956.827	166.591	219.558	122.793	20.247	610.379	12.397	873.949
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Geldvermögensbildung										
Währungsgold und SZR	x	0	0	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	29	499	499	0	0	-1	0	670	0	565
Täglich fällige Einlagen	4.478	3.412	3.168	-363	506	210	-109	14.132	383	-940
Sonstige Einlagen	564	-14.956	-15.120	190	-195	203	-34	-5.594	-156	-318
Kurzfristige Kredite	-2.544	-3.845	-3.271	2	-368	-209	0	3	0	-496
Langfristige Kredite	1.460	7.772	8.772	6	-774	-214	-17	36	0	4.208
Handelskredite	3.572	-6	-1	0	-5	0	0	6	0	2.337
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-22	-2.211	-2.138	-37	2	-36	-1	70	1	-2.980
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-583	11.203	12.598	-2.383	153	861	-26	-2.128	-94	-9.093
Börsennotierte Aktien	8	-371	209	-41	-502	-36	0	997	-5	1.261
Nicht börsennotierte Aktien	298	-26.441	1.260	21	-27.285	-441	5	106	-10	634
Investmentzertifikate	-54	4.212	271	2.583	1.238	-475	594	2.783	105	-193
Sonstige Anteilsrechte	9.657	395	-702	-170	1.853	-586	0	554	4	-24.400
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-847	x	-87
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	236	-65	0	0	0	-65	0	437	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	600	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-898	-3.542	-2.807	333	-1.050	-14	-4	928	-13	-2.967
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	16.201	-23.945	2.737	140	-26.426	-804	407	12.756	215	-32.468
Nettogeldvermögen	-248.636	20.543	34.556	-3.023	-18.550	6.924	636	433.938	9.831	-5.760
Finanzierungssaldo	1.619	1.178	1.431	-1.436	1.957	-810	35	9.013	108	-9.731

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung u. Verbindlichkeiten

im 2. Quartal 2016	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
	Bestände in Mio EUR									
Verbindlichkeiten										
Währungsgold und SZR [1]	x	2.184	2.184	x	x	x	x	x	x	12.732
Bargeld	x	29.987	29.987	x	x	x	x	x	x	692
Täglich fällige Einlagen	x	308.626	308.626	x	x	x	x	x	x	29.862
Sonstige Einlagen	x	310.775	310.775	x	x	x	x	x	x	87.906
Kurzfristige Kredite	45.674	14.182	0	668	11.520	1.987	7	11.761	370	51.261
Langfristige Kredite	227.337	36.205	0	69	35.046	1.089	1	163.429	2.125	123.726
Handelskredite	44.850	4	0	0	4	0	0	21	1	18.693
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	481	7.369	7.369	x	0	0	0	x	x	2.541
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	43.638	170.212	152.975	0	13.191	4.046	0	x	x	202.305
Börsennotierte Aktien	62.962	19.112	14.989	x	285	3.838	x	x	x	42.906
Nicht börsennotierte Aktien	38.606	73.452	57.069	512	7.793	7.895	183	x	x	99.658
Investmentzertifikate	x	168.374	90	168.284	0	0	x	x	x	57.648
Sonstige Anteilsrechte	236.693	178.541	19.593	59	157.720	1.169	0	x	29	128.797
Lebensversicherungsansprüche	x	69.872	x	x	0	69.872	x	x	x	3.986
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	22.474	x	x	0	22.474	x	x	x	2.853
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	10.794	28.613	7.169	x	0	2.024	19.420	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	15.506	25.492	11.444	21	12.552	1.475	0	1.231	41	14.142
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	726.542	1.465.473	922.271	169.614	238.108	115.869	19.611	176.442	2.566	879.709
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Finanzierung										
Währungsgold und SZR [1]	x	0	0	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	x	1.542	1.542	x	x	x	x	x	x	254
Täglich fällige Einlagen	x	25.585	25.585	x	x	x	x	x	x	-3.511
Sonstige Einlagen	x	-18.775	-18.775	x	x	x	x	x	x	-2.273
Kurzfristige Kredite	-723	-943	0	-247	-655	-42	0	-1.002	-55	-2.920
Langfristige Kredite	4.636	1.628	0	-45	1.410	263	0	4.857	156	2.050
Handelskredite	6.081	-7	-7	0	0	0	0	-8	0	335
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	62	-583	-583	x	0	0	0	x	x	-927
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	2.770	-11.146	-7.975	x	-3.667	496	0	x	x	-1.698
Börsennotierte Aktien	222	97	124	x	-27	0	0	x	x	1.555
Nicht börsennotierte Aktien	-488	754	723	x	102	-70	0	x	x	-26.069
Investmentzertifikate	x	1.522	-32	1.553	0	0	0	x	x	5.610
Sonstige Anteilsrechte	3.771	-25.176	1.497	-2	-26.637	-34	0	x	3	8.463
Lebensversicherungsansprüche	x	-1.231	0	x	0	-1.231	0	x	x	297
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	619	0	x	0	619	0	x	x	-12
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-82	690	225	x	0	94	372	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-1.667	301	-1.017	317	1.090	-90	0	-104	2	-3.892
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	14.583	-25.124	1.306	1.576	-28.383	5	372	3.743	106	-22.737
Nettogeldvermögen	-248.636	20.543	34.556	-3.023	-18.550	6.924	636	433.938	9.831	-5.760
Finanzierungssaldo	1.619	1.178	1.431	-1.436	1.957	-810	35	9.013	108	-9.731

Quelle: OeNB.
1) Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.